



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Liebe Anwesende, ich eröffne die sechste Sitzung des Stadtrats in diesem speziellen Jahr 2020 und begrüße Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadt- und des Gemeinderates. Ich begrüße ebenso die Mitglieder der Verwaltung, die heute anwesend sind und die enorme Vorleistungen für unsere Sitzungen erbringen, und ich begrüße aber auch unsere Medienvertreter und unsere Gäste. Einen ganz speziellen Gruss darf ich André Chavanne entrichten. Er ist Geschäftsleiter von SCHOIO¹ und nimmt für die restliche Legislatur Einsitz bei uns in der Fraktion der SP/GL. Er konnte sogar meinen Platz als Stadtratsmitglied übernehmen. Ich wünsche Dir einen guten Start und eine gute Zeit in unserem Rat. Zurzeit wird leider eine einschneidende Massnahme von der nächsten, noch strengeren abgelöst, um die steigenden Fallzahlen in dieser Coronakrise in den Griff zu bekommen. Seit letztem Samstag sind Versammlungen mit über 15 Personen verboten. Wir dürften somit heute eigentlich gar nicht hier sein. Aber für Parlamentssitzungen beschloss der Regierungsrat eine Ausnahme. Als Voraussetzung dafür gilt ein bestehendes Schutzkonzept, das bei uns entsprechend vorliegt. Wir sind froh, dass wir diese Sitzung heute noch durchführen können, weil wir ansonsten mit unseren Geschäften enorm in Verzug kommen würden. Ich bitte Sie deshalb darum, unserem Schutzkonzept nachzuleben. Im Speziellen möchte ich darauf hinweisen, dass während der gesamten Sitzung eine Maskenpflicht gilt. Diese Pflicht gilt auch am Mikrophon. Deshalb bitte ich Sie darum, sich darauf zu achten, akzentuiert zu reden, damit der Protokollführer Sie gut versteht. Die Maske darf lediglich für eine Konsumation abgezogen werden. Es liegen ja erneut auf der Seite bei der Treppe Sandwiches für Sie bereit, die Sie dort gerne beziehen können, da wir aufgrund des reich befrachteten Programms von einer etwas längeren Sitzungsdauer ausgehen.

Ich komme kurz zu den Protokollen der letzten beiden Stadtratssitzungen. Diese Protokolle der Stadtratssitzung vom 31. August 2020 sowie vom 14. September 2020 liegen vor und sind auf der Webseite der Stadt Langenthal verfügbar. Ich danke allen herzlich, die beim Verfassen der Protokolle mitwirkten. Ich bitte Sie zudem im Interesse einer speditiven Abwicklung der Geschäfte Ihre Voten kurz zu halten. Ich werde niemandem das Wort abschneiden, aber ich verfüge über ein Gadget, das seinerzeit bereits Armin Flückiger einsetzte, und ich nun aus der Versenkung zurückholte. Diese Sanduhr hier soll Sie an die laufende Zeit erinnern und Sie dazu bringen, Ihre Gedanken kurz auf den Punkt zu bringen. Ich werde diese Uhr lediglich bei persönlichen Voten zum Einsatz bringen. Bei der Berichterstattung und bei Fraktionsvoten kann ich damit leben, wenn das Votum auch länger dauert. Die Zeit ist so oder so ein wunderbares Faszinosum. Wir weisen ja hin und wieder darauf hin, wie schnell die Zeit vergeht. Dabei ist wohl die Zeit genau etwas, das nie vergeht, unendlich andauert und ewig ist. Es sind eher wir selber, die in der Zeit vergehen und nicht etwa umgekehrt. Wir sind sozusagen das Salz, das sich im Ozean der Zeit auflöst. Ab und zu sagen wir auch: "Zeit ist Geld". Dies soll auf einen Spruch von Benjamin Franklin zurückgehen. Wenn dies so wäre, so könnten wir doch einfach ein wenig faulenzen und am Ende wären wir alle reich. Somit trifft diese Weisheit wohl doch nicht so richtig zu. So, fertig mit diesem Gestürme rund um die Zeit. Meine Zeit, zumindest meine Redezeit, läuft hiermit ab.

¹ SCHOIO = gemeinnützige Organisation im Bereich der Familienhilfe.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Ich bitte nun Simone Burkhard Schneider um den Appell:

- 32 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.¹
 - 4 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Besten Dank. Ich stelle somit zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgten vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste sowie die Akten des Aktenversands sind ebenso auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Ich möchte noch kurz einen Hinweis zu Traktandum Nr. 7 bezüglich dem Agglomerationsprogramm 3 machen. Dieses Traktandum Nr. 7 entfällt heute, da die GPK letzten Freitag einstimmig beschloss, dieses Geschäft gemäss Art. 21 Ziff. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates an den Gemeinderat zurückzuweisen. Somit entfällt die Behandlung dieses Traktandums. Gibt es weitere Bemerkungen zur Traktandenliste? Da dies nicht der Fall ist, schreiten wir tatsächlich bereits zu Traktandum Nr. 1.

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 32 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 18.10 Uhr sind 33 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 18.20 Uhr sind 34 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 18.22 Uhr sind 35 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 18.25 Uhr sind 36 Stadratsmitglieder anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

1. **Protokolle Stadtratssitzungen vom 31. August und 14. September 2020: Kenntnisnahme**

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Hier geht es um die Kenntnisnahme der Protokolle der Stadtratssitzungen vom 31. August 2020 sowie vom 14. September 2020. Wie ich Ihnen bereits zuvor mitteilte, sind beide Protokolle auf der Webseite aufgeschaltet und liegen entsprechend vor. Gibt es Bemerkungen zu diesen beiden Protokollen? Das scheint nicht zuzutreffen.



2. Schulzentrum Kreuzfeld: Schulhaus K3, Krippenstrasse 15, 4900 Langenthal: Zwischensanierung: Genehmigung Ausführungsprojekt und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Somit kommen wir zu Traktandum Nr. 2. Dabei geht es um das Schulzentrum Kreuzfeld und die Zwischensanierung, um die Genehmigung des Ausführungskredits sowie die Kreditbewilligung. Ist dabei das Eintreten bestritten? Das Eintreten wird nicht bestritten und ist somit stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Wir schreiten somit zur Beratung und kommen zur Berichterstattung durch den Gemeinderat. Diese übernimmt Stadtpräsident Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Besten Dank, Herr Stadtratspräsident. Werte Stadträtinnen und Stadträte, geschätzte Anwesende, wie Sie alle spätestens seit ihrer letzten Fraktionssitzung wissen, verfolgen der Gemeinderat und die Volksschulkommission eine gemeinsame Schulstrategie. Der Gemeinderat genehmigte dabei im Rahmen des Projekts "Erweiterte Schulplanung" unter anderem die Reorganisation der Sekundarstufe 1. Diese Planung sieht vor, dass die Oberstufe neu zentral an einem Ort geführt und somit als Bedingung für die Umsetzung jedes Schulmodells auf Sekundarstufe 1 auch entsprechend sichergestellt werden muss. Für die Umsetzung der Reorganisation sollen der Sekundarstufe 1 neu die Schulhäuser K3 und die Schulhäuser K4 im Kreuzfeld zur Verfügung stehen. Im Gegensatz zu früheren Annahmen ist damit im Kreuzfeldareal für die Oberstufe kein Neubau nötig. Dies einfach als Hinweis, dass auch planerisch oftmals weggespart wird, was nicht mehr als nötig erachtet wird. Es ist das betriebliche Ziel der Schulen, im Schulhaus K3 die Klassen des neunten Schuljahres einzurichten. Die Schulzimmer sollen in demjenigen Schulhaus, das bislang der Unterstufe zur Verfügung stand, den Lehrpersonen des neunten Schuljahres zugeteilt werden. Diese Zimmer werden dabei als Fachräume genutzt. Die Schülerinnen und Schüler wechseln somit für den Fachunterricht vom Schulhaus K4 ins Schulhaus K3. Die Praxis mit solchen Fachräumen wird bereits heute im Schulhaus K4 gelebt. Grundsätzlich soll das Schulhaus, das im Bauinventar als schützenswertes K-Objekt in der Baugruppe 5 aufgeführt wird, so umgestaltet werden, dass die Räumlichkeiten und Einrichtungen auch unter Berücksichtigung der aktuell knappen finanziellen Mittel möglichst mit denjenigen im Schulhaus K4, das ja ebenso Klassenzimmer beherbergt, zu vergleichen sind.

Im Herbst 2019 teilte das ABiKuS¹ dem Stadtbauamt mit, dass das Sanierungskonzept vom 20. März 2019 noch mit dem Einbau einer Schulküche im Untergeschoss des Schulhauses K3 ergänzt werden sollte. Auch dies wurde mit der Schulstrategie der erweiterten Schulplanung begründet. Dabei soll die Hauswirtschaftsschule, die sich heute an der Turnhallenstrasse 18 befindet, neu als Tagesschulangebot dienen. Dies erfolgt bei gleichzeitiger Aufhebung der Tagesschule an der Ringstrasse. Dies führt zu einer Reduktion der Schulküchen auf nunmehr nur zwei Standorte; nämlich der bestehenden Küche im K1 und wie gesagt der neuen Küche im K3. Dies erfolgt in Abstimmung mit dem aktuellen Auftrag der Hauswirtschaft gemäss Lehrplan 21. Die beiden bisherigen Küchen im Gebäude der Hauswirtschaft an der Turnhallenstrasse sind mittlerweile über 40 Jahre alt und sanierungsbedürftig und entsprechen somit nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Der Gemeinderat beschloss am 21. Januar 2020 nebst dem Kredit, den er per 2. Juli 2019 für die Projektierung des Schulhauses mit Fr. 35'000.00 vorsah, noch einen Nachkredit über Fr. 33'000.00 für die Projektierung dieser Schulküche im Untergeschoss. Die Erweiterung um diese Schulküche führte nun auch dazu, dass die gesamte Umbausumme den geplanten Betrag gemäss Investitionsplan trotz den vorgenommenen Einsparungen übersteigt.

¹ ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport.



Wir holten beim ABiKuS verschiedene Stellungnahmen ein und diese Zwischensanierung wurde auch dort als zwingend erforderlich erachtet, damit die Klassen der Sekundarstufe 1 an diesem Ort unterrichtet werden können. Bislang war dieses K3 eben nur auf die Bedürfnisse der Erst- bis Viertklässler ausgerichtet. Daneben konnte festgestellt werden, dass das ABiKuS und auch die Schulleitungskonferenz den Antrag vollumfänglich unterstützen. Dabei wird aber auch betont, dass eine Totalsanierung des Gebäudes durch die teilweise Renovation und Instandstellung für die Oberstufe nicht ersetzt wird. Das ist auch so. Die Zwischensanierung der oberirdischen Geschosse sieht lediglich sehr geringe bauliche Eingriffe vor und beschränkt sich dabei auf die betrieblich notwendigen Massnahmen wie etwa Brandabschlüsse, Malerarbeiten, neue Beleuchtung und die Einrichtung von neuem Mobiliar. Die Gänge in den Geschossen werden als Arbeitsfläche für Gruppenarbeiten gestaltet und die elektrischen Installationen werden den gesetzlichen Vorschriften angepasst. Energetische Massnahmen werden explizit nicht ergriffen wie etwa eine Wärmedämmung an der Gebäudeaussenhülle sowie der Ersatz der Fenster oder dann auch der Bodenbeläge. So etwas ist nicht vorgesehen, weil wir uns dies im Rahmen dieses Kredites zum jetzigen Zeitpunkt nicht leisten können. Auch die bestehenden Sanitäreinrichtungen und Sanitärleitungen bleiben unverändert und auch die Heizungsanlage und die Wärmeverteilung mit Heizkörper bleibt unangetastet; mit einer Ausnahme, dass man neue Heizkörper wie auch eine neue Warmwasseraufbereitung im Untergeschoss einplant. Im Estrich sind keine baulichen Massnahmen vorgesehen und wie gesagt werden auch an der Aussenhülle keine Sanierungsarbeiten vorgenommen. Bei der Umnutzung dieser Werkstatträume, wie sie sich heute noch zeigen, wird diese Schulküche auch mit einem separaten Essraum und einem normalen Schulzimmer ergänzt. Deshalb ist es auch so, dass das meiste Geld für diese Anpassungen im Untergrund aufgewendet werden muss.

Die vorberatenden Kommissionen bejahten diese Vorgehensweise alle grossmehrheitlich. Insgesamt kam es in der Bau- und Planungskommission, in der Finanzkommission sowie in der Umwelt- und Energiekommission lediglich zu einer Gegenstimme zu diesem Projekt. Wie Sie den Grundlagenakten entnehmen konnten, wurde dieses Geschäft im Gemeinderat kontrovers diskutiert. Man fragte sich dabei, ob eine solche Teilsanierung für das Notwendigste Sinn macht oder ob nicht gescheiter eine Gesamtsanierung ins Auge gefasst werden sollte? Eine Mehrheit des Gemeinderates war dann aber der Meinung, dass eine Teilsanierung erstens aus Kostengründen, da eine Gesamtsanierung viel mehr kosten würde, und zweitens aus zeitlichen Gründen, dort zügig voranzukommen, im Sinne der Umsetzung der beschlossenen Schulstrategie zu bevorzugen ist. Das Sanierungsprojekt wurde vom Architekturbüro Duksch Anliker ausgearbeitet und der Kostenvoranschlag vom 22. Juli 2020 sieht Gesamtbaukosten von 1,32 Mio. Franken vor. Dies ist nun auch die Summe, die Ihnen der Gemeinderat heute zur Bewilligung unterbreitet. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich danke dem Stadtpräsidenten für die Berichterstattung. Für die GPK wird nun Pascal Dietrich Stellung nehmen.

GPK-Mitglied Pascal Dietrich (FDP): Die GPK setzte sich mit diesem Geschäft nicht allzu lange auseinander, hatten wir ansonsten noch genug andere Dinge, die es zu besprechen galt. Selbstverständlich diskutierten wir diese Vorlage dennoch und besprachen dazu einige Punkte. Unter anderem bestätigte uns der Stadtpräsident, dass diese Strategie, im Kreuzfeld ein Oberstufenzentrum einzurichten, eigentlich nie dem Stadtrat und der Bevölkerung vorgelegt und entsprechend genehmigt wurde. Im Gegenteil handelte es sich dabei doch vielmehr um einen Beschluss des Gemeinderates und der vorberatenden Kommission des Gemeinderates. Weiter stellte die GPK, wie soeben gehört, fest, dass im Finanzplan dafür eigentlich nur Fr. 800'000.00 eingestellt sind und sich dadurch eine Differenz zum jetzt beantragten Kredit ergibt. Dazu wurde uns erläutert, wie es überhaupt dazu gekommen ist und der Mehraufwand wie geschildert in dieser zusätzlichen Schulküche begründet liegt. Unter dem Strich bestätigte sodann die GPK die formelle Richtigkeit dieses Geschäfts. Danke.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Besten Dank, Pascal Dietrich. So kommen wir nun zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Wem darf ich das Wort übergeben? Für die SP/GL-Fraktion spricht Gerhard Käser.



SP/GL-Fraktion, Gerhard Käser (SP): Wir besprachen dieses und auch die daran anschliessenden Traktanden in der SP/GL-Fraktion sehr ausführlich. Baulich sieht dies nun zwar so aus, als dass diese Geschäfte von Traktandum Nr. 2 bis Traktandum Nr. 6 inhaltlich nicht zusammengehören, aber wir sehen darin sehr wohl Zusammenhänge. Ich möchte deshalb an dieser Stelle auch ein wenig ausholen, um Ihnen die einzelnen Zusammenhänge aufzeigen zu können. Entsprechend werden wir uns dann bei den nachfolgenden Geschäften mit unseren Voten zurückhalten. Über diese Zusammenhänge, zu denen ich jetzt Stellung nehmen möchte, steht in den jeweiligen B & As nämlich sehr wenig. Insbesondere eine Stellungnahme zu den pädagogischen Chancen und Auswirkungen der Vorlagen gemäss Traktanden Nr. 2 bis Nr. 6 kam dabei eindeutig zu kurz. Interessanterweise stellte dies auch der Stadtpräsident fest und erklärte wohl deshalb gewisse Aspekte in der vorangegangenen Berichterstattung etwas genauer, was man so nicht im Bericht vorfindet. Es geht bei diesen Traktanden anhand der Vereinigung der ersten und zweiten Klasse der Kindergärten auch um eine konsequente Umsetzung des Lehrplans 21 mit diesem Zyklus 1 und somit nicht nur um die Zusammenlegung der Oberstufe im K3. Dabei geht es auch um eine mögliche Durchlässigkeit auf dieser Stufe. Es gibt im Kanton Bern bereits heute 176 Klassen im System "Basisstufe". Dort ist es möglich, Unterrichtssequenzen mit jüngeren oder älteren Kindern zu bestreiten, ohne sogleich, wie dies heute noch der Fall ist, eine Klasse wechseln zu müssen. Das wäre vor allem auch für Langenthal mit vielen Kindern, die vorab noch mit der deutschen Sprache Mühe bekunden, sehr interessant, zumal sie in anderen Fächern durchaus mithalten können, was zu einer optimalen Förderung führen würde. Dazu mache ich die Klammerbemerkung, dass für mich diese Durchlässigkeit in den unteren Klassen mindestens so interessant ist, zumal die Durchlässigkeit in der Oberstufe zu einem Zeitpunkt stattfindet, in dem "der Mist meistens bereits geführt ist".

Der Zeitpunkt dazu ist ideal, weil sämtliche Bauten, die heute auf der Traktandenliste stehen, stark renovationsbedürftig sind. Falls einmal, wie es in anderen Gemeinden oft vorkam, eine Motion mit der Forderung nach einer Basisstufe auf dem Tisch liegen würde, wären wir ja zu einer Zentralisierung gezwungen und müssten somit kürzlich sanierte Kindergärten aufgeben, wenn wir diejenigen Kindergärten, die wir jetzt unterhalten, sanieren würden. Das kann nun wirklich nicht in unserem Interesse liegen. Wir müssen uns mit diesen Vorlagen hier für die Zukunft wappnen. Das hat nun nicht viel mit der Vorlage zum K3 zu tun. Demzufolge ist im Rahmen dieser Zentralisierung eben auch die Tagesschule ein Teil der obligatorischen Schule. Die Zusammenarbeit in diesem Punkt wurde extrem wichtig, sei es wegen dem Stundenplan, den Hausaufgaben, den Verhaltensweisen von Schülerinnen und Schülern oder auch Eltern und auch wegen den Massnahmen bis hin zu Gefährdungsmeldungen und so weiter. Zudem ist es wichtig, dass der Pedibus¹ endlich abgeschafft werden kann. Angestellte der Tagesschule begleiten Kinder bis zu siebenmal täglich zu Fuss hin und wieder zurück. Das entspricht etwa einer 100%-Stelle, die dafür benötigt wird und dies dafür, dass jemand die ganze Zeit hin und her läuft. Man kann sich vorstellen, wie dadurch Ressourcen verschwendet werden. Kinder werden momentan übrigens teilweise mit Taxis von den Kindergärten in die Tagesschule hin- und zurückgebracht. Diese Kosten könnte man einsparen und wenn überhaupt dort einsetzen, wo der Schulweg durch eine Zentralisierung nicht zumutbar wäre und ja auch immer wieder zu Diskussionen führt. Zudem könnte man ja vielleicht auch die sogenannte Schulsozialarbeit endlich in unsere Schulhäuser bringen, so wie es sie ja bereits in unserer Region gibt. Und auch dort ist es zentral, dass die Zusammenarbeit gerade auf den unteren Schulstufen auch räumlich eng stattfinden kann. Dies vor allem auch deshalb, wenn man, wie eine Mehrheit hier, bei der Schulsozialarbeit sparen möchte.

Wenn die Zusammenführung mit der Tagesschule realisiert wird, muss dafür aber der marode Hauswirtschaftstrakt aufgegeben werden, um im Ausgleich dafür einen Hauswirtschaftsraum im K3 einzubauen. Mit dem Hauswirtschaftsraum bei mir im K1 reicht dies zusammen für die Zukunft aus, wie dies bereits Reto Müller ausführte. Das Ganze kostet viel Geld, jetzt für das K3 sogar mehr Geld, als wie im Investitionsplan

¹ Pedibus = Vorgehen, Kinder gemeinsam zu Fuss zur Schule zu begleiten.



festgeschrieben. Denken Sie dabei aber auch daran, dass an der Ringstrasse eine Villa mitten in der Wohnzone mit rund 3'500 m² frei wird. Auch wenn dies zurzeit nicht sinnvoll ist, so könnte man diese Liegenschaft im Notfall auch verkaufen. Eine Gesamtsanierung von K2 und K3 ist für uns momentan finanziell nicht realistisch, obwohl ich mich da mit dem K2 auch in das eigene Fleisch schneide. Hier geht es "nur" um die Bauten und nicht um ein pädagogisches Gesamtkonzept. Deshalb unterstützen wir eine solche Forderung zurzeit nicht. Aus diesen, vor allem auch pädagogischen Gründen wird die SP/GL-Fraktion sämtliche Geschäfte der Traktanden Nr. 2 bis Nr. 6 einstimmig unterstützen. Merci.

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP): Auf die Details dieses K3-Schulhauses möchte ich nicht mehr weiter eingehen, da wir diese bereits ausführlich zu hören bekamen. In unserer Fraktion diskutierten wir die Situation und wir meinen, dass man das Ganze in seinem Zusammenhang betrachten sollte, so wie es bereits mein Vorredner erklärte. Wir sehen dabei einerseits die Teilsanierung des Schulhauses K3 mit der Küche als einen zusammenhängenden Bereich sowie andererseits die Umnutzung des Hauswirtschaftsgebäudes in eine Tagesschule mit der gleichzeitigen Schliessung der bisherigen Gebäulichkeiten an der Ringstrasse als einen weiteren, in Zusammenhang stehenden Bereich. Dieses Vorgehen wird der Stadt jetzt und in Zukunft weniger Kosten verursachen, als wenn man alle drei Gebäude unterhält und saniert, was insbesondere auf die Ringstrasse zutrifft. Die SVP-Fraktion wird deshalb einstimmig der Zwischensanierung des K3 zustimmen.

EVP/glp-Fraktion, Jürg Schenk (EVP): Wie wir bereits hörten, kostet diese Sanierung 1,32 Mio. Franken. Davon ist ein Anteil von Fr. 520'000.00 nicht im Investitionsplan eingestellt. Dies finden wir schade, aber es ist auch begründbar. Wir von der EVP/glp-Fraktion werden diese Lösung unterstützen. Wir unterhielten uns dabei auch noch recht lange über den zukünftigen Energierichtplan, respektive stellten wir uns die Frage, ob es dann anschliessend noch zwingend weitere Sanierungen braucht, da ja die energetischen Massnahmen nicht umgesetzt werden? Wir sind gespannt, welche Lösungen dazu angedacht sind und werden wie gesagt das Projekt so guteheissen. Merci.

FDP/jll-Fraktion, Daniel Bircher (FDP): Die Fraktion der FDP/jll wird diesem Kredit zustimmen. Wir hatten allerdings noch etwas darüber zu diskutieren, ob nun eine Gesamtsanierung nicht doch gescheiter gewesen wäre. Wir können allerdings auch der Begründung für eine Zwischensanierung folgen und finden das Vorgehen einleuchtend. Was uns dennoch ein wenig sauer aufstiess ist der Umstand, dass uns gar nicht gross eine Wahl bleibt, hier zuzustimmen oder nicht zuzustimmen, weil der Zeitplan zur Umsetzung des Lehrplans 21 eng ist und uns deshalb nur die Wahl der Zwischensanierung ermöglicht. Wir hätten es deshalb begrüsst, hätte man darüber früher entscheiden können, ob eine Gesamtsanierung eventuell nicht doch sinnvoller wäre. Wir werden dem Kredit dennoch zustimmen und freuen uns, wenn dann das durchlässige System im Rahmen des Lehrplans 21 auch zeitgerecht per August 2021 starten kann. Danke.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Besten Dank den Fraktionssprechenden. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Das Wort scheint nicht mehr erwünscht. Der Stadtpräsident sagte mir, dass er es ebenso wenig nochmals wünscht. Somit erkläre ich die Beratung für geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis 3 zustimmen kann, soll dies mit der Karte anzeigen. Gegenmehr? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 1 Enthaltung), unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**
 1. **Das Ausführungsprojekt betreffend die Zwischensanierung im Schulzentrum Kreuzfeld, Schulhaus K3, Krippenstrasse 15, wird genehmigt.**
 2. **Der für die Zwischensanierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von brutto Fr. 1'320'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6610.5040.27 ("Zwischensanierung Schulhaus K3"), bewilligt.**
 3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Schulzentrum Kreuzfeld: Neubau 3-fach Kindergarten: Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt): Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Wir fahren fort mit Traktandum Nr. 3. Dieses Traktandum ist das erste einer Reihe von Traktanden mit ähnlichem Inhalt. Hier geht es um das Schulzentrum Kreuzfeld und der Zustimmung und der Kreditbewilligung zur Projektierung eines 3-Fach-Kindergarten-Neubaus. Ist das Eintreten bestritten? Da dies nicht bestritten ist, ist es stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): So kommen wir nun zur Beratung und hier wäre es Stadtpräsident Reto Müller, der dieses Projekt vorstellt.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Herzlichen Dank, liebe Stadträtinnen und Stadträte für die grosse Zustimmung zum vorherigen Geschäft. So komme ich nun zum K3. Gemeinderat, Stadtpräsident und Stadtbauamt sind lernfähig und wir merkten, dass es in diesem Geschäft nicht nur um das Bauen geht. Wir waren ja zur Vorstellung des Projektes bei Ihnen in den Fraktionen zu Besuch und zumindest von zwei Fraktionen wurden wir harsch dafür kritisiert, dass wir uns dabei nur auf die Bauten fokussieren und nicht über pädagogische Aspekte und Ziele dieser Zentralisierungsstrategie reden. Letztendlich geht es darum, was Sie hier vorne abgebildet sehen, nämlich um unsere Kinder und unsere Zukunft. Es geht dabei nicht nur um das Baugegeschäft und die simple Genehmigung von Projektierungskrediten: nein, wir wissen, wir haben und wollen hier bei uns in Langenthal einen Bildungsauftrag erfüllen. Diesen möchten wir mit einer guten Strategie umsetzen, die der Gemeinderat auf Vorschlag der Volksschulkommission so beschloss und wofür der Gemeinderat auch in Langenthal zuständig ist. Wir wollen dies mit einem zeitgemässen und optimierten Raumangebot angehen, was es aus Sicht des Gemeinderates als Investition in unsere Zukunft auch unterstützenswert macht.

Wir könnten dabei bei den gesetzlichen Grundlagen soweit gehen, dass wir mit Zitaten aus der Bundesverfassung beginnen, aber ich denke das würde ein wenig zu weit führen. Viel entscheidender ist das sogenannte HarmoS-Konkordat, das die Harmonisierung der obligatorischen Schulen umfasst und den gesetzlichen Auftrag beschreibt, den wir hier bezüglich Einschulung, aber auch betreffend die Dauer der Schulstufen in gewisser Abstimmung mit den anderen Kantonen umzusetzen haben. Die Volksschule erfüllt ihren Bildungsauftrag in Zusammenarbeit mit den Eltern und Erziehungsberechtigten und sie versucht dabei so gut als möglich die jeweiligen Personen auch in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen.



Projekt "Erweiterte Schulplanung": Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bildung
Gesetzliche Grundlagen

- Die schulische Grundbildung ist in der **Bundesverfassung** verankert.
- In der „**Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule**“ vom 14. Juni 2007 (HarmoS-Konkordat) haben sich die beigetretenen Kantone über Eckwerte der obligatorischen Schule verständigt. Sie definiert die übergeordneten Ziele der obligatorischen Schule, regelt den Sprachenunterricht und **macht Vorgaben zur Einschulung und zur Dauer der Schulstufen**. Das HarmoS-Konkordat ist am 1. August 2009 in Kraft getreten.
- Die Volksschule erfüllt ihren Bildungsauftrag in Zusammenarbeit mit den Eltern und Erziehungsberechtigten und unterstützt diese in ihrem Erziehungsauftrag.



Wenn wir uns das HarmoS-Konkordat des Kindergartens anschauen, so ist der zweijährige Kindergarten der Regelfall, so wie es auch schon Stadtrat und Schulleiter Käser bereits antönte. HarmoS führte dazu, dass der Kindergarten bei der Volksschulzeit vollkommen angerechnet wird und damit die 11-jährige Schulzeit komplettiert. Jedes Kind im Kanton Bern hat das Recht, aber nicht die Pflicht, nach dem vierten Geburtstag und ab dem fünften Lebensjahr den zweijährigen Kindergarten zu besuchen. Letztendlich führten wir auch bei uns Blockzeiten und Tagesschulangebote erfolgreich ein und die Nachfrage gibt uns dabei recht. Es handelt sich dabei ja um freiwillige Angebote, aber die Nachfrage ist in Langenthal ungebrochen gross.

Was bedeutet nun HarmoS für den Zyklus 1, dem Zeitraum von Kindergarten sowie der ersten und zweiten Klasse? Diese beiden Schulen gehören zusammen, was Gerhard Käser ebenfalls bereits erwähnte. Sie entsprechen einer Stufe und einem gemeinsamen Zyklus und die Lehrpersonen nehmen zusammen an den Kindergarten-, respektive den jeweiligen Stufenkonferenzen teil. Die Klassengrössen umfassen 18 Kinder, was mittlerweile zwar mehr einem Wunsch als der Realität entspricht. Die meisten Klassen sind grösser und die Planzahlen steigen weiter an. Die Kinder werden dabei in der Regel von einer Lehrperson unterrichtet. Ein- bis zweimal pro Woche unterrichtet eine DaZ-Lehrkraft¹, ein- bis zweimal gibt es eine Klassenhilfe für drei Stunden pro Morgen, weil wir realisierten, dass es zumindest bei Beginn des zweijährigen Kindergartens eben wirklich sehr viele Problemstellungen mit diesen kleineren Kindern gibt. An fünf Vormittagen ist während der Hälfte der Zeit nur eine Lehrperson vor Ort. Auch an den beiden Nachmittagen unterrichtet die Kindergartenlehrperson in Halbklassen alleine. Die Lehrperson im Kindergarten ist somit einen Grossteil der Woche für 18 bis 20 Kinder im Alter von 4- bis 6-jährig alleine verantwortlich.

Dieser Zentralisierung der gesamten Schulorganisation in der Stadt Langenthal liegt eine bestimmte Vision zugrunde: Sie soll dabei ein ganzheitliches Schulangebot umfassen und die Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler in Langenthal hat für uns grösste Priorität. Wir möchten damit auch eine ruhige Schullaufbahn ermöglichen, das heisst mit möglichst wenig Wechsel, gerade auch bezüglich der Standorte. Daneben gibt es auch ergänzende Betreuungs- und Förderangebote.

Projekt "Erweiterte Schulplanung": Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bildung
HarmoS-Konkordat Kindergarten

- Seit Einführung von HarmoS besteht der zweijährige Kindergarten als Regelfall.
- Mit HarmoS gehört der Kindergarten zur Volksschulzeit und wurde aufgewertet indem er in das 11-jährige Bildungskonzept integriert wurde.
- Jedes Kind im Kanton Bern hat das Recht, nach dem 4. Geburtstag, das heisst ab dem 5. Lebensjahr den zweijährigen Kindergarten zu besuchen.
- Schliesslich wurden die Blockzeiten und Tagesschulangebote erfolgreich eingeführt. Der Besuch der Tagesschulangebote ist für Kinder grundsätzlich freiwillig. Die Nachfrage zeigt aber, dass das Bedürfnis nach Tagesschulangeboten im Kanton Bern und in Langenthal gross ist.

Projekt "Erweiterte Schulplanung": Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bildung
Zyklus 1 (KG, 1. + 2. Klasse) Langenthal

- Die Kindergartenlehrpersonen unterrichten wie auch die restlichen Stufen der Volksschule nach LP21 (Lehrplan 21). Sie sind zur Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen auf der Unterstufe verpflichtet und nehmen an Zykluskonferenzen (Zyklus 1 = KG, 1.+2. Klasse) wie an Kindergartenkonferenzen teil.
- Die Klassengrössen umfassen 18 Kinder, die Planungszahlen für die nächsten Jahre steigen.
- Die Kinder werden von einer Lehrperson unterrichtet.
- 1-2x pro Woche unterrichtet die Lehrperson für Deutsch als Zweitsprache für 1 – 1 ½ Stunden pro Vormittag in den Kindergärten.
- 1-2x ist die Klassenhilfe für 3 Stunden pro Morgen vor Ort.
- An den 5 Vormittagen ist während der Hälfte der Zeit nur eine Lehrperson vor Ort. Auch an den beiden Nachmittagen unterrichtet die Kindergartenlehrperson in Halbklassen alleine.
- Die Lehrperson im Kindergarten trägt somit für einen grossen Teil der Woche alleine die Verantwortung für 18-20 Kinder im Alter von 4-6 jähig.

¹ DaZ = Deutsch als Zweitsprache.

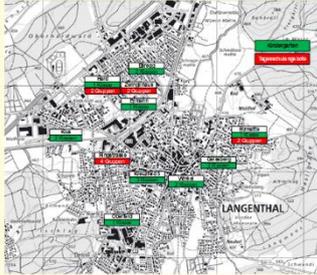


Heute haben wir diesen Ist-Zustand, den Sie alle bestens kennen. Dabei handelt es sich um 15 Kindergärten an neun Standorten und vier Tagesschulen an vier Standorten. Sie sehen hier auch die Eigentumsverhältnisse der heute genutzten Gebäude und Tagesschulen.

Projekt "Erweiterte Schulplanung": Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bildung
Strategie (Istzustand)



15 Kindergärten an 9 Standorten
4 Tagesschulen an 4 Standorten

9 Kiga-Gebäude Eigentum der Stadt
1 Kiga-Gebäude Fremdeigentum

2 Kiga prov. (Elzmatte/K5 UG)

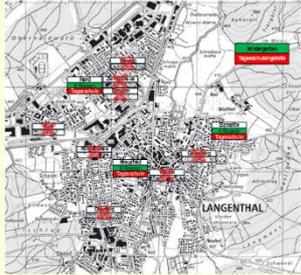
3 TS-Gebäude im Eigentum der Stadt
1 TS-Gebäude Fremdeigentum

Was möchte man damit nach Vollendung der Gesamtstrategie erreichen? Am Schluss sollte es 16 Kindergärten an drei Standorten geben und drei Tagesschulen an drei Standorten. Selbstverständlich sind diese drei Standorte identisch. Es geht dabei um die Elzmatte, die Hard und um das Kreuzfeld.

Projekt "Erweiterte Schulplanung": Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bildung
Strategie (Endzustand)



16 Kindergärten an 3 Standorten
3 Tagesschulen an 3 Standorten

Die pädagogische Beurteilung beschreibt eben denjenigen Bereich, wofür wir in den Fraktionen gerügt wurden, weil man bemängelte, dass dies heute bei der Debatte zu diesen Baugeschäften nicht zur Sprache kommt. Entsprechend möchten wir dies hier auch einleitend etwas ergänzen.

Sie sehen hier die verschiedensten Beurteilungen aufgelistet: Die Sicherheit ist besser gewährleistet und die Schulwege gehen für alle in dieselbe Richtung. Somit geht es um die gleichen Schulwege, die auch die älteren Geschwister und andere Quartierkinder gemeinsam angehen und man kann mit diesem Vorgehen die Klassen ausgeglichener gestalten. Bei Schwierigkeiten lassen sich dann Kinder auch besser innerhalb

Projekt "Erweiterte Schulplanung": Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bildung
Pädagogische Beurteilung der Strategie

- Sicherheit ist besser gewährleistet (Unfall von Kindern oder Lehrperson).
- Schulwege gehen in dieselbe Richtung, wie bei älteren Geschwister und Quartierkindern.
- Klassen können ausgeglichener gestaltet werden (Geschlechter, ältere + jüngere Kinder, Kinder mit anderen Erstsprachen).
- Bei Schwierigkeiten können Kinder einfacher auch unter dem Schuljahr umverteilt werden.
- Die Kinder kennen beim Übertritt in die erste Klasse bereits den Schulweg und den Betrieb auf dem Areal.
- Die Wege zu Turnhallen, Tagesschule und weiteren Räumlichkeiten sind kurz.
- Die Zusammenarbeit mit anderen Klassen ist besser umzusetzen.

der Schulzentren umteilen, was zu mehr Optionen führt. Die Kinder kennen daneben beim Übertritt in die erste Klasse auch bereits ihren Schulweg. Es ist immer derselbe Schulweg, der zum gleichen Areal führt. Die Wege in die Turnhalle oder in die Tagesschule und weiteren Räumlichkeiten wie beispielsweise diejenigen für Spezial- und Förderunterricht sind kurz und wir erhoffen uns damit, dass die Zusammenarbeit mit und zwischen anderen Klassen besser umgesetzt werden kann. Ich erinnere daran, dass es heute Standorte mit



nur einer Klasse gibt und sich somit eine Zusammenarbeit per se schon nur recht mühsam bewerkstelligen lässt.

Weiter geht es mit der Umsetzung des Lehrplans 21. Dabei wird festgeschrieben, dass der Kindergarten fix zum Zyklus 1 gehört und der Kindergarten als zur ersten und zweiten Klasse gehörend gesehen wird. Dies ist unabhängig davon, welches Modell danach gewählt wird. Bei einem Ausfall einer Lehrperson ist die Organisation einer Stellvertretung einfacher und die Kinder besuchen Spezial- oder Förderunterricht im selben Schulzentrum und haben deshalb keine zusätzlichen externen Wege zu begehen. Auch unsere Speziallehrpersonen verfügen dadurch unbestritten über kürzere Arbeitswege, wenn sie dadurch im gleichen Schulareal arbeiten und nicht noch zusätzlich den Arbeitsort wechseln müssen.

Das sind nun alles positive Auswirkungen der Zentralisierung, aber es gibt auch einen negativen Aspekt, der auch schon von Beginn weg in der Volksschulkommission zu Diskussionen führte. Dabei geht es um die Frage der externen Schulwege. Diese Frage stellte sich nun erneut auch in dieser Debatte. Ist es bereits für Kinder im Kindergartenalter zumutbar, dass sie ihren Schulweg alleine bewältigen können, der sich aus dieser Zentralisierung ergibt?

Sie sehen hier – und einige von Ihnen erhielten dies aufgrund der in der GPK gestellten Fragen auch noch separat zugestellt, wie diese Frage heute beurteilt wird. Um diese Karte hier wurde ein Kreis im Durchmesser von einem Kilometer gezogen. Entscheidend für Kinder im Kindergartenalter ist, dass Schulwege im Umfang von 1,5 Kilometer als zumutbar eingestuft werden, "sofern sie keine offensichtlichen Gefahren beinhalten." Man nahm diese Beurteilung hier entsprechend vor und Sie sehen, dass die Bereiche in grau und blau eingefärbt noch als zumutbar angesehen werden. Es gibt einige Gebiete wie hier draussen beispielsweise in der Industrie, die als nicht zumutbar beurteilt werden. Hier müsste man eine entsprechende Lösung finden. Es ist aber so, dass diejenigen Gebiete, die bei uns als Wohnquartiere betrachtet werden, alle innerhalb dieses definierten Kreises befinden und man der Meinung ist, dass dies eine zumutbare Schulwegdistanz darstellt.

Ich verwies bereits einleitend darauf hin, dass Bildung auch in Langenthal eine Zusammenarbeit zwischen den Erziehungsberechtigten und den jeweiligen Schulen umfasst. Und es ist so, dass gemäss Volksschulgesetz die Verantwortung betreffend Schulweg bei den Eltern liegt. Das heisst, und das erlebe ich selber auch tagtäglich, dass diejenigen Eltern, die ein Kind haben, das den Schulweg noch nicht alleine bestreiten möchte, dieses eben im besten Fall entsprechend zu Fuss zu begleiten haben. Das ist eine Vorgehensweise, die wir voraussetzen und auch empfehlen.

Projekt "Erweiterte Schulplanung"; Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bildung
Pädagogische Beurteilung der Strategie

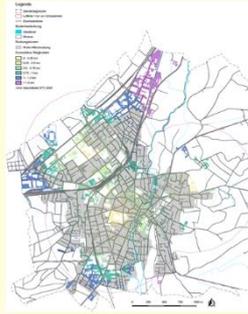
- Mit dem Lehrplan 21 ist der Kindergarten näher mit der 1.+2. Klasse zusammengewachsen.
- Bei Ausfall einer Lehrperson ist die Organisation der Stellvertretung einfacher (mehr Lehrpersonen auf demselben Areal, Kinder können notfalls auf andere Kindergartenklassen aufgeteilt werden).
- Kinder besuchen den Spezialunterricht bei Bedarf im selben Schulzentrum und haben keine zusätzlichen externen Wege. Lehrpersonen (Deutsch als Zweitsprache, Integrative Förderung, Teilpensenlehrpersonen) haben kurze Arbeitswege, wenn sie in verschiedenen Klassen tätig sind.

11

Projekt "Erweiterte Schulplanung"; Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bildung
Schulwege extern



Beurteilung von Schulwegdistanzen (ERZ):

- Gemäss der bisherigen Rechtsprechung sind je nach örtlicher Gegebenheit Fussmärsche von 30 bis 45 Minuten zumutbar.
- Ebenfalls für die Zumutbarkeitsbeurteilung massgebend ist, wie oft der Schulweg pro Tag zurückgelegt werden muss (bzw. ob genügend Zeit für die Mittagspause zur Verfügung steht) und ob der Schulweg alleine oder in der Gruppe begangen werden kann.
- Für **Kinder im Kindergartenalter** sind Schulwege von **1,5 Kilometer** zumutbar, sofern sie keine offensichtliche Gefahr beinhalten.
- Primarschülerinnen und -schülern der 1. bis 3. Klasse kann ein ca. 2 Kilometer langer Schulweg zu Fuss gehend zugemutet werden, sofern keine zusätzlich Gefahren bestehen.

12



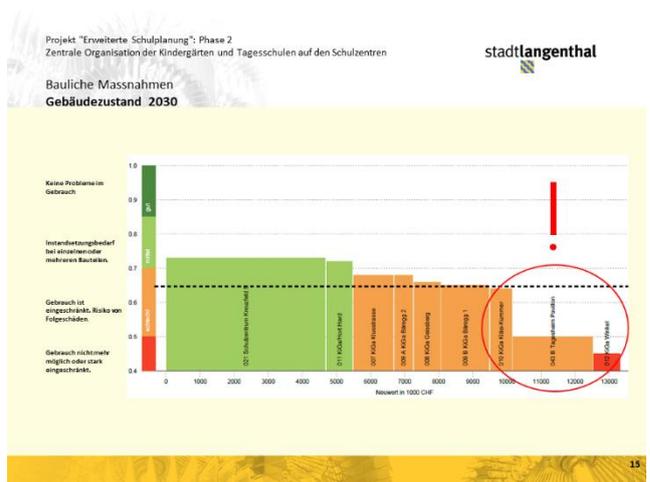
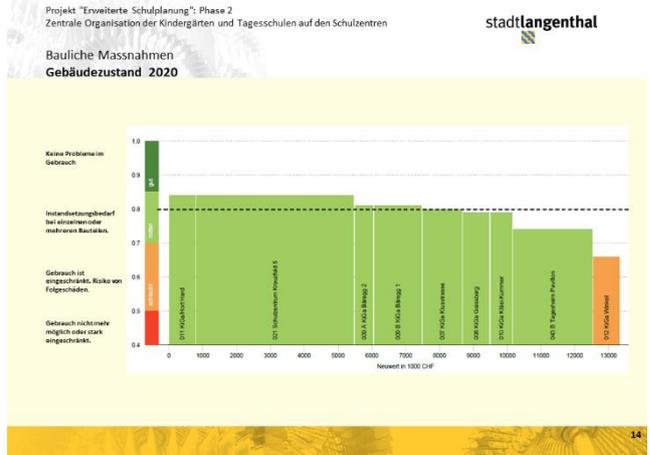
Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Ich würde somit den pädagogischen Bereich verlassen und zu den baulichen Massnahmen wechseln. Was wollen wir genau machen? Was unternehmen wir, um diese Zentralisierungsstrategie im ersten Schritt umsetzen zu können? Wir befinden uns dabei in der Ausgangslage, dass heute ein Gebäudezustand dieser Kindergärten vorliegt, den man noch als "okay" bezeichnen kann. Sie sehen, dass wir uns hier noch bei einem Urteil von "knapp gut" befinden, aber es erste Mängel gibt, die sich abzeichnen und ich Ihnen noch detailliert erläutern werde. Dies betrifft insbesondere diejenigen Gebäude, die im hinteren Teil der Tabelle aufgeführt sind. Dabei fällt auf, dass der Kindergarten Winkel bereits heute am Schlechtesten beurteilt wird: "Der Gebrauch ist eingeschränkt und es besteht ein Risiko von Folgeschäden." Dies wird mit der orangen Farbe dokumentiert.

Wenn wir nichts unternehmen, sieht es in zehn Jahren so wie hier dargestellt aus. Daraus geht hervor, dass dannzumal der Gebrauch des Kindergartens Winkel nicht mehr möglich und sehr stark eingeschränkt ist und somit nicht gebraucht werden kann. Auch bei den anderen Gebäulichkeiten wie dem Tagesschul-Pavillon musste mit Holz das Dach verstärkt und auch abgedichtet werden. Auch der Tagesheim-Pavillon, der hier mit einem Ausrufezeichen versehen ist, ist dann in der Sicht von zehn Jahren gemäss unserem Gebäude-Erhaltungsmanagement "Stratos" nicht mehr brauchbar.

Ich dokumentiere Sie nun mit ein paar Bildern. Sie sehen hier den Zustand im Kindergarten Winkel, der zwei Kindergartenklassen beherbergt. Das Gebäude hat Baujahr 1934 und wird als schützenswert eingestuft. Bereits heute unterschreiten wir die vorgeschriebene Nutzfläche, die ein Kindergarten aufweisen sollte um 36%. Dieser Kindergarten ist viel zu klein und bietet eine viel zu geringe Nutzfläche. Er verfügt über Fenster ohne Kitt, die Storen sind defekt, die Küche ist ungenügend und die sanitären Anlagen wie auch die Technik entsprechen komplett nicht mehr dem heutigen Standard. Eine Ausnahme bildet die Gasheizung, die notfallmässig erneuert werden musste. Es gibt keine Wärmedämmung und die Bodenbeläge sind demontiert, eine Dachsanierung ist dringend nötig und die Fassade ist am Ablättern. Der Unterricht "Deutsch als Zweitsprache" findet in diesem Kindergarten in der Garderobe statt





und es gibt auch keinen Arbeitsplatz für Lehrpersonen. Die Parzelle verfügt über 1450 m² und ist in zehn Jahren nicht mehr brauchbar, was man auch anhand dieser Bilder nachvollziehen kann.

Aus pädagogischer Sicht ist als Mangel festzuhalten, dass dieser Kindergarten nur noch befristet bewilligt ist, weil er eben viel zu klein ist. Das Einzugsgebiet dieses Kindergartens entspricht dem Perimeter zwischen Mittel- und Melchnaustrasse; das heisst, die Kinder vom Rumiweg gehen nach dem Kindergarten im Kreuzfeld zur Schule, während die anderen Kinder zwischen Langenthal- und Melchnaustrasse danach in die Elzmatte gehen. Das bedeutet, dass es hier eben zu einer Teilung kommt. Und hier wäre es dann so, dass die Kinder von Beginn an künftig nur noch einen Schulweg zu bestreiten hätten, entweder Richtung Elzmatte oder dann Richtung Kreuzfeld.

Im Kindergarten Oberfeld, der nur einen Kindergarten beinhaltet, ist die Nutzfläche gemäss den Vorgaben des Kantons um 12% zu klein. Gleichzeitig sind die Fenster veraltet, die Küche ist ungenügend, auch die Sanitärleitungen sind veraltet, ebenso die Technik. Das Gebäude hat keine Wärmedämmung und die Bodenbeläge sind abgenutzt. Auf die schwarzen Pünktchen auf diesem einen Bild gehe ich nicht ein, sonst steht es morgen in der Zeitung.

Pädagogisch ist der Standort im Oberfeld mit einer einzigen Kindergartenklasse seit Jahren nicht mehr ausreichend. Die Situation ist so, dass wir dort aus dem Ziegelhof-Quartier sehr viele fremdsprachige Kinder haben. Wenn man all diese fremdsprachigen Kinder in diesen Kindergarten einteilen würde, so kämen wir dort auf einen Anteil von 80% an anderssprachigen Kindern, was aus pädagogischer Sicht so nicht geht. Das führt dazu, dass diese Kinder umgeteilt werden und sodann teilweise ins Kreuzfeld kommen. Das hat zur Konsequenz, dass es Kinder aus Mehrfamilienhäusern an der Thunstettenstrasse gibt, die immer an diesem Kindergarten vorbeilaufen, aber an einem anderen Ort eingeteilt sind, weil es dort eben nicht mehr genügend Platz gibt, was dementsprechend immer wieder zu Fragen führt. Im Moment ist es so, dass ein Teil der Kinder in den Oberfelder Kindergarten und daneben die Geschwister ins Kreuzfeld zur Schule gehen und man sich dann fragt, warum sie am näherliegenden Kindergarten vorbeigehen müssen. Dieser Kindergarten hier ist einfach zu klein, auch was die Anzahl Plätze angeht.

Dann komme ich zur Tagesschule an der Ringstrasse. Diese Schule wurde 1974 als Provisorium erbaut. Man hatte dabei immer wieder Probleme mit dem Dach, da es regelmässig undicht war. Aber normalerweise hat man auch ein Provisorium nicht während beinahe 50 Jahren in Betrieb. Die Innenräume sind eher düster und die Räumlichkeiten weisen einen gewissen Baracken-Charakter auf. Diese Gebäulichkeiten haben einfach das Lebensende erreicht. Das kann man so nicht mehr anders umschreiben.

Aus pädagogischer Sicht ist zu erwähnen, dass hier Kinder aus der Schule abgeholt werden. Das heisst, sie werden mit dem Auto hingefahren und müssen dann teilweise am Nachmittag wieder zurückgebracht werden. Weil sich dieser Kindergarten





eben nicht in einem Schulzentrum befindet, bindet die Lage dieses Kindergartens dadurch enorm viele Ressourcen, wie dies bereits auch Gerhard Käser erwähnte.

So komme ich hier nun noch zu diesem provisorischen Kindergarten im Untergeschoss des K5. Dort befinden sich insgesamt drei Kindergärten; zwei befinden sich im Erdgeschoss und einer im Untergeschoss. Zugegebenermassen sind das hier etwas dramatische Bilder, aber dieser Kindergarten befindet sich effektiv im Untergeschoss. Diese Kindergartenklasse ist die einzige Klasse der Volksschule Langenthal, deren Unterrichtsraum sich in einem Untergeschoss befindet. Man hatte diesen vor sieben Jahren wie gesagt als Provisorium eingerichtet, weil man sich sagte, dass es damals um eine Klasseneröffnung ging. Der Klassenzug gibt es bis heute an diesem Standort, genauso wie auch die Lokalität. Hier ist es einfach dringend notwendig, dass man diesen dereinst aus dem Keller befreien kann. Und auch hier wird ersichtlich, dass die Nutzfläche gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen um 19% unterschritten wird.

Ich komme somit zu Schritt 1, worüber Sie heute befinden sollten, zumindest was die Projektierungskredite anbelangt. Für das Schulzentrum Elzmatte bedeutet Schritt 1, dass man den provisorischen Kindergarten Elzmatte auflösen und den Kindergarten Winkel mit einer Klasse verlegen kann. Das heisst, dass wir in der Elzmatte einen Neubau für einen 2-fach Kindergarten benötigen.

Für das Schulzentrum Kreuzfeld hat es zur Konsequenz, dass man die Tagesschule Ringstrasse auflöst und den Kindergarten K5 aus dem Untergeschoss herausnehmen kann. Der Kindergarten Oberfeld kann ebenfalls aufgelöst werden und die andere Klasse im Kindergarten Winkel käme künftig ins Kreuzfeld. Dies bedingt sodann den Neubau des 3-fach Kindergartens und die Umnutzung des Hauswirtschafts-Pavillons in eine Tagesschule.

Sie bestätigten nun bereits mit dem Kredit zum K3, dass wir die Hauswirtschaft ins K3 transferieren dürfen.

Projekt "Erweiterte Schulplanung": Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauliche Massnahmen
prov. Kindergarten K5 im Untergeschoss (1 Kiga)
Provisorium seit 7 Jahren im Untergeschoss; erhaltenswert; Nutzfläche -19%;



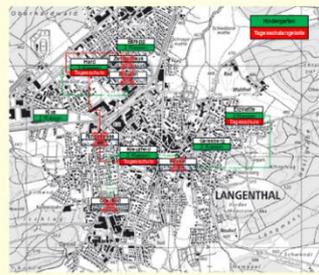
19

man diesen dereinst aus dem Keller befreien kann. Und auch hier wird ersichtlich, dass die Nutzfläche gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen um 19% unterschritten wird.

Projekt "Erweiterte Schulplanung": Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauliche Massnahmen
Umsetzung Schritt 1



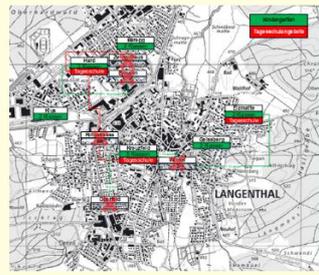
Schulzentrum Elzmatte
Prov.-Kindergarten-Elzmatte
Kindergarten-Winkel
Bauliche Massnahmen:
Neubau 2-fach Kindergarten

20

Projekt "Erweiterte Schulplanung": Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauliche Massnahmen
Umsetzung Schritt 1



Schulzentrum Kreuzfeld
Tagesschule-Ringstrasse
Prov.-Kindergarten-K5-LIG
Kindergarten-Oberfeld
Kindergarten-Winkel
Bauliche Massnahmen:
Neubau 3-fach Kindergarten
Umnutzung
Hauswirtschaftspavillon in eine
Tagesschule

21

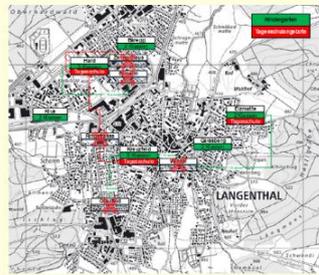


Für das Schulzentrum Hard bedeutet es, dass die Tagesschule Zwinglihaus geschlossen werden kann. Daneben kann zukünftig darauf verzichtet werden, den "Überlauf" in der Tagesschule Ringstrasse zu platzieren. Wir würden den Kindergarten Eymann, den wir in Miete betreiben, kündigen. Sodann gibt es das Provisorium des Kindergartens Hard Pavillon, das ebenso aufgehoben werden könnte. Dies kann alles so umgesetzt werden, wenn man den Bau des 3-fach Kindergartens mit Tagesschule beschliesst.

Projekt "Erweiterte Schulplanung"; Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauliche Massnahmen
Umsetzung Schritt 1



Schulzentrum Hard

- Tagesschule-Zwinglihaus
- Tagesschule-Ringstrasse
- Kindergarten-Eymann
- Kindergarten-Hard-Pavillon

Bauliche Massnahmen:
Neubau 3-fach Kiga mit Tagesschule

22

Somit stellt sich die Frage, was danach kurz- und mittelfristig noch übrigbleibt? Wir haben den Kindergarten Oberfeld mit Baujahr 1960 in der ZöN¹, den Kindergarten Winkel mit Baujahr 1934 ebenso in der ZöN. Oberfeld wird als erhaltenswerter Bau eingestuft, Winkel als schützenswerter Bau. Daneben gibt es die Tagesschule Ringstrasse mit einer Fläche von rund 3'500 m², die sich in der Wohnzone befindet und einer anderen Nutzung zugeführt werden könnte.

Projekt "Erweiterte Schulplanung"; Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauliche Massnahmen
Umsetzung Schritt 1 (keine schulische Nutzungen mehr)

	Baujahr	Zone	Parzellenfläche m ²
Kurz-mittelfristig			
Kiga Oberfeld	1960	ZöN	1'592
Kiga Winkel	1934	ZöN	1'450
TS Ringstrasse	1974/1904	Wohnzone	3'481
langfristig			
Kiga Klus	1967	ZöN	2'872
Kiga Bäregg 1+2	1971/1949	ZöN	3'120
Kiga Geissberg	1969	ZöN	1'255

23

Mit Schritt 2 oder langfristig gesehen, falls man diese Zentralisierung weiterverfolgen möchte, würde es dann in der Folge noch um die Kindergärten Klus, Bäregg 1+2 und Geissberg gehen, die zur Disposition stehen.

Projekt "Erweiterte Schulplanung"; Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauliche Massnahmen
Kostenübersicht

	Investitionsplan 2021-2025 2020-2024	KS Stadtbauamt	Mögliche Einnahmen	Total Netto
Kurz-mittelfristig				
SZ Elzmatte, 2-fach Kiga		2'650'000		
SZ Kreuzfeld; 3-fach Kiga		3'300'000		
SZ Hard; Arealstrategie und 3-fach Kiga mit Tagesschule		4'700'000		
SZ Kreuzfeld; Erneuerung und Umnutzung HW-Pavillon in eine Tagesschule		1'700'000		
Verkauf TS Ringstrasse prüfenswert			1'750'000	
Total	12'350'000	12'350'000		10'600'000

24

Wenn wir uns nun die Kosten betrachten, so sind im Investitionsplan ja 12,35 Mio. Franken veranschlagt. Die Kostenschätzung geht im Moment pro Standort weiterhin von diesen Zahlen aus. So sind für den 2-fach Kindergarten Elzmatte 2,65 Mio. Franken, für den 3-fach Kindergarten Kreuzfeld 3,3 Mio. Franken und für die Arealstrategie und den 3-fach Kindergarten mit Tagesschule in der Hard 4,7 Mio. Franken eingesetzt. Dort ist es so, dass wir zuerst die Arealstrategie angehen würden, weil sich dort noch verschiedene, auch baurechtliche Fragen stellen. Wir erklärten diesen Sachverhalt den Fraktionen in ausführlicher Form, weshalb ich hier nicht mehr weiter darauf eingehen möchte.

Dann haben wir noch die Neu- und Umnutzung des Hauswirtschafts-Pavillons in eine Tagesschule mit Kosten in der Höhe von 1,7 Mio. Franken. Dies kommt klar günstiger, weil es sich dabei nicht um einen Neubau

¹ ZöN = Zone für öffentliche Nutzung.



handelt, sondern lediglich um eine Umnutzung eines bestehenden Gebäudes. Und zuletzt wäre der Verkauf der Tagesschule Ringstrasse als mögliche Einnahme oder Desinvestition noch prüfenswert. 3'500 m² mit einem m²-Preis von Fr. 500.00 multipliziert, ergäbe einen Ertrag von 1,75 Mio. Franken. Allenfalls könnte dabei aber auch ein noch höheres Ergebnis erzielt werden, sodass wir schlussendlich netto auf 10,6 Mio. Franken kommen würden. Aber wirklich relevant sind diese 12,35 Mio. Franken brutto, die wir Ihnen heute als Kredit vorschlagen.

Man versuchte hier auf dieser Übersicht zudem eine Einschätzung vorzunehmen, was es kostet, wenn man von dieser Zentralisierungsstrategie absehen würde, weil ich hoffe, dass Sie spätestens bei diesen Bildern sahen, dass man beim Zustand dieser heutigen Kindergarten-Gebäude zwingend etwas machen muss. Beim Kindergarten Oberfeld müsste man versuchen, diesen abzurechen. Ein Abbruch ist im Moment aber nicht möglich, da das Gebäude als erhaltenswert eingeschätzt wird. Wenn ein Rückbau dann effektiv nicht zu realisieren ist, so wäre es unklar, an welcher Stelle in diesem Quartier sich ein Ersatzstandort anbietet und deshalb heute noch nicht geklärt ist. Wir schätzen dabei, dass ein Neubau gleich hohe Kosten generiert wie der Neubau im Kreuzfeld.

Projekt "Erweiterte Schulplanung": Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauliche Massnahmen
"Ohnehin"-Kosten

	Bauliche Massnahmen	Investition	Bemerkung
Kurz-mittelfristig			
Kiga Oberfeld	Neubau 2-fach Kiga	2'650'000	Stao unklar Abbruch nicht möglich
Kiga Winkel	Neubau 2-fach Kiga	2'650'000	Stao unklar Abbruch nicht möglich
TS Ringstrasse	Neubau	2'000'000	Abbruch und Neubau
SZ Hard	Arealstrategie und Neubau 2-fach Kiga	2'900'000	Ersatz Eymann 1 Kiga zusätzlich
Total		10'200'000	

25

Der Kindergarten Winkel kann garantiert nicht abgebrochen werden. Das Gebäude ist schützenswert, K-Objekt¹ und eines der ersten Hector Egger-Flachdächer, die es in Langenthal gibt. Von dem her ist dort ein Abbruch nicht möglich. Wir müssten sodann schauen, wo wir dieses Ersatzgebäude hinstellen. Die Kosten würden sich auf 2,65 Mio. Franken belaufen. Der Pavillon der Tagesschule müsste sicherlich abgebrochen und ein Neubau realisiert werden. Dabei schätzen wir die entsprechenden Kosten auf 2 Mio. Franken. Der Weg wäre dabei immer noch derselbe und der Pedibus oder die Abholung per Taxi wären weiterhin notwendig. Bei Schulzentrum Hard hätte man dann noch die Herausforderung, dass es nebst dem Kindergarten Eymann, bei dem die Dauer des Mietverhältnisses noch unklar ist, noch einen weiteren zusätzlichen Kindergarten benötigen würde. Dafür schätzen wir den Aufwand zuzüglich der zwingend notwendigen Arealstrategie auf rund 2,9 Mio. Franken. Somit kommen wir auch so auf eine Summe von 10 Mio. Franken. Es geht hier einfach um sehr grosse Zahlen, was uns auch bewusst ist, aber der Erhalt oder der Bau von Gebäuden kostet nun einfach einmal Geld.

¹ K-Objekt = kantonales Objekt, d.h. Gebäude, das als schützenswert eingestuft wird.



Anhand dieses Faktenvergleichs versuchten wir zudem einen Vergleich zwischen den dezentralen Standorten und der Zentralisierung anzustellen. Ich ging bei den pädagogischen Erläuterungen zu Beginn meiner Ausführungen bereits ziemlich aufs meiste ein, was hier einander gegenübergestellt wird und wir auch den Fraktionen gegenüber erläuterten. Ich erlaube mir deshalb auf weitere Details zu verzichten.

Projekt "Erweiterte Schulplanung"; Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauliche Massnahmen
Faktenvergleich

Istzustand (dezentral)	Zentralisierung
<ul style="list-style-type: none"> 6 neue Kindergärten, davon Stao von 4 Kigaeinheiten (Winkel und Oberfeld) unklar Weiterhin 1 neue dezentrale Tagesschule Weiterhin 1 prov. Kindergarten (Elzmatte) Tagesschule Zwinglihaus bleibt bestehend Tagesschule Elzmatte kann nicht vergrössert werden Kurze externe Schulwege Lange Distanzen zu den verschiedenen Schulangeboten Tagesschule Hard bleibt bestehend Nutzung Hauswirtschaftspavillon unklar Kein ganzheitliches Schulangebot auf jedem Schulzentrum Investition netto Fr. 10'200'000 	<ul style="list-style-type: none"> 8 neue Kindergärten Je 1 neue Tagesschule auf den Schulzentren keine prov. Kindergärten Kindergarten Eymann wird gekündigt Tagesschule Zwinglihaus wird gekündigt Tagesschule Elzmatte kann vergrössert werden Weiternutzung des Hauswirtschaftspavillon klar Kurze interne Schulwege Ganzheitliches Schulangebot auf jedem Schulzentrum Umsetzung Lehrplan 21 gesichert Städtebauliche Verdichtung Kommunikation, Teambildung und Schulorganisation der Lehrpersonen optimal Investition netto inkl Verkauf TS Ringstrasse Fr. 10'600'000

26

Was wird in diesen verschiedenen Traktanden, die noch folgen, genau vorgeschlagen? Wir fragen Sie an, ob sie bereit sind, diese Projektierungskredite als einzelne Geschäfte zu beschliessen. Wir sind beim Schulzentrum Elzmatte mit einem Gesamtleistungswettbewerb bei Projektierungskosten von Fr. 350'000.00. Aus diesem Wettbewerb resultiert ein Gewinner und wir verfügen über ein Werk und einen entsprechenden Preis, sodass wir wissen, was uns dieser Kindergarten dann effektiv kosten würde.

Projekt "Erweiterte Schulplanung"; Phase 2
Zentrale Organisation der Kindergärten und Tagesschulen auf den Schulzentren

stadtlangenthal

Bauliche Massnahmen
Kostenübersicht/Projektierungskosten

	Projektierungs-kredit	Kostenschätzung Gesamtinvestition	Investitionsplan 2021-2025 2020-2024
	inkl MwSt.	inkl. MwSt.	
SZ Elzmatte; 2-fach Kindergarten Gesamtleistungswettbewerb	350'000	2'650'000	
SZ Kreuzfeld; 3-fach Kindergarten Gesamtleistungswettbewerb	375'000	3'300'000	
SZ Hard; Arealstrategie und 3-fach Kindergarten mit Tagesschule Projektwettbewerb	555'000	4'700'000	
SZ Kreuzfeld; Umnutzung HW-Pavillon in eine Tagesschule Planerwahlverfahren	185'000	1'700'000	
Total	1'465'000	12'350'000	12'350'000

27

Beim Schulzentrum Kreuzfeld mit diesem 3-fach Kindergarten kostet die Projektierung Fr. 375'000.00, ebenso in Verbindung mit einem Gesamtleistungswettbewerb. Das Schulzentrum Hard ist teurer. Wie gesagt, empfehlen wir Ihnen die Genehmigung einer Arealstrategie, da wir dort verschiedene Fragestellungen haben, für die wir Lösungen benötigen. Dabei geht es einerseits um die Unterrichtsräume, die für Gruppenarbeiten zu wenig Platz bieten. Andererseits gibt es dort nur eine 1-fach Turnhalle, die bereits schon lange in Betrieb steht und alt ist, und eigentlich ein Bedarf für eine 2-fach Turnhalle gegeben ist. Deshalb sind wir der Meinung, dass es für dieses Gebiet eine Arealstrategie braucht. Dies ist daneben aber auch auf die Bestimmungen, die uns die ZöN in der Hard vorgibt, zurückzuführen, da diese nur sehr grob umschrieben und nicht wirklich genau sind. Wir gehen dabei davon aus, dass die übergeordneten Stellen dafür eine Präzisierung verlangen, was die baupolizeilichen Massnahmen sowie die Art und Weise der Platzierung der künftigen Gebäude für das gesamte Areal angeht. Deshalb wird es teurer, geht es im Rahmen des Projektwettbewerbs eben um diese Strategie und den 3-fach Kindergarten mit Tagesschule. Hier hätten wir dann am Ende ein erstes Ergebnis, sodass man anschliessend die einzelnen Arbeiten bis hin zum Bau vergeben könnte. Der Projektierungskredit beläuft sich somit auf Fr. 555'000.00. Der kleinste Eingriff betrifft die Umnutzung und Renovation der Hauswirtschaftsschule in eine Tagesschule. Dort würden wir ein sogenanntes Planer-Wahlverfahren mit Kosten von Fr. 185'000.00 vorschlagen. Da wäre es so, dass man den Architekten eine Aufgabenstellung vorgibt, wie etwa die Umsetzung einer Nutzung, um dem Behindertengleichstellungsgesetz zu entsprechen oder die Art und Weise, wie man künftig den Zugang zu diesem Gebäude gestaltet. Anhand der eingereichten Vorschläge würde man dann den am meisten geeigneten Planer auswählen, sodass es sich hier nicht um einen Projektwettbewerb handeln würde. Projektwettbewerbe sehen wir effektiv nur bei den Neubauten vor.



Im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens, respektive gemäss Submissionsrecht sind Ausschreibungen zwingend vorgeschrieben. Wir können nicht einfach "unter der Hand" jemanden für diese Aufträge bestimmen. Sie sehen hier nun auch die Ziele, die dieses Ausschreibungsverfahren nach ÖBV¹ und ÖBG² zu erfüllen hat. Dazu wurden wir in den Fraktionen mehrfach befragt, ob man diesen Weg so zu beschreiten hat, oder ob es nicht doch eine andere Vorgehensweise gibt. Wir müssen wie gesagt zumindest ausschreiben und die Wirtschaftlichkeit wird als Hauptziel vorgegeben. Das heisst, wir wollen am Schluss nebst aller Gleichbehandlung und nebst klaren Verfahrensregeln auch wirklich bestimmen können, dass für alle Beteiligten dieselben Spielregeln gelten. Dadurch soll auch das Beschwerde-, respektive Einsprache-Risiko tief gehalten werden, sodass wir eben diesen Weg beschreiten und wir uns damit auf der sicheren Seite befinden sollten. Deshalb müssen wir ausschreiben, was ich hier nochmals deutlich betonen möchte.

Somit komme ich zu den einzelnen Beschlussesentwürfen, die hier alle aufgelistet sind. Aber keine Angst, ich werde meinen Vortag für die nächsten Traktanden nicht noch einmal wiederholen und somit gelten meine Aussagen auch für alle noch folgende Projekte bis und mit Traktandum Nr. 6. Ich würde mich dann in der Folge darauf beschränken, auf Voten oder allfällige Anträge oder Fragen Ihrerseits einzugehen, aber kein einleitendes Votum mehr zu halten.

Hier sind alle vier Kredite eingeblendet, wie ich Sie Ihnen nun hoffentlich erfolgreich darlegen konnte. Besten Dank.

- Wirtschaftlichkeit ist das Hauptziel jeder Beschaffung.
- Die Gleichbehandlung der Anbieter verbietet die Bevorzugung von „Lieblingsanbietern“ oder Ortsansässigen.
- Um Wirtschaftlichkeit und Gleichbehandlung zu erreichen, soll in Beschaffungen der Wettbewerb spielen.
- Transparenz bedeutet: Die Spielregeln sind im Voraus bekannt, und jeder Beschaffungsentscheid ist dokumentiert und nachvollziehbar.
- Das Verfahren, insbesondere die Angebote, sind vertraulich.
- Im kantonalen und kommunalen Recht gilt ein striktes Verhandlungsverbot, ausser bei freihändigen Beschaffungen.

28

Schulzentrum Kreuzfeld; Neubau 3-fach Kindergarten

- a) Der für die Projektierung erforderliche Kredit in der Höhe von Fr. 375'000.00 (inkl MwSt.) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.13 "Projektierung Neubau 3-fach Kindergarten Kreuzfeld" bewilligt.

Schulzentrum Elzmatte; Neubau 2-fach Kindergarten

- a) Der für die Projektierung erforderliche Kredit in der Höhe von Fr. 350'000.00 (inkl MwSt.) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.14 "Projektierung Neubau 2-fach Kindergarten Elzmatte" bewilligt.

29

Schulzentrum Hard; Arealstrategie und Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule

- a) Der für die Projektierung erforderliche Kredit in der Höhe von Fr. 555'000.00 (inkl MwSt.) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.15 "Projektierung Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule Hard" bewilligt.

Schulzentrum Kreuzfeld; Erneuerung und Umnutzung Hauswirtschaftspavillon in eine Tagesschule, Turnhallenstrasse 18

- a) Der für die Projektierung erforderliche Kredit in der Höhe von Fr. 185'000.00 (inkl MwSt.) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6700.5040.01 "Projektierung Umnutzung Hauswirtschaft in eine Tagesschule" bewilligt.

30

1 ÖBV = Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen.

2 ÖBG = Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich danke dem Stadtpräsidenten für diese umfassende Präsentation. Für die Berichterstattung durch die GPK ist Roland Loser angemeldet.

GPK-Mitglied Roland Loser (SP): Die GPK diskutierte diese Geschäfte zu diesen Kindergärten ebenso eingehend und ich werde es genauso machen wie der Stadtpräsident, indem ich sogleich zu allen drei Kindergarten-Vorlagen unsere Bemerkungen und die verschiedenen Fragen, die wir uns dabei stellten, vorbringe. Wir verwiesen dabei darauf, dass es wohl zu jedem einzelnen Geschäft eine Volksabstimmung geben wird. Der Stadtpräsident bestätigte dies grundsätzlich, machte dies aber auch jeweils abhängig von der Kredithöhe der einzelnen Kindergarten-Projekte. Wir stellten uns auch die Frage, ob diese Geschäfte inhaltlich nicht doch zusammenhängen, was ja offensichtlich nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Dennoch wurde es nun in vorliegender Form aufgegleist, so dass jede Vorlage für sich ein eigenes Geschäft darstellt und man schlussendlich bezüglich der Kredite über jede einzelne Vorlage abzustimmen hat. Wir stellten ebenso fest, dass es beim Kindergarten Winkel zu einem Problem kommen könnte, falls eines der Projekte nicht umgesetzt werden kann. Auch dies wurde uns so bestätigt, aber darauf verwiesen, dass man in diesem Fall nach anderen Lösungen suchen muss. Ein GPK-Mitglied liess sich darüber aus, dass das Ausschreiben von Wettbewerben und die Vergabe an ein Totalunternehmen nur zu höheren Preisen führt und es dieses Vorgehen entsprechend in Frage stellte. Der Stadtpräsident verwies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Projekte so im Investitionsplan eingestellt wurden und man nicht vorhat, irgendwelche Luxusbauten zu erstellen. Vielmehr entspricht das aufgezeigte Vorgehen den entsprechenden SIA-Normen und muss aufgrund dessen als richtiges Vorgehen angesehen werden. Da der Stadtpräsident in seiner vorangegangenen Präsentation bereits sehr vieles erwähnte, verzichte ich darauf, nochmals auf alles einzeln einzugehen, was wir konkret diskutierten. Sicherlich waren auch die Schulwege ein Thema bei uns, worauf wir ähnliche Antworten erhielten, wie es der Stadtpräsident bereits zuvor erläuterte. Dabei stellten wir auch die Frage, ob allenfalls der Einsatz von Schulbussen geplant werden sollte, was bislang aber in dieser Form noch nicht angedacht ist.

Analog zu den Bemerkungen des GPK-Präsidenten Dietrich zum vorangegangenen Geschäft monierten wir, dass die Idee der Zentralisierung bezüglich der Kindergärten dem Stadtrat in dieser Form nie unterbreitet wurde. Diesen Umstand konnte der Stadtpräsident nicht anders als bejahen. In der Diskussion stellten wir zudem fest, dass es allenfalls eine Variante gewesen wäre, diese drei Projekte als Einheit zu sehen und in einer einzigen Vorlage dem Stadtrat vorzulegen. Dies hätte dann unter Umständen dazu geführt, dass je nach Entscheid des Stadtrates auch das fakultative Referendum möglich gewesen wäre. Anscheinend war dies aber nicht vorgesehen und wurde deshalb auch nicht so gehandhabt. Wir fragten uns auch, was mit denjenigen Kindergärten passiert, die nicht abgerissen werden können. Dazu scheinen noch keine konkreten Ideen vorzuliegen. Sicherlich beabsichtigt man in diesem Zusammenhang aber das Gespräch mit dem Denkmalschutzverantwortlichen zu suchen, um die Frage zu klären, ob nicht im einen oder anderen Fall doch ein Abriss möglich wäre. Zum Schluss beschäftigten wir uns auch mit der Frage, ob es richtig ist, dass im Rahmen dieser Arealstrategie auch eine Renovation der Schulhäuser Hard angestrebt wird, was uns der Stadtpräsident mit einem Ja beantwortete.

Die GPK konnte daraufhin zu allen drei Vorlagen die formelle Richtigkeit feststellen; dies erfolgte immer im gleichen Stimmenverhältnis von 5 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung. Merci vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich danke dem Berichterstatter der GPK. So kommen wir nun zu den Fraktionssprechenden. Wem darf ich das Wort erteilen? Es ist ja schon so, dass wir hier drei ähnliche Projekte vorliegen haben, die wir einzeln zur Abstimmung bringen. Dennoch darf man gleichzeitig zu allen drei Vorlagen reden, wie dies auch der Stadtpräsident und der GPK-Sprecher bereits entsprechend handhabten. Wem darf ich nun das Wort geben?

EVP/glp-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Auch ich werde sogleich zu allen drei Traktanden Nr. 3 bis Nr. 5 reden. Ich möchte mich zuerst aber noch für den Besuch der Stadtbaumeisterin bei uns in der Fraktion bedanken, die damit schon viele Fragen klären konnte. Für uns ist klar, dass die heutige Situation, so wie sie



ist, nicht mehr tragbar ist. Dies einerseits in Bezug auf den baulichen Zustand, den wir soeben anhand der Bilderdokumentation zur Kenntnis nehmen konnten, andererseits auch aufgrund des Raumbedarfs und der personellen und pädagogischen Situation vor allem bezüglich den Einzelkindergärten. Wir sind in der Fraktion der Auffassung, dass diese Erneuerungen grundsätzlich nötig und sinnvoll sind. Wir finden auch, dass Neubauten im Sinne einer Zentralisierung am Schluss deutlich mehr Vorteile bieten. Als Fraktion sagen wir deshalb dreimal Ja zu diesen Kindergartenprojekten.

Wir sehen das Ganze aber auch ein wenig im Sinne eines "Ja, aber" und ich möchte noch kurz erklären, warum das so ist. Wie wir zuvor hörten, gibt es diese kantonale Regelung, dass ein Kindergartenweg in der Länge von maximal 1,5 Kilometer noch als zumutbar gilt. Gemäss den Informationen der Stadtbaumeisterin wird dies überall eingehalten. Aus unserer Sicht provoziert dies aber auch die ungeliebten oder gar verhassten Elterntaxis, weil nicht alle Eltern über die Zeit verfügen, ihre Kinder zu Fuss in den Kindergarten zu begleiten und danach wieder nach Hause zurückzukehren, um dann einige Stunden später denselben Weg noch einmal zu machen. Und all diejenigen, welche kleine Kinder haben, oder sich noch gut an diese Zeit erinnern können, wissen, dass 1,5 Kilometer mit Kindern wahnsinnig lang werden können. Wenn man dabei allein auf die Eigeninitiative der Eltern abstellt, macht man es sich, so glaube ich, ein wenig einfach. Was immer mal wieder betont wurde, ist, dass diese Problematik durch die Tagesschulangebote ein bisschen aufgefangen werden sollte. Doch nicht alle Eltern wollen ihre Kinder in die Tagesschule schicken. Aus unserer Sicht werden gewisse Quartiere durch diese Zentralisierung abgewertet, weil sie dadurch weniger familienfreundlich sind. Zumindest bei uns in der Fraktion war es so, dass bei der Suche nach einer Wohnung oder einem Haus die sinnvolle Nähe eines Kindergartens und auch der Unterstufenschule immer auch ein wichtiges Kriterium darstellte. Nichtsdestotrotz werden wir allen drei Geschäften zustimmen.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Besten Dank, Stadtrat Sigrist. Wer möchte für andere Fraktionen sprechen?

FDP/jll-Fraktion, Daniel Bircher (FDP): Ich möchte etwas zu Traktandum Nr. 3 und Nr. 4 sagen. Unsere Fraktion wird diesen beiden Krediten mehrheitlich zustimmen. Mehrheitlich deshalb, weil wir es eigentlich etwas hinterfragen, ob ein Gesamtdienstleistungswettbewerb effektiv das richtige Modell ist. Man gibt nun beispielsweise beim Kreuzfeld rund Fr. 158'000.00 für einen solchen Wettbewerb aus, weshalb wir glauben, dass, analog zur Vorlage gemäss Traktandum Nr. 5, die Vergabe an einen Generalplaner eigentlich das bessere Modell gewesen wäre und man dann eventuell auch auf ein Einladungsverfahren hätte wechseln können. Somit könnte man bei diesem Wettbewerb sicherlich etwas Geld sparen. Wenn man das Vorgehen mittels Totalunternehmen wählt, befürchten wir zudem, dass bei der Wahl eines ausserregionalen Unternehmens die örtlichen Unternehmer leer ausgehen und somit auch unsere Region etwas verliert. Nichtsdestotrotz befürworten wir eigentlich die Vorlagen gemäss Traktandum Nr. 3 und Nr. 4. Danke.

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Wie schon Gerhard Käser und auch der Stadtpräsident eindrücklich erklärten, ist es wichtig, dass wir nun unsere Bildungslandschaft und die dazugehörigen Bauten auf den nächsten Level bringen. Dazu gehören insbesondere auch die drei Kindergarten-Geschäfte, die jetzt zur Diskussion stehen. Bei diesen drei Geschäften sind uns primär drei Aspekte wichtig. Ich glaube, es ist absolut unbestritten, dass sich die bestehenden Kindergärten mehrheitlich in einem desolaten Zustand befinden. Hier besteht also dringend Handlungsbedarf. Es wurde auch aufgezeigt, dass sich die Kosten für Neubauten nicht gross von den zu erwartenden Kosten einer Sanierung der verschiedenen Standorte unterscheiden. Zudem ergeben sich vielleicht mit den freiwerdenden Kindergärten und den Tagesschulstandorten auch neue Möglichkeiten, Einnahmen zu generieren.

Der zweite Aspekt betrifft die Zentralisierung des Kindergartenangebots in drei Schulzentren. Die SP/GL-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass die Vorteile einer Zentralisierung die Nachteile überwiegen. Zu den Vorteilen gehören für uns beispielsweise vor allem, dass das Tagesschul-, wie auch das Angebot für Spezialförderungen einfacher vor Ort verfügbar ist. Nicht zuletzt sind Stellvertretungen oder der kurzfristige Support in Notfällen besser realisierbar, wenn sich die Kindergärten bei den Schulzentren befinden. Wir sehen



aber auch die Bedenken bezüglich den Kindergarten-Wegstrecken. Dazu müssen sicher Lösungen für diejenigen Kindergartenwege erarbeitet werden, wo diese knapp nicht mehr zumutbar sind. Zu bedenken gibt ebenso, dass die aktuell dezentralen Angebote auch zu viel Hol- und Bringverkehr auslösen. Da könnte man beispielsweise auch ein punktuell eingesetztes Schulbusangebot vielleicht wieder in Betracht ziehen, wenn man sieht, was dann dadurch sonst wegfällt.

Der dritte Aspekt dreht sich um diese ganzen Wettbewerbsgeschichten, die, wie wir hörten, ein wenig umstritten sind. Uns konnte man glaubhaft aufzeigen, selbst seitens von Sabine Gresch und auch von Gabriela Krummen, dass dies der richtige Ansatz ist, um schliesslich zu einer guten und würdigen Lösung zu kommen, vor allem auch im Umfeld von unseren ISOS-geschützten¹ Bauten, wie beispielsweise im Kreuzfeld. Wir werden dann beim Geschäft über die SIP, das noch später folgt, sehen, warum eine Lösung mit einer reinen Ausschreibung eben auch schlecht herauskommen kann, wenn man am Schluss einfach den billigsten Anbieter nehmen muss. Deshalb sind wir der Meinung, dass dieses Vorgehen hier richtig ist. Die SP/GL-Fraktion wird deshalb diesen drei Kindergarten-Vorlagen einstimmig zustimmen. Danke.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Die SVP-Fraktion setzt sich für gute Schulen und gute Kindergärten ein und somit ist auch klar, dass es aus unserer Sicht nötig ist, hier Geld zu investieren. Ich glaube, die Präsentation des Stadtpräsidenten war in dieser Hinsicht auf der einen Seite einleuchtend, auf der anderen Seite aber wurde schon fast ein bisschen viel Wasser in die Langete getragen. Ich glaube, dass es allgemein klar ist, dass Kindergärten wie im Winkel so nicht mehr zeitgemäss sind. Von dem her ist auch hier der Handlungsbedarf sicherlich unbestritten. Es ist aus Sicht der SVP-Fraktion auch bereits schwierig genug, dass Kinder bereits im Alter von vier Jahren in den Kindergarten gehen sollten oder gehen müssen. Entsprechend ist es umso wichtiger, dass die Infrastruktur, die sie dort antreffen, auch wirklich gut ist. Eine Mehrheit der SVP-Fraktion begrüsst im Rahmen einer Interessensabwägung auch die Strategie zur Zentralisierung, unter anderem aus Gründen einer besseren Vereinbarkeit mit dem Lehrplan. Ich lege dazu offen, dass ich hier grundsätzlich eine andere Auffassung vertrete, halte ich dies doch für falsch und werde mir dann vorbehalten als Einzelsprecher noch einmal ans Mikrofon zu treten. Aber grundsätzlich begrüsst eine Mehrheit der Fraktion diese Strategie.

Allerdings störten wir uns dann doch ein wenig am "Wieviel". Wenn Sie sich vergegenwärtigen, was hier für Summen alleine für die Projektierung gesprochen werden sollen, so muss man sich schon für einen Moment ein wenig fragen, ob wir uns hier in einer Stadt befinden, die einfach über einen Geldsegen "à gogo" verfügt oder ob wir hier nicht eigentlich in einer Stadt mit einem strukturellen Defizit sind. Auf diese ebenso absehbare, wie auch falsche Gegenüberstellung von Kindergartenkinder mit Steueranlagen halte ich bereits jetzt fest, dass eine Deluxe-Mehrinvestition in Projektierungswettbewerbe aus unserer Sicht zu keinem zurechtfertigenden Mehrwert bei den Kindergartenschülerinnen und -schüler führen wird. Es wurden alleine Summen für Mehrkosten aufgrund dieser Gesamtleistungswettbewerbe von Fr. 158'000.00 im Kreuzfeld, in der Hard von Fr. 278'000.00 und in der Elzmatte von Fr. 148'000.00 genannt. Zumindest eine Mehrheit der SVP-Fraktion ist überzeugt, dass qualitativ gute Neubauten und auch Neubauten, für die Unternehmer vor Ort berücksichtigt werden, für weniger Geld zu bekommen sind. Das standardmässige Ausschreiben von Gesamtleistungswettbewerben, bei denen die Stadt Langenthal mit dem Wakker-Preis versuchte, sich eine Selbstrechtfertigung zu verleihen, erachten wir in dieser Allgemeinheit als nicht richtig. Ein ÖVB-Verfahren kann ebenso ein gutes Verfahren sein. Zuvor wurde das bei der SIP angewandte Verfahren erwähnt. Man könnte dabei aber auch das Projekt zur Unterstützung der Lehrpersonen erwähnen, bei dem sehr wohl lokale Anbieter berücksichtigt wurden. Sodann müsste man sich dann noch fragen, ob im SIP-Bereich eine öffentliche Vergabe überhaupt nötig wäre. Dazu hören wir ja dann vielleicht später noch mehr. Es wäre nicht zwingend, und es ist der SVP-Fraktion bis heute kein Rechtsatz bekannt, der uns verpflichtet, ein solches Gesamtleistungswettbewerbsverfahren durchzuführen. Nach unserer Erkenntnis ist es auch nicht so, dass dies die umliegenden Gemeinden alle zusammen so handhaben. Man kann nämlich mit Fachbehörden

¹ ISOS = Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung.



auch im Rahmen von Voranfragen zu guten Lösungen kommen. Auch hier braucht es ein Deluxe-Projekt mit Vergoldung durch Jurys nicht zwingend.

Was möchte denn nun die SVP-Fraktion? Wir stellen Ihnen drei Abänderungsanträge vor, die zu den Traktanden Nr. 3 bis Nr. 5 vergleichbar anzuwenden sind. Ich werde mir deshalb erlauben, diese nun alleine zu Traktandum Nr. 3 auszuführen. Dabei stellen wir nur Abänderungsanträge und keine Rückweisungsanträge. Sie können heute somit mit Zustimmung zu diesen Anträgen diese Kredite bei der Schlussabstimmung entsprechend verabschieden. Wir lassen dabei auch die Kredithöhe grundsätzlich für die Projektierung unverändert. Wir wollen hier nicht aus der Hüfte schiessen oder vom Schiff aus Annahmen treffen, wie teuer es dann sein sollte oder um wieviel billiger. Aber wir haben die Erwartung, dass man mit dieser Änderung, die wir Ihnen hier beliebt machen, eine klare Reduktion der Kosten erzielen kann. Ansonsten muss dann eben die politische Aufsicht nachträglich einschreiten.

Wir wollen nun bei den Traktanden Nr. 3 bis Nr. 5, dass für einen Neubau auf ein separates Wettbewerbsverfahren verzichtet wird. Aus unserer Sicht war es von Beginn an auch fraglich, warum man nicht für alle drei Schulhäuser zusammen einen Gesamtleistungswettbewerb vorsah, was aus unserer Sicht auch möglich gewesen wäre. Auch nach verschiedenen Gesprächen mit Fachleuten wurde die Frage aufgeworfen, ob man hier nicht einfach einen Papiertiger kreiert, quasi pro Schulhaus einen eigenen Gesamtleistungswettbewerb auszuschreiben. Wenn man dann schon sagt, dass man drei verschiedene Verfahren machen möchte, so wäre es aus unserer Sicht durchaus ein qualitativ ausreichendes Verfahren, mittel ÖVB-Verfahren auszuschreiben. Oder dann allenfalls im Wissen, dass es normalerweise primär um Umnutzungen geht, auch ein Planerwahlverfahren ins Auge zu fassen, sodass es am Schluss billiger kommt und hier nicht unnötig Kosten im Bereich der Prämierung generiert werden, ohne dass ein Mehrwert für die Kindergartenkinder entstehen würde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SVP-Fraktion macht Ihnen zusammenfassend beliebt, bei diesen drei Geschäften eine kleine Abänderung einzufügen, was zu einer Kostenersparnis führt, sodass wir ein gutes, aber kein Deluxe-Verfahren nutzen und damit heute Abend auch weiterhin eine Schlussabstimmung durchführbar ist. Merci für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke Patrick Freudiger für diese Ausführungen. Wir würden nun aber noch zuerst die Beratung zu Ende führen, bevor wir über die Anträge befinden. Es wäre jetzt noch an Einzelsprechenden, die sich zu Wort melden könnten.

Robert Kummer (FDP): Ich stelle zu Traktandum Nr. 3 und Nr. 4 den Antrag, dass davon abzusehen ist, einen Gesamtleistungswettbewerb auszuschreiben und damit die Aufträge an einen Totalunternehmer zu verteilen. Meine Überlegungen sind die Folgenden: Es gibt keinen Grund bereits jetzt das Projekt einzuschränken und eine Vorfabrikation zu definieren. Zweitens kalkuliert jeder Totalunternehmer erfahrungsgemäss mit einem TU-Zuschlag zwischen 8% und 15%. Drittens hat die Bauherrschaft keinen Einfluss auf die Subunternehmen des TU. Das bedeutet viertens, dass ortsansässige oder regionale Unternehmen nicht berücksichtigt werden können. Sie könnten nur dann berücksichtigt werden, wenn ein Maler oder ein Gipser, der einen Auftrag für unter Fr. 250'000.00 auszuführen hätte, im Rahmen des klassischen Submissionswesens anhand eines Einladungsverfahrens ausgewählt würde.

Jedem Totalunternehmer ist das Hemd näher als der Kittel. Die Interessen der Stadt als Bauherr und als Nutzer kommen immer an zweiter Stelle. Das sind die Spielregeln und diesen muss man sich bei diesem Modell einfach bewusst sein. Zusammengefasst rechtfertigt der Engpass im Stadtbauamt aus meiner Sicht die Wahl eines TUs nicht. Solche Kompromisse würde hier drinnen niemand als Privatperson eingehen, denn die Mehrkosten bezüglich dieser Investitionen dieser beiden Traktanden von rund 6 Mio. Franken würden bei diesen genannten 8% bis 15% irgendetwas zwischen Fr. 500'000.00 und einer Million Franken betragen. Das dürfen wir als Stadtrat so nicht genehmigen. Deshalb unterbreite ich Ihnen den Antrag, den Beschlussesentwurf zu Traktandum Nr. 3 und Nr. 4 mit einem Punkt 2 zu ergänzen: "Mittels Projektwettbewerb ist ein Generalplanerteam zu evaluieren."

Und ich sage dazu auch gleich noch, dass dieser Punkt in der Konsequenz auch in Traktandum Nr. 5 zu ergänzen wäre, weil es dort ja nicht vorgeschrieben ist, die Stadt dort aber ein solches Vorgehen wünscht.



Entsprechend müsste dies konsequenterweise auch im Beschlussesentwurf zu Traktandum Nr. 5 festgeschrieben werden. Dies möchte ich hier einfach im Sinne der Transparenz festhalten, stelle nun aber den Antrag, diesen Punkt 2 bei Traktandum Nr. 3 und Nr. 4 zu ergänzen. Danke.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke Stadtrat Kummer. Wir werden diese Anträge nachher separat behandeln und beraten. Gibt es weitere Einzelsprechende?

Pascal Dietrich (FDP): Das Kindergartenwesen, das wir hier in Langenthal haben, besitzt in den Augen von vielen Eltern eine zentrale Stärke. Dies ist nämlich die dezentrale Lage der Kindergärten. Das bedeutet, dass es kurze Wege gibt und man nicht allzu viele gefährliche Strassen zu überqueren hat. Sie müssen sich dabei immer bewusst sein, dass es hier auch um vierjährige Kinder geht, die die Gefahren im Strassenverkehr noch nicht einschätzen können. Über diese Stärke verfügen wir heute. Aber genau diese Stärke will man jetzt aufgeben und das ganze Kindergartenwesen in Langenthal zentralisieren. Das bedeutet somit, dass es viel längere und viel gefährlichere Schulwege gibt, die in meinen Augen teilweise unzumutbar sind. Jeden Morgen, Mittag und Nachmittag werden dann x Eltern mit ihren Autos die Kinder bringen und wieder abholen. Dadurch wird das Chaos vor den Schulen noch grösser, zumal sich gewisse Kindergärten bereits heute bei den Schulzentren befinden und auch viel mehr Verkehr verursachen. Aus meiner Sicht ist dies ganz klar der falsche Weg, dass man diese aktuelle Stärke heute aufgibt. Deshalb wehre ich mich auch dagegen.

Man hat ja in der Politik und auch in der kommunalen Politik zwei grosse allgemeine Aufgaben. Auf der einen Seite kann man gestalten und konstruktiv etwas aufbauen, was sehr wichtig ist. Aber auf der anderen Seite geht es auch darum, Fehlentwicklungen zu verhindern. Und genau hier müssten Fehlentwicklungen verhindert werden. Aber vielleicht liege ich ja auch falsch und vielleicht sehe ich in dieser Sache den "Puck" nicht, was ja gut sein kann. Ich habe zum Beispiel Verständnis dafür, dass es heute mittlerweile heikel ist, wenn eine Kindergärtnerin eine Klasse den ganzen Morgen oder während des ganzen Tages alleine zu betreuen hat. Das leuchtet mir schon ein. Ich frage mich dann aber einfach, warum man über 4 Mio. Franken in Tablets investiert, die dann diesen Kindern abgegeben werden, anstatt man vielleicht eher in Menschen aus Fleisch und Blut etwas investiert hätte. Aber das ist ja auch bereits Geschichte.

Aber wie gesagt, vielleicht liege ich ja falsch, doch was macht man dann? Dann sollte man doch eine Debatte führen und die Argumente austauschen. Dafür gibt es ja auch den Stadtrat und dafür wären wir hier. Aber ich stelle einfach fest, dass dies nie passierte. Heute Abend reden wir das erste Mal über die ganze Zentralisierung dieser Kindergärten, zudem in dem Moment, in dem es um die Bewilligung der Projektierungskredite geht. Diese Debatte fand hier nie statt und die ganzen Vorbereitungen passierten nun jahrelang im stillen Kämmerlein. Dafür habe ich einfach kein Verständnis. Von mir aus gesehen ist dies nicht sinnvoll und entspricht einem falschen Ablauf. Zuerst müsste man doch die grundsätzliche Strategie zur Diskussion stellen und dann entscheiden. Wenn ich dann mit meiner Meinung unterliege, dann verliere ich halt und es wird dann so gemacht. Das machte man hier aber gar nie so, sondern erst jetzt in diesem Moment kommen wir dazu. Und das ist einfach falsch und ich kann das nicht begreifen. Nicht einmal beim Oberstufenzentrum wurde so vorgegangen, wurde dazu doch immerhin eine Vernehmlassung durchgeführt. Danach berücksichtigte man aber zwar nicht unbedingt die Resultate, aber in dieser Frage hier gab es nicht einmal das. Es gab gar nichts, sondern man vernahm nur gerüchteweise, dass dies einmal passieren sollte. Und heute Abend reden wir nun das erste Mal zu diesem Thema.

Man legt uns dann auch drei Kredite vor, anstatt einen. Wir hörten nun oft, dass eigentlich alle drei zusammengehören. Dies wurde von allen Seiten bestätigt und man nimmt auch gleichzeitig zu allen drei Vorlagen gemeinsam Stellung. Und dennoch macht man daraus drei einzelne Geschäfte und verunmöglicht damit zumindest bei zwei der drei Vorlagen das Referendum. Ob dies schlau ist, ist auch nochmals eine andere Frage, weil es dann ansonsten bei den Baukrediten ergriffen wird. Es soll dann niemand sagen, dass es dann zu spät ist. Um meine Position nochmals klar vor Augen zu führen, betone ich, dass es mir hier nicht ums Geld geht. Teuer wird es so oder so; sauteuer. Und es ist klar und völlig unbestritten, dass man bei den Kindergärten etwas machen muss. Man unternahm natürlich so lange nichts, weil man genau diese Strate-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

gie plante. Teuer wird es auf alle Fälle, aber mir geht es um das Kindeswohl. Und das wäre mit einer dezentralen Lage der Kindergärten viel besser gewahrt. Danke.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke an Pascal Dietrich. Ich stelle fest, dass Du Deine Redezeit etwas überzogen hast.

Pascal Dietrich (FDP): Aber ich redete ja viel weniger lange als der Stadtpräsident.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Das stimmt, aber ich kündigte ja an, dass sich die zeitliche Beschränkung auf die Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher bezieht. Bei der Eintretensdebatte müsste man es dann eher grosszügiger handhaben. Gibt es weitere Wortmeldungen von Einzelsprechenden? Das scheint nicht der Fall zu sein. Nun meldet sich Diego Clavadetscher noch zu Wort.

Diego Clavadetscher (FDP): Ich stelle einen Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch von sieben Minuten. Diese sieben Minuten holen wir ein, wenn wir auf die Abstimmung zu beiden Anträgen verzichten und diese beiden Anträge kurz einander gegenüberstellen können. Es fanden ja unter Aufsicht des Stadtpräsidenten bereits Gespräche statt, die jetzt noch kurz finalisiert werden sollten.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Also, es liegt nun ein Ordnungsantrag von Diego Clavadetscher vor, der einen Sitzungsunterbruch von sieben Minuten verlangt. Über diesen Ordnungsantrag wird nun unmittelbar abgestimmt. Wer diesem Ordnungsantrag zustimmen möchte, zeigt dies mit der Karte. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Ordnungsantrag von Diego Clavadetscher (FDP) betr. Sitzungsunterbruch:

35 Stimmen Ja angenommen

0 Stimmen Nein

1 Stimme Enthaltungen

Bitte achten Sie jetzt auch bei dieser Unterbrechung darauf, weiterhin den Abstand zueinander zu wahren. Besten Dank.

(Es folgt ein kurzzeitiger Unterbruch der Sitzung)

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Werte Stadtratsmitglieder, ich bitte Sie wieder Ihre Plätze einzunehmen, denn der Sitzungsunterbruch ist beendet. Ich hoffe, Sie hatten konstruktive Gespräche und jetzt frage ich einmal in die Runde, wer sich nun zu diesen beiden Anträgen äussern möchte? Ich gehe davon aus, dass sich jetzt ein Zusammenschluss dieser beiden Anträge ergab. Wer äussert sich nun dazu?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Ich danke für die Unterbrechung. Wir konnten die entsprechenden Gespräche führen. Wenn Sie zuvor meinem Votum zuhören konnten, so hörten Sie, dass sich die SVP-Fraktion in erster Linie am Gesamtleistungswettbewerb stört und vor allem daran, dass dies bei allen drei Vorlagen so vorgeschlagen wird. Der Antrag von Robert Kummer kommt unserem eigenen Antrag ziemlich nah. Man kann dann noch darüber diskutieren, wie es sich nun mit einem alleinigen ÖVB-Verfahren verhält, oder ob es ausreicht, Projektierungskredite zu verabschieden. Nach erfolgter Diskussion wären wir bereit, unseren Antrag zugunsten des Antrags von Robert Kummer zurückzuziehen, weil damit das Hauptanliegen sozusagen berücksichtigt ist. Somit braucht man nur über einen Antrag abzustimmen.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke vielmals. Somit ist der Antrag der SVP obsolet und wir diskutieren somit noch über den Antrag von Robert Kummer. Wünscht der Antragsteller nochmals kurz das Wort? Das scheint nicht der Fall zu sein. So hätten nun noch die Fraktionen die Gelegenheit, sich dazu zu äussern. Auch dies trifft nicht zu. Dann gibt es jetzt noch die Möglichkeit, dass Einzelsprechende sich zu Wort melden.

Diego Clavadetscher (FDP): Es ist immer schwierig, wenn wir am Abend während der Sitzung über einen neuen Antrag entscheiden und uns dazu eine Meinung bilden müssen. Es gibt immer Argumente dafür und auch dagegen. Nach Anhörung der Anträge sehe ich spontan vier Elemente: Erstens können wir als Stadt



bei unserer knappen finanziellen Situation Geld sparen, wenn wir diesen Anträgen zustimmen. Wir haben damit zweitens erhöhte Chancen - und das ist in der aktuellen Lage, in der wir uns aktuell als Gesellschaft befinden, nicht unwichtig - lokale Unternehmerinnen und Unternehmer zu berücksichtigen. Wir minimieren das Risiko, effektiv einen TU mit einem sehr günstigen Angebot wählen zu müssen, der aufgrund des tiefen Preises mangelhafte Arbeit abgeliefert und wir in fünf bis sechs Jahren nach Ablauf sämtlicher Mängelfristen bereits schon das Dach sanieren oder sonstige Baumängel beheben lassen müssen. Aber ich gebe auch zu, dass wir hier mit diesem Verfahren Mehrarbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bauverwaltung verursachen. Aber ich bin überzeugt, dass man dabei allenfalls externe Unterstützung für diese Ausschreibungen einholen kann und uns dieser Aufwand insgesamt weniger Geld kosten wird. Von mir aus gesehen überwiegen die Vorteile gegenüber den Nachteilen, wenn wir uns diesem Antrag anschliessen.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Besten Dank. Gibt es weitere Einzelsprechende? Nein. Bevor wir abstimmen, möchte sich der Stadtpräsident noch kurz zu Wort melden.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich mache dies im Namen des Gemeinderates sehr gerne. Ich danke zuerst einmal für den Rückzug des SVP-Antrags. Es wäre schwierig geworden, so etwas ohne Wettbewerb durchzuführen und hätte wohl auch zu zahlreichen Beschwerden geführt. Insbesondere denke ich da an Fachkreise wie beispielsweise die Denkmalpflege, Procap¹, Minergie etc., deren Vorgaben es auch immer zu berücksichtigen gilt. Das Ziel jedes Wettbewerbs ist ein ökonomisch günstiges und gutes Resultat, das dann aber auch bewilligungsfähig ist. Was den FDP-Antrag betrifft, und das wird Sie jetzt vielleicht ein wenig erstaunen, bin ich mit den Voten von Robert Kummer und Diego Clavadetscher einig, denn das stimmt alles, was sie sagten. Es ist korrekt, dass wir dies auch mittels Projektwettbewerb machen können. Der einzige Unterschied liegt darin, dass wir dann noch die Auftragsvergaben an die Hand nehmen müssen; ob wir uns dann darum kümmern oder Dritte, sei zum jetzigen Zeitpunkt noch dahingestellt. Es ist so, dass der Gemeinderat hier insbesondere auch den Werkpreis in die Beurteilung miteinbeziehen und dies als Kriterium bestimmt haben wollte, um am Ende zu wissen, was es kostet. Und es war auch unsere Hoffnung, dass die am Wettbewerb beteiligten TUs einen guten Preis als Herausforderung annehmen, um ein günstiges Resultat zu erzielen. Das ist nun aber der einzige Punkt, zu dem wir eine Differenz zum Gesagten erkennen. Es ist zutreffend, dass ein TU etwas teurer ist, weil er eine gewisse Marge für das ganze Vergabeverfahren miteinrechnet. Dazu muss ich aber schon auch festhalten, dass dem Befürworten dieses Verfahrens aus Spargründen, die Ressourcen gegenüberstehen, die es dann beim Stadtbauamt benötigt, und die man sich auch leisten können muss. In dem Sinn steht der FDP-Antrag ein bisschen im Widerspruch zu dem, was morgen dann in der Zeitung steht, wonach gemäss FDP aufgrund der zu geringen Ressourcen zu viele Projekte im Stadtbauamt am Laufen sind. Schlussendlich, und bevor es wieder heisst, dass ich Wasser in die Langete trage, erachte ich diesen Antrag so als möglich und für uns auch umsetzbar. Dabei ist es einfach die Frage, was höher gewichtet werden soll, der Gesamtpreis oder die Argumente, die von Seiten von Robert Kummer und Diego Clavadetscher eingebracht wurden. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich danke dem Stadtpräsidenten Reto Müller. So kommen wir nun zur Abstimmung über den Antrag von Robert Kummer, der das Einfügen dieser Ziffer 2 im Beschlussesentwurf beinhaltet. Wer dem Antrag von Robert Kummer zustimmen möchte, soll dies mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

¹ Procap = Behindertengleichstellung.



Abstimmung über Antrag Robert Kummer (FDP) bezgl. Ziffer 2:

35 Stimmen Ja angenommen

0 Stimmen Nein

1 Stimme Enthaltungen



Stadtrat
Montag, 26. Oktober 2020, Traktandum Nr. 3
Schulzentrum Kreuzfeld: Neubau 3-fach Kindergarten: Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt): Zustimmung und Kreditbewilligung

stadtlangenthal

Antrag Gemeinderat

1. Der Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt) eines Neubaus eines 3-fach Kindergartens im Schulzentrum Kreuzfeld wird zugestimmt.
2. Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 375'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.13 ("Projektierung Neubau 3-fach Kindergarten Kreuzfeld"), bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Antrag Robert Kummer

1. Der Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt) eines Neubaus eines 3-fach Kindergartens im Schulzentrum Kreuzfeld wird zugestimmt.
2. Mittels Projektwettbewerb ist ein Generalplanerteam zu evaluieren.
3. Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 375'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.13 ("Projektierung Neubau 3-fach Kindergarten Kreuzfeld"), bewilligt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Somit folgt nun die Schlussabstimmung betreffend das Schulzentrum Kreuzfeld mit der Projektierung des Neubaus eines 3-fach Kindergartens, Zustimmung und Kreditbewilligung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis 3 in Ergänzung mit diesem Punkt 2 zustimmen möchte, soll dies mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Pascal Dietrich (FDP): Ich möchte einfach kurz darum bitten, dass man richtig auszählt. Bei der letzten Abstimmung gab es mindestens drei Nein-Stimmen.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ist dies somit als Ordnungsantrag zu verstehen? Gut, dann stimmen wir zuerst über diesen Ordnungsantrag ab. Wer diesem Antrag von Pascal Dietrich zustimmen will, soll dies mit der Stimmkarte anzeigen. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Ordnungsantrag von Pascal Dietrich (FDP) betr. Wiederholung der Schlussabstimmung:

33 Stimmen Ja angenommen

2 Stimmen Nein

1 Stimme Enthaltung

Somit wiederholen wir die Schlussabstimmung zu Traktandum Nr. 3. Wer den Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis 3 mit besagtem Einschub von Punkt 2 von Robert Kummer gutheissen möchte, zeigt dies nun mit seiner Karte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Der Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt) eines Neubaus eines 3-fach Kindergartens im Schulzentrum Kreuzfeld wird zugestimmt.**
2. **Mittels Projektwettbewerb ist ein Generalplanerteam zu evaluieren.**
3. **Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 375'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.13 ("Projektierung Neubau 3-fach Kindergarten Kreuzfeld"), bewilligt.**
4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. Schulzentrum Elzmatte: Neubau 2-fach Kindergarten: Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt): Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 4 betreffend Projektierung des Neubaus 2-fach Kindergarten im Schulzentrum Elzmatte: Zustimmung und Kreditbewilligung. Es wurde dazu nun bereits sehr viel gesagt und nun geht es zuerst einmal um das Eintreten. Sind Sie mit dem Eintreten einverstanden? Dem scheint so. Somit ist das Eintreten nicht bestritten und stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich frage nun den Gemeinderat dennoch an, ob er seine Berichterstattung noch ergänzen möchte? Das scheint ebenso wenig der Fall zu sein. Der Berichterstatter der GPK kündigte ja bereits an, dass er unter dem vorgängigen Traktandum sogleich auch zu den zwei folgenden Vorlagen Stellung nehmen wird. So kommen wir bereits zu den Fraktionssprecherinnen und -sprecher. Möchte sich hier noch eine der Fraktionen äussern? Auch dies trifft nicht zu. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher?

Robert Kummer (FDP): Ich möchte nur der Ordnung halber darauf hinweisen, dass ich auch bei diesem Geschäft denselben Inhalt als Ziffer 2 einfügen lassen möchte. Besten Dank.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke. Weitere Einzelsprechende? Da sich niemand mehr meldet, erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Nein, auch nicht. Da zu diesem Traktandum der SVP-Antrag ebenso zurückgezogen wurde, können wir noch einmal über den Antrag von Robert Kummer diskutieren, falls das gewünscht wird. Gut, da dies nicht der Fall ist, können wir direkt zur Abstimmung schreiten. Wer dem Antrag von Robert Kummer zustimmen möchte, dem Beschlussesentwurf diese Ziffer 2 hinzuzufügen, soll dies nun mit der Karte zeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über Antrag Robert Kummer (FDP) bezüglich Ziffer 2:

36 Stimmen Ja angenommen

0 Stimmen Nein

0 Stimmen Enthaltungen

Stadtrat
Montag, 26. Oktober 2020, Traktandum Nr. 4
Schulzentrum Elzmatte: Neubau 2-fach Kindergarten: Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt): Zustimmung und Kreditbewilligung

stadtlängenthal

Antrag Gemeinderat	Antrag Robert Kummer
1. Der Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt) eines Neubaus eines 2-fach Kindergartens im Schulzentrum Elzmatte wird zugestimmt.	1. Der Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt) eines Neubaus eines 2-fach Kindergartens im Schulzentrum Elzmatte wird zugestimmt.
2. Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 350'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.14 ("Projektierung Neubau 2-fach Kindergarten Elzmatte"), bewilligt.	2. Mittels Projektwettbewerb ist ein Generalplanerteam zu evaluieren.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.	3. Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 350'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.14 ("Projektierung Neubau 2-fach Kindergarten Elzmatte"), bewilligt.
	4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

So kommen wir auch bei diesem Geschäft zur Schlussabstimmung. Wer dem Gemeinderat gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis 3 mit dieser beschlossenen Beifügung von Ziffer 2 folgen will, halte seine Karte in die Höhe. Gegenmehr? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**
 1. **Der Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt) eines Neubaus eines 2-fach Kindergartens im Schulzentrum Elzmatte wird zugestimmt.**
 2. **Mittels Projektwettbewerb ist ein Generalplanerteam zu evaluieren.**
 3. **Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 350'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.14 ("Projektierung Neubau 2-fach Kindergarten Elzmatte"), bewilligt.**
 4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Schulzentrum Hard: Arealstrategie und Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule: Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt): Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 5. Hier geht es um das Schulzentrum Hard, die Arealstrategie und den Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule: Projektierung, Zustimmung und Kreditbewilligung. Wird das Eintreten bestritten? Nein, es ist somit stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Es folgt erneut die Beratung. Der Gemeinderat und die GPK vernahmen sich dazu bereits und verzichten auf ein weiteres Votum. Gibt es Fraktionssprechende?

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Wir von der FDP/jll-Fraktion unterstützen das Projekt und es ist für uns mit dem Projektwettbewerb auch das richtige Verfahren, so wie wir es soeben bei Traktandum Nr. 3 und Nr. 4 auch beschlossen. Wir erlauben uns den Hinweis, dass man sich beim Ausschreiben dieses Wettbewerbs Gedanken dazu machen sollte, ob allfällige Synergien mit einem möglichen zukünftigen Eisstadion zu prüfen und in dieser Ausschreibung auch entsprechend zu berücksichtigen sind. Und wenn ich gerade noch am Mikrophon stehe, so beantrage ich in der Konsequenz auch bei diesem Traktandum als Einzelsprecher die Ergänzung der besagten Ziffer 2, auch wenn es so vom Gemeinderat bereits vorgesehen ist, dadurch aber überall synchron festgehalten wird.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Gibt es weitere Fraktionssprechende? Das scheint nicht zuzutreffen. Gibt es Einzelsprechende? Auch das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist die Beratung geschlossen. Nun liegt auch hier dieser Antrag von Robert Kummer vor. Möchte jemand etwas dazu sagen? Fraktionen? Einzelsprechende? Da auch ein Schlusswort des Gemeinderates nicht gefragt ist, so stimmen wir auch hier über den Antrag ab. Wer diese Ergänzung zum Beschlussesentwurf unter Ziffer 2 gutheissen möchte, zeigt dies nun an. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Antrag Robert Kummer (FDP) bezüglich Ziffer 2:

36 Stimmen Ja angenommen

0 Stimmen Nein

0 Stimme Enthaltungen

Antrag Gemeinderat	Antrag Robert Kummer
<p>1. Der Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt) des Neubaus eines 3-fach Kindergartens mit Tagesschule im Schulzentrum Hard wird zugestimmt.</p> <p>2. Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 555'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.15 ("Projektierung Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule Hard"), bewilligt.</p> <p>3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.</p>	<p>1. Der Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt) des Neubaus eines 3-fach Kindergartens mit Tagesschule im Schulzentrum Hard wird zugestimmt.</p> <p>2. Mittels Projektwettbewerb ist ein Generalplanerteam zu evaluieren.</p> <p>3. Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 555'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.15 ("Projektierung Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule Hard"), bewilligt.</p> <p>4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.</p>

Somit schreiten wir zur Schlussabstimmung. Wer dem Gemeinderat gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis 3 mit analoger Ergänzung, wie soeben beschlossen, zustimmen möchte, soll seine Karte erheben. Gegenstimmen? Enthaltungen?



III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen), unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**
 1. **Der Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt) des Neubaus eines 3-fach Kindergartens mit Tagesschule im Schulzentrum Hard wird zugestimmt.**
 2. **Mittels Projektwettbewerb ist ein Generalplanerteam zu evaluieren.**
 3. **Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 555'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6900.5040.15 ("Projektierung Neubau 3-fach Kindergarten mit Tagesschule Hard"), bewilligt.**
 4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6. Schulzentrum Kreuzfeld: Erneuerung und Umnutzung Hauswirtschaftspavillon in eine Tagesschule, Turnhallenstrasse 18: Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt): Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 6, Schulzentrum Kreuzfeld, betreffend Erneuerung und Umnutzung Hauswirtschaftspavillon in eine Tagesschule, Projektierung, Zustimmung und Kreditbewilligung. Ist das Eintreten bestritten? Dem ist nicht so und es ist entsprechend stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Wir kommen zur Beratung. Der Gemeinderat verzichtet auf eine Berichterstattung und auch die GPK hat nichts angemeldet. So frage ich die Fraktionen an, wer sich hier zu Wort melden möchte? Das scheint nicht gewünscht. Gibt es Einzelsprechende? Auch hier nicht. So kann ich die Beratung als geschlossen erklären. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Nein. Es folgt die Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis 3 zustimmen möchte, soll dies mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Der Projektierung (Phasen Vorprojekt und Bauprojekt) der Erneuerung und Umnutzung des Hauswirtschaftspavillons in eine Tagesschule an der Turnhallenstrasse 18 wird zugestimmt.**
2. **Der für die Projektierung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 185'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6700.5040.01 ("Projektierung Umnutzung Hauswirtschaft in eine Tagesschule"), bewilligt.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



7. **Agglomerationsprogramm 3. Generation und Buslinienkonzept: Bewilligung Rahmenkredit; Kompetenzdelegation an den Gemeinderat zur Bewilligung aller für die Planung der Projekte notwendigen Objektkredite: Genehmigung**

*Entfällt.*¹²

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹² Begründung siehe im Protokoll unter dem Traktandum "Eröffnung der Stadtratssitzung" Seite 2.



8. Weiterführung des Projekts SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention): Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Hier geht es um die Weiterführung des Projekts SIP, Sicherheit, Intervention, Prävention; Zustimmung und Kreditbewilligung. Ist das Eintreten bestritten? Da es nicht bestritten wird, ist es somit stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Wir kommen zur Beratung. Hier erfolgt die Berichterstattung durch Gemeinderat Markus Gfeller, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): SIP existiert seit 2011 in Langenthal. Es gibt regelmässig, auch in diesem Gremium hier, Vorstösse, wonach wir gewisse Dinge sicherheitstechnisch laufend zu überwachen haben. Sei dies Vandalismus oder sei dies Lärmbelästigung oder ähnliches. Und genau dafür haben wir SIP im Einsatz. Zuerst wurde dies jeweils jährlich bewilligt und im Jahr 2014 gab es dann erstmals eine zweijährige Bewilligung. Im Jahr 2016 bewilligte man sodann diesen Auftrag für die SIP über vier Jahre für die Dauer der Legislatur von 2017 bis 2020. Das heisst, dass dieser Kredit nun Ende dieses Jahres ausläuft und deshalb stehe ich nun hier und beantrage Ihnen, dass man diese Arbeit SIP weiterführt.

Zusätzlich war schon vor 2011 jeweils am Freitagabend eine Patrouille unterwegs, was eine Zeit lang durch die Securitas ausgeführt wurde und anschliessend zum heutigen Anbieter ToKJO wechselte. Und weil wir nun seit mehreren Jahren die ganzen Dienstleistungen in diesem Bereich durch dieselbe Organisation beziehen und dabei die Abgrenzung, was nun den Freitagabend betrifft und was ansonsten mit SIP in Zusammenhang steht, nicht immer ganz klar ist, entschied man sich aus Transparenzgründen dazu, dass man eben diese beiden Kredite, die sich in der Rechnung unter unterschiedlichen Positionen aufgeführt sind, zusammenzählt.

Dies entspricht genau diesem Vorgehen, das eigentlich in den vorherigen Traktanden zum Teil kritisiert wurde, weil man die Vorlagen einzeln vorlegte, und man sich hier nun für einen anderen Weg entschied und damit Transparenz schaffen wollte. Entsprechend möchte man diese Fr. 45'000.00, die für den Freitagabend eingesetzt sind und diese Fr. 67'000.00 für den restlichen Bereich zu einer Gesamtsumme von Fr. 112'000.00 zusammenziehen. Ich würde Ihnen hiermit die Verlängerung für vier Jahre beantragen, was zusammen Fr. 448'000.00 ergibt. Warum schlage ich eine Dauer von vier Jahren vor? Man kann sich bei allen Aufgaben immer fragen, ob man diese als fixe, wiederkehrende Aufgabe in das Budget aufnehmen will, oder ob man diese eben befristen möchte. Ich und der Gemeinderat entschieden sich dazu, dass man das Projekt eigentlich befristet möchte. Das führt dazu, dass man die Aufgaben auch regelmässig hinterfragen kann, ob es diese noch braucht, ob man sie noch im selben Umfang benötigt oder überhaupt noch in dieser Art notwendig sind. Deshalb schlagen wir diese Frist von vier Jahren und einem Kredit von insgesamt Fr. 448'000.00 vor. Den Auftrag möchten wir unverändert belassen, so wie dies in den letzten Jahren ausgeführt wurde und dementsprechend ist auch der Stadtrat dafür zuständig.

Ich möchte gleichzeitig informieren, was Sie übrigens auch in den Ihnen zugestellten Unterlagen finden, dass man hier aus zeitlichen Gründen ein wenig parallel fuhr. Man wusste eigentlich, dass dieses Geschäft frühestens im Oktober im Stadtrat zur Sprache kommt, was dazu führt, dass die Leute, die diesen Auftrag ausführen, wissen mussten, ob sie mit ihrer Arbeit auch im 2021 weiterfahren oder nicht weiterfahren können. Dies ist selbstverständlich immer unter dem Vorbehalt zu sehen, dass der heute Abend traktandierter Kredit schlussendlich auch gesprochen wird. Deshalb entschied sich der Gemeinderat dazu, das Vergabeverfahren parallel laufen zu lassen und diesen Auftrag bereits schon vorab auszuschreiben; dies unverändert nach dem Leistungskatalog, so wie er auch für die letzten vier Jahre bestand. Es gingen dabei zahlreiche Offerten ein und anhand üblicher Verfahren mit Eignungs- und Zuschlagskriterien wurden diese ausgewertet und sodann ein Sieger erkürt, der diesen Auftrag ab 2021 übernehmen würde, sofern der Kredit heute gutgeheissen wird.



Interessanterweise waren bei diesem Geschäft, das wir heute diskutieren, sämtliche vorberatenden Kommissionen einstimmig dafür. Als man dann herausfand, dass die Vergabe vielleicht zu Überraschungen führte, indem nicht der bisherige Leistungserbringer diesen Auftrag zugesprochen erhielt, sondern ein neuer Anbieter, begann sich dazu Widerstand zu regen. Daraufhin meldete sich insbesondere auch ToKJO sowohl bei Stadtratsmitgliedern, wie auch beim Gemeinderat und legte Beschwerde ein, die derzeit noch hängig ist. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass wir heute Abend nicht darüber reden, wer diesen Auftrag erhält, sondern wir reden heute Abend darüber, ob wir diese Leistungen wie bisher für vier Jahre weiterführen möchten und ob der dafür vorgesehene Kredit über diese Fr. 448'000.00 den richtigen Rahmen darstellt. Ich kann an dieser Stelle sagen, dass zumindest aus preislicher Sicht diese Vergabe zu einer deutlichen Kostenreduktion führte. Wir werden diesen Auftrag, sofern Sie diesem heute Abend zustimmen, für deutlich unter Fr. 300'000.00 weiter vergeben können. Also auch dort zeigte es sich, dass diese Ausschreibung zumindest finanziell ein Erfolg war. Ich möchte hier jetzt nicht länger reden, bin gespannt auf Ihre Voten und werde im Anschluss selbstverständlich noch allfällige Fragen beantworten.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich danke dem Gemeinderat Markus Gfeller. Für die Berichterstattung durch die GPK erklärte sich Patrick Freudiger bereit, diese vorzutragen.

GPK-Mitglied Patrick Freudiger (SVP): Die GPK diskutierte dieses Geschäft relativ lange. Wir hatten dabei verschiedene Fragen. So fragten wir uns, ob man hier überhaupt öffentlich ausschreiben musste. Nach Auffassung verschiedener GPK-Mitglieder war es bislang so, dass für den Einkauf von Dienstleistungen wie zuvor bei den Kindergärten bei gegebenen Schwellenwerten selbstverständlich ausgeschrieben werden muss. Darum geht hier aber nicht. Hier wird mittels eines Beschlusses eine öffentliche, staatliche und kommunale Aufgabe geschaffen, die man nachher auf private Organisationen, im Moment auf ToKJO und neu vielleicht auf jemanden anders, überträgt. Dabei handelt es sich nach Auffassung einiger GPK-Mitglieder nicht um eine Ausschreibung im klassischen Sinn, sondern um eine Aufgabenübertragung. Und dies entspricht wie gesagt zumindest nach traditioneller Lehre keiner Submission. Jetzt ist es aber auch richtig, dass beispielsweise mit der neuen IVöB¹ die Aufgabenübertragung der Ausschreibung im klassischen Sinn gleichgesetzt wird. Das heisst, man muss in beiden Situationen eine Ausschreibung durchführen. Aber diese IVöB ist gar noch nicht übernommen und wir behandelten dies auch noch nicht im Grossrat. Das ist zumindest nicht unumstritten, ob man Aufgabenübertragungen an Feuerwehr, Vereine oder jetzt eben wie hier an private Dritte, einfach unisono so gleichsetzen will. Wir setzen Fragezeichen, ob dies wirklich nötig ist, weshalb wir den Gemeinderat auch um eine Untersuchung bitten, hier nähere Angaben zu erhalten, was zu dieser veränderten rechtlichen Einschätzung führte. Der Gemeinderat schrieb dies bisher ja ebenso wenig aus. Die Antwort war eigentlich eine Nichtantwort, weil man uns sagte, dass man uns keine Antwort gibt. Von dem her bleiben diese Fragezeichen so offen. Was bedeutet dies nun bezüglich formeller Richtigkeit? Der Gemeinderat leitete hier einen Prozess ein, der möglicherweise nicht nötig ist. Aber es ist nach Auffassung der GPK auch nicht einfach falsch. Man kann das dies so machen. Ob man es so machen muss oder nicht, ist eine andere Frage. Nachdem wir anlässlich der GPK-Sitzung und auch danach nicht wussten, ob dies nötig oder doch nicht nötig ist, erlaubte sich die GPK gestützt auf Art. 21 Ziff. 2 Lemma 5 der Geschäftsordnung ausnahmsweise auch, dieses Geschäft vielleicht auch ein wenig materieller anzuschauen, als sie das sonst macht.

In diesem Zusammenhang legt die GPK ausdrücklich einen sehr hohen Wert darauf, dass der mit Aufgabe betraute Dienstleister eben auch lokal verankert ist. Wir wissen es alle, die konkreten Leute vor Ort, sind nicht immer solche, die auch in Langenthal wohnen. Aber für die GPK ist es im Zusammenhang mit SIP sehr wichtig zu betonen, dass die niederschwellige Arbeit sehr darauf beruht, über Ortskenntnisse zu verfügen. Für die GPK ist es deshalb sehr bedeutsam, dass der Organisator, der diese Aufgabe übernimmt, lokal verankert ist. Und wir haben zumindest Zweifel, inwiefern die lokale Verankerung, oder inwieweit die lokale Verankerung in diesem Ausschreibungsverfahren berücksichtigt wurde. Wir wissen es nicht genau, weil wir die entsprechenden Unterlagen nicht im Detail sahen.

¹ IVöB = Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen.



Wir fragten dann auch noch, ob es bei einer Ablehnung der Vorlage möglich wäre, eine Art Notbetrieb gewährleisten zu können. Dazu erhielten wir zur Antwort, dass dies nicht möglich ist. Das Nein ist ein Nein. Eine neue Vorlage müsste sodann erst noch an die Hand genommen werden. Das sind zusammengefasst die Überlegungen, die sich die GPK dazu machte. Welche Feststellungen ergeben sich nun daraus? Erstens bejaht die GPK die formelle Richtigkeit in einem engen Sinn dahingehend, dass es nicht falsch ist, was der Gemeinderat machte. Aus den genannten Gründen aber empfiehlt Ihnen die GPK zweitens aufgrund einer vielleicht etwas materielleren Betrachtung, als man dies sonst macht, die Ablehnung dieser Vorlage. Die Ablehnung fiel mit 4 Ja zu 2 Nein bei einer Enthaltung aus. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich danke Patrick Freudiger für die Berichterstattung der GPK. So kommen wir nun zu den Fraktionssprechenden. Wem darf ich das Wort erteilen? Für die SP/GL-Fraktion Josephine Lüdi.

SP/GL-Fraktion, Josephine Lüdi (GL): Es geht hier darum, ein Projekt weiterzuführen. Der Antrag lautet, die SIP weiterzuführen und den Kredit für weitere vier Jahre gutzusprechen. Die Grundlage dazu bildet der Bericht und Antrag des AföS¹. Die Begründung dazu, warum man dies weiterführen soll, liegt ganz klar in den Erfahrungen, die man seit 2011 sammeln konnte. Die Interventionsarbeit, die bis jetzt ausgeführt wurde und die Evaluationen, die man durchführte, waren bislang zufriedenstellend. Deshalb ist es uns schon auch noch wichtig, den Inhalt dieses Projektes zu kennen und zu wissen, was weitergeführt werden soll. Auch Gemeinderat Gfeller betonte heute Abend noch einmal, dass man eigentlich das, was bislang geleistet wurde, in derselben Art weiterführen möchte. Die Prämissen dieses Projekts sind eigentlich so, dass der öffentliche Raum allen zur Verfügung steht und ein friedliches und tolerantes Zusammenleben ermöglicht.

Die Grundpfeiler des Projekts SIP ist die Niederschwelligkeit, ist eine Freiwilligkeit und ist eine Vertrauensbildung. Die Interventionsart, die es braucht, um diese Grundpfeiler umzusetzen, sind ein konstruktiver Dialog, Parteilichkeit, Schlichtung und Vermittlung bei Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum. Gleichzeitig geht es auch um eine Reflexionsförderung der Betroffenen, um Vermittlung von Regeln, um Beratung und Intervention und ist vor allem Vernetzung. Was braucht es nun, um diesen Auftrag umzusetzen? Es braucht spezifisch kommunales Wissen, es braucht spezifisch sozialfachliche Kompetenzen und es braucht vor allem funktionierende Vernetzung. Wir reden hier von einem Projekt, das durch Sozialarbeiter umgesetzt wird. Und es ist kein rein ordnungsdienstliches Projekt. Wir würden diesem Projekt grundsätzlich so zustimmen und auch einen entsprechenden Kredit genehmigen, obwohl wir ein wenig kritisch beobachten, dass sich der Schwerpunkt immer mehr zu ordnungsdienstlichen Aufgaben verlagert und die Grenzen der Bereiche zusehends verwischt werden. Deshalb ist uns die Frage doch auch sehr wichtig, wofür wir da unsere Zustimmung geben. Deshalb fragen wir uns im Wissen, dass dieser Auftrag einer privaten Sicherheitsfirma mit ausserregionalem Sitz übertragen wird, ob der neue Leistungserbringer wirklich das bieten kann, was wir mit diesem Projekt beabsichtigen? Diese Frage beantworten wir ganz klar mit Nein. Dieser Erbringer erfüllt weder die genannten Prämissen, verfolgt nicht die zuvor erwähnten Grundpfeiler, arbeitet nicht in der Art der bisherigen Intervention und verfügt somit sicherlich nicht über die fachlichen Kompetenzen. Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke Josephine Lüdi. Wir kommen nun zur FDP/jll-Fraktion mit Franziska Zaugg-Streuli.

FDP/jll-Fraktion, Franziska Zaugg-Streuli (FDP): SIP ist ein nötiger Ordnungsdienst zur Unterstützung des AföS und der Polizei Langenthal. Trotz der Enttäuschung, dass ToKJO nicht gewann, muss gewährleistet sein, dass dieser Dienst lückenlos weitergeführt werden kann. Aus diesem Grund unterstützt die FDP/jll-Fraktion grossmehrheitlich den Antrag des Gemeinderates.

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Franziska, Du sprichst mir aus der Seele. SIP leistete über viele Jahre im niederschweligen Bereich gute Arbeit, aber man konnte dem Bericht auch ganz klar entnehmen,

¹ AföS = Amt für öffentliche Sicherheit.



dass es sich dabei immer um eine Zusammenarbeit mit dem Amt für öffentliche Sicherheit und der Kantonspolizei handelte. Da frage ich mich doch jetzt ernsthaft: warum muss das ein Betreiber sein, der unbedingt direkt hier aus der Umgebung kommt? Das kann genauso gut einer sein, der auch ein Stückchen weiter auswärts beheimatet ist. Was ich so mitbekam, ist er ja nun wirklich nicht so weit weg von uns. In der Regel funktioniert das ja alles in Absprache mit der Polizei, in Absprache mit dem Amt für öffentliche Sicherheit, und die wissen ja bestens über die Situation in Langenthal Bescheid. Die wissen, wo sich die prekären Plätze befinden, wie auch alles wunderbar im Bericht beschrieben wurde. Ich fände es ein bisschen schade, und die SVP-Fraktion trägt dies weitestgehend mit, wenn das Angebot nur aufgrund von Animositäten, weil jetzt ToKJO für einmal den Wettbewerb nicht gewann, verloren gehen würde und wir deshalb am Ende ohne dieses niederschwellige Angebot dastehen. Zukünftig hätten wir dann wieder jede Menge Passantinnen und Passanten, die sich darüber ärgern, dass sie von Betrunkenen und anderen auf der Strasse angepöbelt werden. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion den Antrag der GPK ab und wird weitestgehend dem Antrag des Gemeinderates folgen. Danke.

EVP/glp-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Ich begleitete das Projekt SIP auch beruflich über längere Zeit und ich bin von diesem Konzept sehr überzeugt. SIP ist ein erfolgreiches Projekt, darüber sind sich alle einig, und verbesserte die Situation in Langenthal deutlich. Die Frage ist ja nun, was den Erfolg ausmacht? SIP ist eben nicht nur ein mobiler Ordnungsdienst und auch nicht nur ein Patrouillendienst. Es ist auch nicht nur mobile Sozialarbeit in den öffentlichen Räumen der Stadt Langenthal, sondern es ist die Kombination von allen drei Aspekten, die den Erfolg von SIP ausmacht. Und dafür braucht es eben die lokale Verankerung und das flexible Reagieren auf veränderte Bedürfnisse. Von dem her ist es für uns ganz klar, dass SIP in der bestehenden Form unbedingt weitergeführt werden muss. Noch einmal: SIP ist lokal verankert, lokal vernetzt und fachlich hochqualifiziert.

Wenn auch Gemeinderat Gfeller darauf verwies, dass die vorberatenden Kommissionen alle zustimmten, so sagten sie damit Ja zu SIP. Und zwar so, wie man es heute kennt. Und dabei stellt sich dann auch die Frage, ob es danach weiterhin so sein wird? Ist dem so, würden wir hier locker eine Mehrheit finden. Aber die Situation, wie wir alle hörten, scheint eben nicht so, wie sie aktuell ist. Wenn man sich auf der Webseite des Gewinners umschaute, so liest man dort von Verkehrsdienst, von Bewachungsdienst, von Ordnungsdienst, von Sicherheit bei Sportveranstaltungen, von Interventionsdienst und vom Einsatz bei Alarmempfangszentralen. Erfahrungen und Referenzen im Bereich mobiler Sozialarbeit im öffentlichen Raum können wir dabei beim besten Willen nicht erkennen. Deshalb wurde aus unserer Sicht durch die Wahl des Anbieters de facto klammheimlich der Inhalt von SIP geändert. Wenn wir nun diesem Kredit zustimmen, stimmen wir auch der Veränderung des Projektes zu. Für uns heisst das: ein Ja zu SIP bedeutet ganz klar, ein Nein zu dieser Vorlage. Merci.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke vielmals. Gibt es Einzelsprechende?

Gerhard Käser (SP): Ich möchte nur ganz kurz darauf hinweisen, dass wir hier vor noch nicht allzu langer Zeit die Videokameras im Kreuzfeld abschmetterten. Und dabei spreche ich hier meinen Dank an Markus Gfeller aus, wie gut das danach funktionierte und Du es mit der SIP an die Hand nahmst, um die Aufsicht unseres Areals zu klären und zu organisieren. Ich kann Ihnen einfach sagen, dass es seit diesem Zeitpunkt zu keiner einzigen Reklamation kam und wir uns damals somit betreffend die Videokameras richtig entschieden. Das ist ja auch einmal schön zu hören. Auf jeden Fall ist die SIP gemäss meiner Erfahrung extrem präsent und es sind mir mittlerweile alle auch persönlich bekannt und die Leute sind unglaublich vernetzt. Es geht hier nämlich nicht um einen Ordnungsdienst oder in erster Linie um Repression, ansonsten es zu einem Spiel mit denjenigen kommen könnte, die sich auf dem Areal aufhalten. Es wird immer wieder das Gespräch gesucht, man kennt sich gegenseitig und man duzt sich untereinander; so auch die ehemaligen Jugendlichen, die früher bei ToKJO waren. Diese sind jetzt teilweise durch die SIP betreut, suchen das Gespräch, unterhalten sich vor Ort eine Viertelstunde mit den Leuten und kennen sich deshalb auch gegenseitig. Dies ist der Grund, dass seither eben auch nichts mehr passierte. Das möchte ich mit einem Ordnungsdienst ganz einfach auf keinen Fall erneut aufs Spiel setzen. Merci.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Josephine Lüdi (SP): Ich möchte noch einmal kurz auf das Votum meiner Kollegin Corinna Grossenbacher eingehen, das darauf verwies, dass die Regionalität gar nicht so wichtig ist. Gerade auch die Kantonspolizei vertrat den Standpunkt, die Zusammenarbeit mit der SIP so weiterzuempfehlen, weil die Mitarbeiter eben gerade so lokal verankert sind und sich alle gegenseitig kennen. Das Argument, dass die Regionalität nicht wichtig ist, gilt irgendwie nicht. Klar, wie man heute sieht, verlagern sich die Brennpunkte, die man einst definierte, weg von der offenen Alkohol- und Drogenszene hin zu extrem vielen Jugendgruppen. Dort liegt das Gewicht auf der Verbindung zur Jugendsozialarbeit, die so zentral, so wichtig und auch ausschlaggebend ist. Da sehe ich es nicht, dass eine Sicherheitsfirma mit Schlagstöcken auf dem Schulareal patrouilliert. Das ist ja nicht das Ziel, das wir verfolgen. Ausserdem besteht die Vernetzung nicht nur in Bezug zu den Betroffenen, sondern vielmehr wurde in den vergangenen neun Jahren auch eine Vernetzung zu den Behörden und Anlaufstellen aufgebaut. Dadurch wurden die Wege so kurz und damit lässt sich gewährleisten, dass Kontakte sehr schnell hergestellt werden können. Das alles ist extrem wichtig.

Beat Hasler (SP): Zusammen mit den Frauen und Männern unserer Fraktion nahm ich von diesem Entscheid betreffend SIP mit grossem Erstaunen Kenntnis. Da wird nun also ein sehr gut funktionierendes Team von ToKJO von einer Aufgabe abgezogen, die dieses Team seit vielen Jahren zur vollen Zufriedenheit der Stadt erfüllte. Ich konnte als häufiger Gast auf dem Wuhrplatz immer wieder feststellen, dass die SIP-Teams ihre Aufgabe konzentriert und vor allem mit Fingerspitzengefühl wahrnehmen. Ich spiele regelmässig Pétanque und die SIP wird von unserem Club hin und wieder aufgefordert, wenn die Situation auf diesem schönen Platz manchmal ein wenig unerfreulich wird. Was in den letzten Jahren eigentlich ganz wenig vorkam. Wir sind sicher, dass dies in direktem Zusammenhang mit der guten Arbeit des SIP-Teams steht. Die Teams kennen die Leute auf dem Platz und wissen, wie sie mit ihnen umzugehen haben, damit die Situation nicht eskaliert. Diese Aufgabe nun an eine Organisation weiterzugeben, die von weit aussen hinzukommt, ist meiner Meinung nach unverantwortlich. Diese neuen Leute werden ganz bestimmt nie einen gleich guten Bezug zu diesen Menschen auf diesem Platz herstellen können. Insbesondere auch deshalb, weil sie auch nicht vor Ort leben und die Verhältnisse längstens nicht so gut kennen, wie das bei einer gewachsenen Organisation wie ToKJO mit dem SIP-Angebot der Fall ist. Ich werde den Antrag des Gemeinderates ablehnen und hoffe, dass dieses Thema noch einmal diskutiert und mit ToKJO weiterhin eine gute Lösung gefunden werden kann. Danke für Ihre Unterstützung von ToKJO in diesem Aufgabenbereich.

Saima Sägesser (SP): Ich nehme gerne das Stichwort Schlagstöcke auf. Sie schmunzelten zwar alle ein wenig, aber ich kann Ihnen sagen, dass es dann irgendwann nicht mehr so lustig ist. Und zwar erlebte die Stadt Solothurn, die ja mit unserer schönen Stadt verglichen werden kann, im letzten Jahr eine ähnliche Geschichte. Dabei wurde ein auswärtiger Ordnungsdienst aus dem Baselbiet beigezogen, was zu Beginn allein dazu führte, dass die Bevölkerung durch diesen sozusagen auswärtigen Eindringling eingeschüchtert wurde und damit genau das Gegenteil bewirkt wurde. Genau ein solches Debakel müssen wir Langenthal ersparen. Wir brauchen keinen Pfefferspray, keine Schlagstöcke und keinen auswärtigen Sicherheitsdienst, sondern ein SIP, wie wir es kennen.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke Stadträtin Sägesser. Gibt es weitere Voten? Dem ist nicht so. Der Ordnung halber frage ich an, ob sich jemand noch zum Antrag der GPK äussern möchte? Wenn nicht, so ist die Beratung geschlossen und ich frage den Gemeinderat, ob er sich nochmals zu Wort melden möchte?

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Danke, werte Damen und Herren, für diese engagierte Diskussion. Ich kann eigentlich dem Gehörtem fast gänzlich zustimmen, wirklich fast allem. Eine Ausnahme bildet die Behauptung, dass die Leute, die nun diesen Auftrag erhalten, ausserhalb der Sicherheitstechnik keine weiteren Kompetenzen aufweisen. Ich sagte dies bereits zu Beginn und ich wiederhole es gerne nochmals, dass dieser Auftrag so ausgeschrieben wurde, wie er im Leistungsauftrag von ToKJO definiert ist. Dieser beinhaltet zwar gewisse sicherheitsrelevante Komponenten, umfasst aber auch einen wesentlichen, soziokulturellen Teil. Uns ist es bewusst – und da bin ich mit den entsprechenden Voten auch sehr einverstanden, dass wir weder Pfefferspray noch Schlagstöcke einsetzen wollen. Vielmehr geht es darum, dass man diese Leute, die sich vielleicht nicht so verhalten, wie man dies grundsätzlich erwarten würde, vorwiegend im Gespräch auf denjenigen Weg zurückführt, um am Schluss wieder einigermaßen allgemeinverständlich zu sein.



Wir hatten Bewerber, die tatsächlich keine soziokulturellen Kompetenzen aufwiesen. Diese wurden in der Folge auch entsprechend vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Diejenigen, die nun diesen Auftrag erhalten werden, wenn Sie das dann heute Abend gutheissen, haben möglicherweise auf ihrer Homepage in diesem Zusammenhang nicht so viele Kompetenzen aufgeführt, was gut sein mag. Aber sie konnten nachweisen, dass sie einerseits über die gesuchten Kompetenzen verfügen und andererseits konnten wir uns dies auch anhand von Referenzauskünften bestätigen lassen, dass dem tatsächlich so ist. Der Auftrag wurde so ausgeschrieben, dass er für vier Jahre Gültigkeit hat. Falls wir dann allerdings feststellen müssten, dass man sich in eine falsche Richtung bewegt und das Ganze nicht funktioniert, so haben wir auch die Möglichkeit, diesen Vertrag vorzeitig zu kündigen. Dabei besteht das Kündigungsrecht gegenseitig und auch die Auftragnehmer können den Vertrag kündigen, wenn er ihnen nicht passt. Es gilt eine Kündigungsfrist von sechs Monaten, die beide Parteien so wahrnehmen können, falls man feststellt, dass dies nicht so läuft, wie man sich dies vorstellte. Allerdings gehen wir zum heutigen Zeitpunkt nicht davon aus.

Ich möchte noch etwas zur Haltung der GPK betreffend die Ausschreibung sagen. Wir stellten uns diese Frage intensiv, ob man ausschreiben oder nicht ausschreiben muss. Ich diskutierte dies innerhalb der Stadtverwaltung mit drei verschiedenen Juristen. Dabei erhielt ich dreimal dieselbe Antwort. Ich bin aber allerdings auch sicher, dass, wenn man irgendjemand anders gefragt hätte, wir vielleicht auch eine abweichende Antwort erhalten hätten. Und ich bin auch sicher, hätten wir nicht ausgeschrieben und jemand anders gewählt, so hätte uns die GPK dazu mitgeteilt, dass so etwas so oder auszuschreiben ist. Ich möchte auch noch etwas zum Vergabeverfahren sagen. Im Unterschied zu anderen Vergaben, die wir städtisch auszuführen haben, gewichteten wir den Preis mit knapp 55% relativ tief. Bei den verbleibenden 45% legten wir Wert auf die fachlichen Kompetenzen und somit insgesamt nicht nur auf den Preis.

Ich halte noch einmal fest, dass, falls Sie den Antrag heute ablehnen, es dazu führt, den SIP-Einsatz vorläufig einzustellen. Vorläufig heisst in diesem Zusammenhang per 31. Dezember 2020. Und wir müssten in der Folge herausfinden, welche Idee der Stadtrat schliesslich bezüglich des Inhalts der Ausschreibung verfolgt. Ausgeschrieben wurde wie gesagt ganz genau das, was wir eigentlich bislang bereits hatten. Ich danke auch noch für die Blumen bezüglich des Videos, bin ich doch grundsätzlich der Meinung, dass Prävention anhand eines Videos nicht erfolgreich sein kann. Im Zusammenhang mit der Vernetzung verhält es sich zudem tatsächlich so, dass ein neues Team die örtlichen Verhältnisse mit grösster Wahrscheinlichkeit noch nicht so gut kennt wie hoffentlich diejenigen Leute, die diesen Auftrag schon lange wahrnehmen. Es ist aber auch jetzt mit ToKJO so, dass man wöchentlich zusammensitzt. Und wenn ich dies so umschreibe, so betrifft dies erstens ToKJO, zweitens die Kantonspolizei und drittens auch das AföS. Anhand dieser Gespräche werden die Schwerpunkte definiert und auch die Einsatz- und Patrouillenorte gemeinsam festgelegt. Das war bislang so und dies ist selbstverständlich auch in Zukunft so vorgesehen. Ich möchte Sie recht herzlich bitten, dieser Vorlage zuzustimmen und dieser neuen Firma auch eine Chance zu geben. Die Alternative ist eigentlich klar: Wenn man Nein stimmt, so ist das Projekt bis zum Zeitpunkt, bis etwas Neues vorliegt, ganz sicher gestorben. Merci.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke Markus Gfeller für diese Erläuterungen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Entsprechend erkläre ich kurz das Abstimmungsprozedere. Der Antrag der GPK auf Ablehnung der Vorlage und der Antrag des Gemeinderates auf Zustimmung schliessen sich gegenseitig aus. Das heisst, dass man nur entweder für diese Vorlage oder gegen diese Vorlage stimmen kann. Und natürlich kann man sich auch enthalten. Somit werden wir also nicht separat über den GPK-Antrag abstimmen, sondern der Antrag der GPK wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt. Wer die Vorlage gemäss Antrag der GPK ablehnen möchte, stimmt mit Nein, wer dem Gemeinderat folgen möchte, stimmt mit Ja.

So stimmen wir jetzt ab. Wer dem Antrag des Gemeinderats gemäss Beschlussesentwurf Ziffer 1 bis 4 folgen möchte, soll die mit der Karte zeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 14 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein (bei 5 Enthaltungen) zur gemeinderätlichen Vorlage die Weiterführung des Projektes SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) als befristete Ordnungs- und Sicherheitsmassnahme für weitere 4 Jahre, d.h. bis am 31. Dezember 2024, abzulehnen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Feuerwehr Langenthal: Ersatzbeschaffung Brandschutzbekleidung: Genehmigung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Es folgt Traktandum Nr. 9 mit der Genehmigung und Kreditbewilligung der Ersatzbeschaffung von Brandschutzkleidung für die Feuerwehr Langenthal. Ist das Eintreten bestritten? Es ist nicht bestritten und stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Es folgt die Beratung und die Berichterstattung durch den Gemeinderat übernimmt erneut Markus Gfeller, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Unsere Stützpunktfeuerwehr in Langenthal ist eine von vier Stützpunktfeuerwehren im Kanton Bern und somit eine sehr wichtige Feuerwehr für unsere Region. Die Feuerwehr benötigt nach längerer Zeit wieder einmal neue Kleider. Diese haben einerseits bestimmte Vorgaben, was die Feuerfestigkeit betrifft, einzuhalten und andererseits ist es auch die Absicht, dass das gesamte Corps, das heisst sowohl die Löschzüge wie auch das Pikett, einigermassen einheitlich auftreten kann. Weil nun die bisherigen Uniformen durch die starke Beanspruchung sehr abgenutzt sind und den notwendigen Schutz nicht mehr gewährleisten, braucht es neue Kleider. Die dazugehörige Vorlage konnten Sie entsprechend studieren und ich würde gerne Fragen beantworten, falls es solche gibt. Merci.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Besten Dank. Eine Berichterstattung der GPK ist keine angemeldet. Gibt es dazu nun Voten seitens der Fraktionen?

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP): Die FDP/jll-Fraktion dankt dem Gemeinderat für dieses Geschäft und kam dabei zum Schluss, dass es tadellos vorbereitet wurde. Und sie dankt namentlich auch der Stützpunktfeuerwehr Langenthal für ihren Einsatz, den sie Tag und Nacht zugunsten von uns allen leistet. Wir sind froh um die Feuerwehr und wir sind stolz auf sie. Aus unserer Sicht sollte man diesem Geschäft auf alle Fälle zustimmen, was wir einstimmig beschlossen. Merci.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke Pascal Dietrich. Gibt es weitere Fraktionssprechende? Einzelsprechende? Das ist nicht so und somit ist die Beratung geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Wenn dem nicht so ist, schreiten wir direkt zur Abstimmung. Wer diesem Geschäft zustimmen kann, soll dies mit der Karte zeigen. Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) einstimmig:**
 1. **Die Ersatzbeschaffung der Brandschutzbekleidung für die Feuerwehr Langenthal wird genehmigt.**
 2. **Der erforderliche Verpflichtungskredit von Fr. 180'000.00 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 4400.5090.01 ("Feuerwehr, Ersatz Brandschutzausrüstung"), bewilligt.**
 3. **Allfällige Beiträge Dritter werden dem Konto Nr. 4400.4250.02 ("Altmaterialverkauf") gutgeschrieben.**
 4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



10. Teilrevision Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal: Genehmigung

- **Dringliche Motion Zaugg-Streuli Franziska (FDP), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (FDP), Beyeler Paul (EVP), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2020: Pragmatische Reform: Modell 3a auf Sekundarstufe I (am 29. Juni 2020 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt): Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 10 bezüglich die Teilrevision Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal, Genehmigung. Damit verbunden ist die dringliche Motion von Zaugg-Streuli Franziska, Freudiger Patrick, Dietrich Pascal, Beyeler Paul, Grossenbacher Corinna und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2020: Pragmatische Reform, Modell 3a auf Sekundarstufe I. Diese Motion wurde am 29. Juni 2020 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und für erheblich erklärt. Nun geht es noch um den Antrag auf Abschreibung.

Ich frage erneut an, ob das Eintreten bestritten wird? Das Eintreten ist nicht bestritten, sodass es stillschweigend genehmigt wurde.

II Beratung:

A Berichterstattung

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Im Rahmen der Beratung erfolgt die Berichterstattung des Gemeinderates durch Matthias Wüthrich, Ressortvorsteher Bildung und Jugend.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Ich möchte mich bei diesem Geschäft kurzhalten und als erstes den Mitarbeitern vom ABiKuS danken, dass dieses Geschäft mit der Umsetzung dieser Motion und der Frage nach Klärung, ob ein einfacher Beschluss mit A oder B gefällt wird, erledigt wurde. Es tut mir leid, dass wir aufgrund der Tatsache, dass wir beide Geschäfte zusammennahmen, den Weg mit einem neuen Reglement einschlugen, aber Ihnen nun so eine saubere Lösung präsentieren können.

Den einzigen Punkt, bei dem wir von der Motion leicht abweichen, ist eine Ergänzung in Artikel 6a, anhand dessen wir uns ausbedingen möchten, dass wir bei nicht passenden Schülerzahlen, speziell in diesem Moment für einzelne Klassen, Lösungen ermöglichen möchten, die von diesem Modell 3a leicht abweichen. In der Geschäftsprüfungskommission wurde gefragt, ob wir sodann überall umstellen möchten. Das ist hier klar zu verneinen. Es geht alleine darum, dass man uns hier ermöglicht, auf Klassengrössen reagieren zu können und diese doch einigermaßen den Anforderungen entsprechend zu gestalten.

Zum Rest braucht es nicht mehr viel zu sagen. Falls es aufgrund der Debatte noch offene Fragen gibt, werde ich diese gerne beantworten.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke, Matthias Wüthrich für die Ausführungen. Für die Berichterstattung durch die GPK ist mir Diego Clavadetscher gemeldet.

GPK-Mitglied Diego Clavadetscher (FDP): Die GPK gab mir, und ich weiss auch nicht aus welchen Gründen, einen sehr engen Rahmen, was ich hier zu sagen habe. Erstens stellt die GPK mit 7:0 Ja-Stimmen die formelle Richtigkeit dieser Vorlage fest. Und im selben Stimmenverhältnis beauftragt die GPK ihren Sprecher, explizit und ausdrücklich den Gemeinderat zu rühmen, dass diese Vorlage korrekt erarbeitet und dem Stadtrat zügig vorgelegt wurde. Und andererseits gilt es ihren Ärger zum Ausdruck zu bringen, dass der Gemeinderat, soweit er diesen Wiedererwägungsentscheid als einen Fehler des Stadtrats betrachtet, die Schuld nicht dem Stadtrat zuschieben sollte. Gemeinderat Wüthrich erwähnte es bereits in seinem Votum, dass er in der GPK explizit zu Art. 6a bestätigte, dass die Anwendung dieses Falles nur auf einen Einzelfall beschränkt sein soll und dies nicht zu einer grundlegenden oder dauernden Anpassung führen sollte. In Bezug auf die Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom vergangenen Mai, indem man nun eine Reglementänderung und nicht einen Stadtratsbeschluss vorschlägt, kam man auch



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

seitens der Vertretung des Gemeinderats zum Schluss, dass wahrscheinlich der Entscheid, den man seinerzeit im Mai dem Stadtrat vorlegte, dazu geführt hätte, dass auch der Gemeinderat erst im August 2021 über dieses dannzumal zur Einführung gelangende Schulmodell, hätte entscheiden dürfen. Somit ist festzuhalten, dass es sich dabei nicht um einen Fehler des Stadtrats handeln kann, wenn er ein Konzept, das ihm der Gemeinderat vorlegte, gemäss der Motion eigentlich entsprechend übernahm. Der langen Rede kurzer Sinn: Hauptsache ist, dass wir dieses Schulmodell zeitgerecht zu Beginn des nächsten Schuljahres einführen können. Der Weg dazu ist sicherlich sekundär. Aber die GPK legt grossen Wert auf die Feststellung, dass es nicht angehen kann, dass eine Praxis einreisst, wenn der Gemeinderat Entscheide des Stadtrates, die er nicht unterstützen kann, mittels Wiedererwägung erneut vor den Stadtrat bringt. In diesem Vorgehen ist auch unsere Rüge begründet. In dieser Sache hier unterstützen wir allerdings das Vorgehen der lieben Sache wegen, damit wir diese wichtige Änderung unseres Schulmodells rasch durchführen können. Abschliessend wiederhole ich nochmals, dass die GPK einstimmig die formelle Richtigkeit dieser Vorlage feststellte.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke vielmals. Der Beratungsverlauf gestaltet sich so, dass wir nun zuerst die allgemeine Beratung durchführen mit den Stellungnahmen der Fraktionen und Einzelsprechenden. Im Anschluss daran erfolgt dann die Detailberatung zu den einzelnen Artikeln.

B Allgemeines zur Vorlage

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Hier sind jetzt einmal die Fraktionssprechenden an der Reihe. Wer möchte sich hier dazu äussern?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Wir von der SP/GL-Fraktion unterstützen dies natürlich einstimmig. Nach beinahe sechs Jahren schafft nun endlich auch Langenthal ein durchlässiges Schulmodell. Wir sind glücklich, dass ein solches Modell eingeführt wird, auch wenn dies ein bisschen mehr Kosten verursacht als das ursprüngliche Modell, das ursprünglich dem Stadtrat vorgelegt wurde. Allerdings ist die Durchlässigkeit die Hauptsache, sodass wir moderner werden und auch für die Lehrkräfte wieder bessere Voraussetzungen schaffen können. Besten Dank.

FDP/jll-Fraktion, Stefanie Barben (FDP): Wie Sie sich vorstellen können, unterstützt auch die FDP/jll-Fraktion das so vorgeschlagene Geschäft grossmehrheitlich oder sogar einstimmig. Unter der Berücksichtigung der ganzen Vorgeschichte stimmen die einen sicherlich ein wenig enthusiastischer zu als die anderen. Merci vielmals.

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Auch die SVP hat grosse Freude, dass nun doch etwas vorliegt, dem wir entsprechend grossmehrheitlich zustimmen können. Warum meldeten wir uns nicht so gleich? Dies deshalb, weil ich davon ausging, dass sich zuerst die Motionäre dazu äussern würden, und erst dann die Fraktionen. Aber wenn das heute anders gemacht wird, ist dies so auch in Ordnung. Uns störte einzig diese Wiedererwägungsgeschichte, aber da wurde uns eben auch seitens des Juristen mitgeteilt, dass dies seinerzeit offensichtlich ein Fehler im Antrag des Gemeinderates war. Darum freuen wir uns und werden wir als SVP dem Antrag einstimmig folgen. Danke.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Besten Dank. Gibt es weitere Fraktionssprechende? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir nun zu den Einzelsprechenden. Ich übergebe das Wort nun an Franziska Zaugg als Vertreterin der Motion.

Motionärin Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Jetzt bin ich doch auch froh, dass ich noch drankomme. Auch ich spreche meinen herzlichen Dank dem Schulleiter Matthias Rösti und dem ABiKuS für die vorgenommenen Anpassungen aus, damit unsere Motion entsprechend umgesetzt werden kann. Der Wermutstropfen der Wiedererwägung bleibt zwar bestehen, aber nichtsdestotrotz haben wir heute Abend die Chance, den Bildungsstandort Langenthal weiter zu bringen und auch hier bei uns ein durchlässiges Schulmodell ab Sommer 2021 einzuführen. Es bestehen nun auch Anpassungsmöglichkeiten, ich denke da an Art. 6a, falls durch schwankende Schülerzahlen die Klassenzahl variiert. Und unsere Motion ist



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

keine Einbahnstrasse. Sie lässt auch andere durchlässige Zusammenarbeiten zu, wenn diese vom Kanton erlaubt sind. Die Teilsanierung des K3 wurde heute ja bereits gutgeheissen und somit können diese neuen Räume auch gefüllt werden. Für eine zukunftsorientierte Schule in Langenthal bitte ich Sie für die Einführung des durchlässigen Schulmodells in dieser Abstimmung Ihre Hand zu heben, Ja zu sagen und die Motion abzuschreiben. Merci.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke. Wenn es keine weiteren Voten von Einzelsprechenden gibt, kommen wir zur Detailberatung dieser Vorlage und zur Abstimmung über allfällige Anträge.

C Beratung Wiedererwägung

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Diese Vorlage enthält bekanntlich auch die Teilrevision des Schulreglements, sprich die Art. 6 und 6a sowie Art. 37 im Sinne einer Übergangsbestimmung. Die Detailberatung werden wir als erstes über den gemeinderätlichen Antrag zum Beschlussesentwurf Ziffer I betreffend die Wiedererwägung, beziehungsweise betreffend Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 11. Mai 2020 führen. Anschliessend erfolgt die Beratung der Reglementrevision. Gibt es dazu entsprechende Voten seitens der Fraktionen? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die sich äussern möchten? Auch hier gibt es keine Wortmeldungen.

D Beratung Teilrevision Reglement

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): So kommen wir nun zur Detailberatung der Reglementrevision und der Abstimmung zu allfälligen Anträgen.

Art 6, Art. 6a, Art. 37
ohne Wortmeldung.

Wenn es dazu keine Voten gibt, besteht nun noch die Möglichkeit, sich grundsätzlich dazu zu äussern. Da dies nicht gewünscht wird, kann ich diese Beratung als geschlossen erklären. Möchte sich der Gemeinderat zum Schluss nochmals äussern? Auch der Gemeinderat verzichtet auf ein weiteres Votum.

E Schlussabstimmung

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Es folgt die Schlussabstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziffer I zustimmen möchte, hält dazu seine Karte hoch. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Nun kommen wir zur Abstimmung über Ziffer II, unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums. Wer diesem Beschluss zustimmen kann, zeigt dies erneut mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Zuletzt folgt nun die Abstimmung über die Abschreibung der Motion. Wer den Antrag des Gemeinderates zur Abschreibung der rubrizierten dringlichen Motion mit dem entsprechenden Vollzug durch das Stadtratssekretariat gemäss Beschlussesentwurf Ziffer III gutheissen möchte, streckt seine Karte in die Höhe. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**
 1. **Der Beschluss des Stadtrates vom 11. Mai 2020, Trakt. 4, zur Teilrevision des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2004 gemäss Änderungserlass vom 28. Januar 2020 (in der vom Stadtrat am 11. Mai 2020 geänderten und angenommenen Version) wird in Wiedererwägung gezogen und aufgehoben.**
 2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**
- **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**
 1. **Die Teilrevision des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2004 gemäss Änderungserlass vom 20. August 2020 wird genehmigt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**
- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) einstimmig:**
 1. **Die Motion Zaugg-Streuli Franziska (FDP), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (FDP), Beyeler Paul Werner (EVP), Grossenbacher-Conrad Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2020: Pragmatische Reform: Modell 3a auf Sekundarstufe I (als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 29. Juni 2020) wird als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
 2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11. Einführung eines Angebots von Massnahmen zur Entlastung von Lehrpersonen in den Schulzentren der Volksschule Langenthal: Zustimmung und Kreditbewilligung

- **Motion der FDP/jll-Fraktion, der SVP-Fraktion und der EVP/glp-Fraktion vom 27. November 2017: Entlastung der Lehrpersonen** (am 5. Februar 2018 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und verbunden mit einer Auflage erheblich erklärt): **Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Unter Traktandum Nr. 11 folgt die Einführung eines Angebots von Massnahmen zur Entlastung von Lehrpersonen in den Schulzentren der Volksschule Langenthal, Zustimmung und Kreditbewilligung. Auch hier geht anschliessend noch um die Abschreibung der entsprechenden Motion der FDP/jll-Fraktion, der SVP-Fraktion und der EVP/glp-Fraktion vom 27. November 2017 betreffend die Entlastung der Lehrpersonen. Wir qualifizierten diese Motion am 5. Februar 2018 als Motion mit Weisungscharakter und erklärten sie für erheblich. Da es sich hier um ein zwingendes Geschäft handelt, ist das Nichteintreten ausgeschlossen und wir kommen direkt zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Die Berichterstattung des Gemeinderates erfolgt durch Matthias Wüthrich, Ressortvorsteher Bildung und Jugend.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Wir stiessen heute bereits viel Geld für die Bildung in den kommenden Jahren an. Und jetzt komme ich hier nochmals mit einem Geschäft, das jährliche Ausgaben von Fr. 132'000.00 mit sich bringt. Um diesen Schulraum, den Sie nun beschlossen und denjenigen, den wir schon haben, auch weiterhin mit tollen Lehrkräften zu füllen, bitte ich Sie dieser Vorlage zur Entlastung der Lehrpersonen eine Chance zu geben und diese gutzuheissen. Mir ist es wichtig zu sagen, dass SCHOKITO¹ ihr Angebot speziell auf uns zuschnitt, so dass es sehr stark dieser Motion zur Entlastung der Lehrpersonen entspricht. Dabei kann dies aber weiterhin beim Kanton als Schulsozialarbeit abgerechnet und dadurch auch mitfinanziert werden. Leider schafften das ABiKuS und ich es nicht, dass wir dies budgetneutral realisieren können. Diese Leistung erhalten wir sicherlich nicht gratis, was klar war. Aber man hätte dabei beispielsweise etwas sparen können. Ich denke an alle Vereinsempfänger, das Ferienheim Oberwald ab 2023, den Moonliner-Bus, die Ferienpässe, die Unterstützung der Rudolf Steiner-Schule beim Schulmaterial, das Lakuz² und den Elternbildungstag oder den Donatorenbeitrag für ToKJO. Allerdings hätte auch der Verzicht auf all diese Beiträge nicht ausgereicht, um das Budget ausgabenneutral zu gestalten. Ich glaube, es hatte für alle etwas dabei, das man nicht missen möchte. Ich hoffe, Sie finden auch, dass wir eine kostengünstige Lösung fanden, mit einem Partner, der uns bekannt ist. Entsprechend bin ich jetzt gespannt auf Ihre Debatte und hoffe auf Ihr Wohlwollen für die Bildung, auch bei diesem Geschäft. Merci.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke, Gemeinderat Wüthrich. Damit kommt als nächstes die Berichterstattung der GPK, die durch Paul Beyeler erfolgt.

GPK-Mitglied Paul Beyeler (EVP): Es geht hier um ein nicht ganz einfaches Thema, das in der GPK einiges zu diskutieren gab. Gemeinderat Matthias Wüthrich stand uns etwas detaillierter als heute Abend Rede und Antwort. Dabei stellte er fest, dass es sich hier an und für sich um eine gute Lösung handelt, die aber leider nicht kostenneutral ausfällt. Ich möchte dabei seine Antworten auf unsere Fragen kurz zusammenfassen, ohne dabei allzu lange zu werden. Es ging einmal um die Ausbildung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Dazu meinte der Gemeinderat, dass die Fachpersonen zum grössten Teil über eine Ausbildung als Sozialpädagogen verfügen, damit sie befähigt sind, Gespräche zu leiten, Krisen zu erkennen und Probleme anzusprechen und somit auch die Lehrpersonen zu entlasten. Daneben fragten wir auch nach den Kompetenzen dieser Personen. Diese dürfen keine Verfügungen erlassen, allerdings aber natürlich Gefährdungsmeldungen erstellen. Diese Leute sind in Krisenintervention ausgebildet, worin das Ziel besteht, Probleme

¹ Schokito = Kooperationsprojekt der Kinder- und Jugendfachstelle ToKJO und SCHOIO.

² Lakuz = Langenthals Autonomes Kultur Zentrum.



zu lösen, bevor es zu einer Krise kommt. Die Krisenintervention beschreibt dabei ja eigentlich die letzte Eskalationsstufe. Erstaunt waren wir über den Stundensatz von Fr. 60.00 und wir fragten uns, ob dies tatsächlich realistisch ist. Dazu bemerkte Matthias Wüthrich, dass offenbar das Salär weniger hoch ausfällt, als allgemein angenommen. Zuletzt interessierten wir uns für den Ablauf eines Einsatzes. Die Fachpersonen befinden sich nach dem Rotationsprinzip vor Ort in den Schulen. Als Ansprechpartner fungiert jeweils ein Zweierteam, einmal für die Lehrperson und einmal für die Schülerin oder den Schüler. Mit dem Team wird sodann das weitere Vorgehen bestimmt. Soweit die Informationen zur Durchführung.

In der GPK diskutieren wir danach, dass gemäss Gemeindegesetz Art. 68 Art und Umfang der Übertragung von Aufgaben an Dritte in einem Reglement zu regeln sind, falls dies eine bedeutende Leistung betrifft. Ein Reglement liegt hier nun aber keines vor und auch kein Antrag zur Einführung eines Zusatzartikels bei einem bestehenden Reglement. Deshalb stellt sich die Frage, ob es sich hierbei um eine bedeutende Leistung handelt. Beim SIP wurde eine Befristung beantragt, hier hingegen nicht. Wenn man die beiden Vorlagen miteinander vergleicht, so müsste im vorliegenden Fall doch auch ein Reglement erstellt werden, oder beim Fehlen des Reglements zumindest eine Befristung beantragt werden. Daneben würde auch die Option bestehen, in einem bestehenden Reglement einen zusätzlichen Artikel anzufügen, so wie dies in Burgdorf im Schulreglement gemacht wurde. Dies würde sich dann alles zusammen erübrigen, falls die Mitarbeitenden für die Leistung direkt von der Stadt angestellt würden, was allerdings fast sicher zu höheren Kosten führen würde.

Wir fassten deshalb angesichts dieser Feststellungen jeweils mit sechs Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme folgende Entscheide: Es wird die formelle Richtigkeit der Vorlage festgestellt. Zudem beantragen wir die Streichung der Beschlussziffer II, das heisst, dass diese Motion nicht abgeschrieben werden soll. Warum soll sie nicht abgeschrieben werden: Es fehlt hier eine reglementarische Verankerung und wir legen dem Gemeinderat ans Herz, dies möglichst rasch nachzuliefern. Auch wenn Gemeinderat Wüthrich diverse Dienstleistungen nannte, durch deren Streichung ebenso wenig eine Budgetneutralität zu erzielen wäre, so sind wir nicht ganz sicher, ob es wirklich keine anderen Lösungen gibt, zumal wir auch nicht wissen, welche Möglichkeiten überhaupt überprüft wurden. Zusammengefasst befürworten wir die formelle Richtigkeit und beantragen gleichzeitig die Streichung des Beschlussesentwurf Ziff. II, damit die Motion stehenbleibt. Danke.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich danke meinem Vizepräsidenten Paul Beyeler für die Berichterstattung aus der GPK. Wir kommen nun zur allgemeinen Beratung und den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher.

SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP): Wir diskutierten das Traktandum ausführlich. Dies nicht nur deshalb, da das Thema Schulsozialarbeit in der Stadt Langenthal seit eh und je ein "Gliir" ist, sondern auch, weil wir diesen hier nun vorgeschlagenen kleinen Schritt begrüssen, für uns aber das Thema noch längstens nicht abgeschlossen ist. Wir sind froh, dass Langenthal endlich eine Schulsozialarbeit bekommt, auch wenn diese laut B & A längstens nicht dem entspricht, was Langenthal braucht und auch verdienen würde. Wenn wir nämlich diesen Verteilschlüssel betrachten, so bedeutet dies 100 Stellenprozente für 800 Schülerinnen und Schüler. Dabei benötigen wir mindestens doppelt so viel, als hier vorgeschlagen wird. Wir sind nun aber froh, dass dieses Angebot durch einen lokalen Anbieter vollzogen werden kann und wünschen viel Erfolg und Vergnügen mit dieser neuen Aufgabe. Die SP/GL-Fraktion wird demnach einstimmig oder grossmehrheitlich zustimmen. Sie wird aber gleichzeitig garantiert an diesem Thema dranbleiben, weil dies für uns noch nicht ausreicht. Danke.

EVP/glp-Fraktion, Renate Niklaus-Lanz (glp): Diese Vorlage ist für uns einmal ein erster Schritt in die richtige Richtung. Eine möglichst rasche Umsetzung ist nun dringend nötig, zumal die Umfrage bei den Lehrpersonen deutlich machte, dass Handlungsbedarf besteht. Als wichtig erachten wir dies insbesondere bei der Rekrutierung von Lehrpersonen. Langenthal muss in dieser Hinsicht auch eine attraktive Arbeitgeberin sein. Mit der Kooperation von ToKJO und SCHOIO haben wir zwei Institutionen, die in Langenthal bekannt und



bewährt sind. Wir bedauern hingegen, dass sich bei dieser Lösung keine Synergiemöglichkeiten mit anderen Gemeinden ergaben und dies nun einfach nur auf Langenthal massgeschneidert wurde. Wir profitieren dabei zwar von einer kostengünstigeren Variante als dem Vorschlag des Kantons, aber ob sich dies in Zukunft bewährt und Schokito in diesem Rahmen genügend Kapazität aufweist, muss sich erst noch zeigen. Dabei kann ich mich sogleich auch meiner Vorrednerin anschliessen, dass die Schulsozialarbeit auch für uns weiterhin ein aktuelles Thema bleibt. In dem Sinn stimmen wir dieser Vorlage aber einstimmig zu, ganz gemäss dem Motto: "Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach."

FPD/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Ich glaube, wir haben eine Taube, und nicht nur ein Spatz in der Hand. Wir haben eine gute und lokale Lösung, die von einem Mitglied des Stadtrats geführt wird und die auch abgesprochen ist und Erfahrungen mit den Schulen aufweist. Das Ganze wurde vom Ressortchef als gute Lösung bezeichnet, zeichnet sich durch Kosteneffizienz aus und ist wie gesagt lokal verankert. Es ist etwas, das ich wahrscheinlich, würde es um weniger emotionsgeladene Themen gehen, als ideal bezeichnen würde. Wir betrachten es als ideal, auch wenn die Motion in Bezug auf eine weitest gehende Budgetneutralität nicht ganz umgesetzt wurde, aber sie wurde damit nahezu umgesetzt. Das ist eine gute Lösung, worauf Langenthal stolz sein darf. Den einzigen Wermutstropfen sehen wir darin, dass es relativ lange dauerte, bis diese Motion umgesetzt wurde, um die Lehrpersonen rechtzeitig zu entlasten. Unsere Fraktion unterstützt logischerweise diesen Antrag, der im Moment zur Diskussion steht. Sie wird dem GPK-Antrag folgen, dass die Motion nicht abgeschrieben werden soll, weil dazu noch die gesetzliche Grundlage zur Verankerung dieses Angebot fehlt. Danke.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke. Ich frage jetzt noch nach, ob die Motionssprecher sich äussern möchten? Nein, zuerst kommt noch die Stellungnahme der SVP.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Bei einem mittlerweile bereits Jahrzehnte andauernden Thema sollte auch ein Votum der SVP nicht fehlen. Die SVP-Fraktion sprach sich seit Anbeginn, als die Sozialschularbeit in Langenthal zum Thema wurde, kritisch aus. Wir verwiesen dabei darauf, dass man vielleicht auch, anders als in kleineren Gemeinden, die das nun einführen, alternative Angebote prüfen sollte. Darunter werden alternative Angebote auch durch den Kanton angeboten, zudem mit Sitz in Langenthal. Wir haben hier ein ausgebautes Sozialamt, wir bieten Erziehungsberatung an und es gibt Infrastrukturangebote in den Schulen selber. Es gibt also bereits sehr viel zur Unterstützung von schwierigen Schülern, weshalb wir auch sagten, dass bevor die bestehenden Angebote nicht evaluiert und ausgeschöpft sind, es nicht angeht, dass man neue Angebote schafft. Dies war der Grund, dass wir der Schulsozialarbeit kritisch gegenüberstanden und es weiterhin sind. Die SVP unterstützte aber auch die Motion, über die wir heute zur Unterstützung von Lehrpersonen diskutieren. Es geht hier eben um mehr als nur um eine begriffliche Semantik; Schulsozialarbeit hier, Unterstützung der Lehrpersonen da. Mit der unterschiedlichen Begrifflichkeit geht auch die Überlegung einher, dass auf der einen Seite eine Bürokratie hochgefahren wird und auf der anderen Seite ein Angebot besteht, das nur dort und nur dort wirken soll, wo effektiv ein Mangel besteht. Die SVP-Fraktion anerkennt, dass es punktuell zusätzliche Unterstützung braucht, ist aber nach wie vor der Meinung, dass man nicht eine zusätzliche Bürokratie hochfahren sollte.

Als man zum ersten Mal über das Thema Schulsozialarbeit zu reden begann, musste man mit Blick auf Burgdorf von jährlich wiederkehrenden Kosten von mehr als Fr. 200'000.00 ausgehen. Nun haben wir Kosten von jährlich wiederkehrend Fr. 130'000.00 und wir hörten, entgegen all diesen Aussagen, wonach dieser Betrag nicht ausreicht, auch heute wieder seitens des Gemeinderates, dass hier ein gutes Angebot vorliegt. Wir bekommen für Fr. 132'000.00 jährlich wiederkehrend ein ausreichendes Angebot, wo andere bald doppelt so viel investieren.

Zusammenfassend muss man demzufolge aus der Sicht der SVP sagen: "Aufgabe übertroffen". Es zeigt sich hier, dass es eben durchaus sinnvoll ist, wenn das Parlament auf Bildungsfragen Einfluss nimmt. In der Vergangenheit sagte man immer wieder, dass man die Experten reden lassen sollte, zumal wir hier keine Ahnung haben. Ich glaube das Beispiel hier zeigt, wie wichtig es ist, wenn man nicht nur die Experten in-zestuös in einem Biotop miteinander beschliessen lässt, sondern dass es eben wichtig ist, dass auch die



politische Basis miteinbezogen wird. Gerade das letzte Traktandum zum Modell 3a zeigte dies noch einmal, wie wichtig dieser Dialog für eine gute Lösung zwischen der Verwaltung und dem Parlament ist, die über die Parteigrenzen hinweg etabliert ist. Warum denn nicht gleich so? Warum sollen wir dies nicht als Standard etablieren? Die Fraktionssprecherin der SP sprach zuvor von einem "Gliir". Dieses "Gliir" gab es eben deshalb, weil man zu Beginn der politischen Basis zu wenig zuhörte und erst dank einem letztlich jahrelangen Engagement des Parlaments, das darum rang, in den politischen Prozess bei Bildungsfragen einbezogen zu werden, ein gutes Resultat herauskam. Ein Resultat, das gute Unterstützung bringt, aber weniger kostet als dies vielleicht an anderen Orten der Fall ist. Ich meinte also, dass es sich bewährte hier das Parlament mitreden zu lassen. Deshalb wird die SVP-Fraktion den heutigen Beschluss auch mittragen, auch wenn es nicht ganz budgetneutral ist. Wir sind aber eben auch klarerweise der Meinung, dass dies nicht der Anfang bedeutet, sondern dass hier auch fertig ist, aus Sicht der SVP-Fraktion. Ebenfalls wird die SVP-Fraktion die Abschreibung nicht unterstützen, da die reglementarische Grundlage nachzuliefern ist und wir auch gerne ein paar konkretere Hinweise zur Budgetneutralität bekommen würden. Dass die Einführung der Unterstützungsmassnahme per se nicht budgetneutral ist, ist wahrscheinlich klar. Da es ja die Idee ist, dass man andere Angebote etwas kritischer überdenkt und wir meinen, dass da noch etwas mehr Luft nach oben offen ist, könnte man da noch etwas mehr machen. Entsprechend werden wir die Abschreibung nicht unterstützen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Besten Dank. Ich nehme jetzt an, dass dies eigentlich in etwa bereits der Stellungnahme der Motionäre entsprach oder möchte sich noch jemand seitens der Motionäre dazu äussern? Wenn dem nicht so ist, kommen wir zu den Einzelsprechenden. Wer möchte sich hier zu Wort melden?

Gerhard Käser (SP): Halt, bevor da schon wieder Blumen verteilt werden heute Abend, stelle ich fest, dass wir bislang noch nichts verabschiedeten. Vielleicht werden wir heute einmal die abgespeckte Variante annehmen, aber jetzt schon zu sagen, dass dies genau das ist, was wir seit zehn Jahren oder noch länger suchten, ist schon gerade ein wenig verwegen. Es wäre aber schön, wenn Sie uns als Schulen die Chance geben würden, überhaupt zu zeigen, dass es so etwas wie eine Schulsozialarbeit ausgerechnet auch in Langenthal braucht. Wir werden uns bemühen, mit diesen Ressourcen zu arbeiten, die uns jetzt sicher einmal zur Verfügung gestellt werden. Wenn Sie nur ein wenig die Unterstützung von Lehrpersonen befürworten, so müssen Sie heute dieser Vorlage ganz sicher zustimmen. Wenn ich nämlich den Auftrag hier anschau und sehe, wie viel es kostet, so habe ich so etwas noch nie gesehen. Wir gehen damit einen guten Handel ein. Da gebe ich dann auch meinem Vorredner recht, dass man hier doch auch etwas Schlaues machte und so viel Druck aufsetzte, dass man nun eine Leistung erhält, die man wohl nur knapp bezahlt. Ich kann es Ihnen beinahe versprechen, dass sich dies garantiert langfristig finanziell auszahlen wird, wissen Sie doch, was Jugendliche oder Kinder im Erwachsenenalter kosten, die sich nicht in die Gesellschaft integrieren konnten und aus sozial schwierigen Verhältnissen kommen. Diese Summe von Fr. 130'000.00 pro Jahr reicht schon fast aus, eine Person, die ansonsten ein Leben lang zu unterstützen wäre, mit Schokito auf den richtigen Weg bringen. Und bei einer Person wird es nicht bleiben. Merci.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke vielmals. Gibt es weitere Einzelsprechende? Wenn dem nicht so ist, so könnten wir nochmals über den GPK-Vorschlag bezüglich der Nicht-Abschreibung reden. Möchte sich dazu noch jemand äussern? Das scheint auch nicht zuzutreffen. Somit schliessen wir die Beratung ab und ich frage den Gemeinderat an, ob er ein Schlusswort wünscht? Jawohl, wünscht er.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Mit dem Hinweis zum fehlenden Reglement hat die Geschäftsprüfungskommission ganz sicher recht. Wenn dies das Einzige ist, was Sie ablehnen lässt, so kann ich Ihnen hier garantieren, dass wir Ihnen dies nachliefern werden und ich nachvollziehen kann, dass sie dieses Geschäft so noch nicht abschreiben können. Ich möchte noch kurz auf die weiteren Sparmöglichkeiten zurückkommen, die wir uns anschauten. Zur Diskussion standen auch Teile der Musikschule, Teile des freiwilligen



Schulsports, die Kadettenmusik, Jeki¹. Man könnte auch den "Rektor inter pares" und die Pausenäpfel einsparen, man könnte WUPSCH² oder auch bei den Bibliotheksmedien sparen. Man könnte zudem bei den Exkursionen, bei den Lagern oder bei Projekten sparen. Und wo wir dann ganz sicher noch sparen werden, aber im Moment noch einen Vertrag einzuhalten haben, ist bei den Druckern.

Bezüglich der Synergien von Schokito wurde ich missverstanden. Wir schauten uns das an und wünschten uns insbesondere, dass sich die Leistungsvereinbarung stärker auf die Lehrer, anstatt die Kinder fokussiert. Es soll dabei für die Lehrerinnen und die Lehrer einfacher werden, ein Problem zusammen mit den vorhandenen Instituten anzugehen und zu lösen, als es zwei Jahre lang auszusetzen, sodass es dann nach sechs Jahren zum Gau kommt. Ich hoffe, dass wir dies so umsetzen können. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Danke Gemeinderat Wüthrich. Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziffer I mit Ziffer 1 bis 4, unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums, zustimmen kann, soll dies mit der Karte zeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Bei der nächsten Abstimmung ist es so, dass sich der Antrag der GPK und derjenige des Gemeinderates gegenseitig ausschliessen und wir sie dementsprechend einander gegenüberstellen. Das heisst, man kann nebst der Stimmenthaltung entweder dem gemeinderätlichen Antrag folgen und für die Abschreibung der Motion stimmen, oder man ist gegen die Abschreibung und folgt damit dem Antrag der GPK auf Streichung von Ziffer II des Beschlussesentwurfs. Wer nun dem Antrag des Gemeinderates zur Abschreibung der rubrizierten Motion mit dem entsprechenden Vollzug durch das Stadtratssekretariat gemäss Ziffer II folgen will, soll dies jetzt anzeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) einstimmig, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**
 1. **Der Einführung eines Angebots von Massnahmen zur Entlastung von Lehrpersonen in den Schulzentren der Volksschule Langenthal ab August 2021 gemäss dieser Vorlage wird im Sinne einer neuen ständigen Gemeindeaufgabe zugestimmt.**
 2. **Der für die anfallenden Ausgaben im Jahr 2021 erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 55'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Erfolgsrechnung 2021, Konto Nr. 6010.3130.51 ("Massnahmen zur Entlastung von Lehrpersonen"), bewilligt.**
 3. **Der Verpflichtungskredit für die wiederkehrende Ausgabe von Fr. 132'000.00 (inklusive MWST) pro Jahr wird ab 2022 zu Lasten der Erfolgsrechnung, Konto 6010.3130.51 ("Massnahmen zur Entlastung von Lehrpersonen"), bewilligt.**
 4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**
- **Der Stadtrat beschliesst mit 27 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen), die beantragte Abschreibung der Motion der FDP / jll-Fraktion, der SVP-Fraktion und der EVP / glp-Fraktion vom 27. November 2017: Entlastung der Lehrpersonen abzulehnen.**

¹ Jeki = Projekt "Jedem Kind ein Instrument".

² WUPSCH = Open-Air-Konzert auf dem Wuhrplatz.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



12. **Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2017: Gesamtsanierung Kugelfang Hinterberg und Neugestaltung Kinderspielplatz Tierpark (am 11. September 2017 [Teil A Gesamtsanierung Kugelfang] als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 26. August 2019); Zwischenbericht und Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist; Beschluss**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Unter Traktandum Nr. 12 geht es um eine Motion von Daniel Steiner-Brütsch und Mitunterzeichnende vom 27. März 2017: Gesamtsanierung Kugelfang Hinterberg und Neugestaltung Kinderspielplatz Tierpark. Das ist bereits eine ziemlich alte Geschichte und es geht dabei im Prinzip um eine Verlängerung. Es handelt sich um ein zwingendes Geschäft und das Nichteintreten ist nicht möglich.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Die Berichterstattung im Rahmen der Beratung erfolgt durch Michael Schär, Ressortvorsteher Versorgung, Entsorgung, Energie & Umweltschutz.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Es ist zutreffend, dass es sich hier um ein älteres Geschäft handelt, das dannzumal noch von Daniel Steiner-Brütsch und Mitunterzeichnende im März 2017 eingereicht wurde. Wir sind mittlerweile eigentlich relativ weit. Wie Sie dem Bericht entnehmen konnten, besteht ein Sanierungskonzept anhand der durchgeführten Bodenuntersuchungen. Bezüglich der Anzahl der Zielscheiben sind wir uns bislang mit dem Bund noch ein wenig uneinig, weil sich ja die Beteiligung des Bundes an der Anzahl der Zielscheiben bemisst. Nun traf ein Schreiben des Amtes für Wasser und Abfall ein, das auf eine angenommene Motion von Nationalrat Werner Salzmann verweist, die verlangt, dass sich der Bund mit 40%, und nicht mehr anhand der Anzahl Zielscheiben, an solchen Sanierungen beteiligen muss. Das würde für uns bedeuten, dass wir viermal mehr, oder sogar mehr als viermal mehr Geld vom Bund erhalten. Dabei handelt es sich um Fr. 800'000.00 bis Fr. 900'000.00, die wir mehr erhalten würden. Da diese Motion nun aber noch nicht umgesetzt und die gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene noch nicht erarbeitet sind, beantragen wir Ihnen hier deshalb eine Verlängerung, damit es für uns dann auch ein bisschen günstiger wird. Ich möchte Sie bitten, dieser Verlängerung zuzustimmen. Danke.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Besten Dank. Eine Berichterstattung durch die GPK ist keine vorgesehen. Als Vertretung der Motionäre wurde mir Paul Beyeler gemeldet, der aber auf einen Kommentar verzichtet. Gibt es Wortmeldungen durch die Fraktionen? Wünschen Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher das Wort? Dies ist nicht der Fall. Gut, somit ist die Beratung geschlossen.

Da sich weder der Sprecher der Motion noch der Gemeinderat nochmals zu Wort melden möchten, kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates auf Fristverlängerung gemäss Ziffer 1 zustimmen und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug gemäss Ziffer 2 beauftragen möchte, zeigt dies mit seiner orangen Karte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) einstimmig:**
 1. **Die Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024 für die Umsetzung der Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2017: Gesamtsanierung Kugelfang Hinterberg und Neugestaltung Kinderspielplatz Tierpark, Teil A Gesamtsanierung Kugelfang (erheblich erklärt am 11. September 2017), wird genehmigt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



13. **Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: Stopp dem Lichtsmog – Auftrag zur Ergreifung geeigneter reglementarischer Massnahmen zur Reduktion der nächtlichen Verschmutzung durch künstliches Licht auf ein Minimum (erheblich erklärt am 25. Januar 2010; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 18. Juni 2012 und 24. Februar 2014); Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist; Beschluss**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Traktandum Nr. 13 behandelt die Motion von Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: Stopp dem Lichtsmog – Auftrag zur Ergreifung geeigneter reglementarischer Massnahmen zur Reduktion der nächtlichen Verschmutzung durch künstliches Licht auf ein Minimum. Diese Motion wurde im Jahr 2010 für erheblich erklärt und auch bei diesem bereits älteren Anliegen geht es um den Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Es handelt sich auch hier um ein zwingendes Geschäft und Nichteintreten ist nicht möglich.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): So schreiten wir auch hier direkt zur Beratung. Der Berichterstatter ist auch hier Michael Schär, Ressortvorsteher Versorgung, Entsorgung, Energie & Umweltschutz.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Besten Dank. Wie Sie es bereits hörten, handelt es sich hier um eine sehr alte Motion, die noch nicht erfüllt ist. Sie ist sogar älter, als dass ich in Langenthal wohne. Aber es ist auch so, dass wir seither unsere baurechtliche Grundordnung noch nie gesamt- oder totalrevidierten. Und deshalb möchten wir mit der Behandlung dieses Begehrens auch zuwarten, bis wir diese Revision vornehmen, die für die nächste Legislatur geplant ist. Entsprechend möchten wir die Frist hier bis 2024 verlängern. Auch hier würde ich mich über Ihre Zustimmung freuen. Merci.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Vielen Dank, Gemeinderat Schär. Wir fahren fort mit der GPK, die aber auf eine Berichterstattung verzichtete. So hätte der Sprecher der Motion die Möglichkeit etwas zu sagen, aber der ist ja nicht hier. Dies war ja Manuel Ischi, der mittlerweile, wie ich glaube, gar nicht mehr in Langenthal wohnt. Somit entfällt eine Stellungnahme. Gibt es Fraktionssprechende? Keine. Einzelsprechende? Keine. Somit ist die Beratung abgeschlossen.

So kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates auf Fristverlängerung gemäss Ziffer 1 folgen und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug gemäss Ziffer 2 beauftragen möchte, zeigt dies jetzt an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. Die Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2024 für die Umsetzung der Motion Manuel Ischi (glp) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: "Stopp dem Lichtsmog" – Antrag zur Ergreifung geeigneter reglementarischer Massnahmen zur Reduktion der nächtlichen Verschmutzung durch künstliches Licht auf ein Minimum (erheblich erklärt am 25. Januar 2010), wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



14. **Postulat Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 21. Januar 2008: Prüfung der Einführung des integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) (am 19. Mai 2008 erheblich erklärt); Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Es folgt Traktandum Nr. 14 betreffend das Postulat von Reto Steiner (EVP) und Mitunterzeichnende vom 21. Januar 2008: Prüfung der Einführung des integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP), am 19. Mai 2008 für erheblich erklärt; Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung. Auch hier handelt es sich um ein zwingendes Geschäft und Nichteintreten ist ausgeschlossen.

II Beratung:

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Wir steigen somit direkt in die Beratung ein. Die Berichterstattung des Gemeinderates übernimmt Roberto Di Nino, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Es wurde bereits gesagt, dass es sich hier um einen Vorstoss aus dem Jahr 2008 handelt. Im Jahr 2008 war eigentlich das Thema "integrierter Aufgaben- und Finanzplan" ziemlich "en vogue". Was kann man heute dazu sagen? Sie sehen es anhand der Grundlagenakten, dass es eine interessante Angelegenheit ist, denn es bietet Möglichkeiten, unsere finanzielle Steuerung nicht gerade zu verbessern, aber zu verfeinern und dabei den politischen Instanzen auch mehr Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung zu stellen. Insofern kann man sicher sagen, dass es sich dabei um eine gute Sache handelt, aber es ist nicht ohne Mehraufwand und ohne organisatorischen Umbau zu bewerkstelligen. Und dann geht es letztlich darum, eine Abwägung vorzunehmen, ob der Mehrnutzen die Mehrkosten kompensieren würde oder nicht. Und wir kamen eigentlich im Finanzamt zum Schluss, dass dies nicht der Fall ist. Wir sind überzeugt, dass wir mit den bestehenden Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen, wie beispielsweise ein differenziertes Budget, der Investitions- und Finanzplan oder die Regierungsrichtlinien, eigentlich bereits heute fein abgestimmt sind und sehr gut arbeiten können. Wir würden dies in dem Sinn zukünftig auch in gleicher Form weiterführen. Es wurde ja jüngst bereits in der Budgetdebatte erwähnt, dass wir eigentlich alle wissen, wo die Probleme liegen. Und diese können wir auch mit den heute bestehenden Instrumenten erfüllen. Dies entspricht auch unserer Schlussfolgerung, dass wir nach erfolgter Prüfung auf die Idee des integrierten Aufgaben- und Finanzplans nicht eingehen möchten. Deshalb wird hier beantragt, das Postulat abzuschreiben. Merci.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich danke Gemeinderat Roberto Di Nino für seine Erklärungen. Eine Berichterstattung der GPK liegt keine vor. Der Sprecher des Postulates ist nicht mehr Mitglied des Stadtrates, womit eine Stellungnahme entfällt. Möchten sich die Fraktionen dazu äussern?

EVP/glp-Fraktion, Jürg Schenk (EVP): Mit zwölfteinhalb Jahren dauerte es etwas lang, bis es nun zu einem Abschluss kommt. Ich möchte dem Gemeinderat dennoch für seine Erklärungen danken. Es heisst ja so schön, dass politische Mühlen langsam mahlen. In diesem Fall lag es wohl eher an verwaltungstechnischen als an politischen Gründen. Ich danke dafür, dass dies nun auch einmal abgeschrieben und erledigt werden kann.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich danke Jürg Schenk. Gibt es weitere Fraktionssprechende? Einzelsprechende? Auch nicht. Das heisst, dass die Beratung abgeschlossen ist. Bei Abwesenheit des Postulanten und dem Verzicht des Gemeinderates auf eine weitere Wortmeldung gehen wir zur Abstimmung über. Wer gemäss dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer 1 mit der Abschreibung des Postulates einverstanden ist und das Stadtratssekretariat gemäss Ziffer 2 mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies nun mit seiner Stimmkarte an.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) einstimmig:**
 1. **Das Postulat Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 21. Januar 2008: Prüfung der Einführung eines integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
 2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



15. Parlamentarische Fragestunde

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Vorab möchte ich mich für Ihr bislang diszipliniertes und engagiertes Verhalten an der heutigen Sitzung bedanken.

Nun folgt Traktandum Nr. 15 mit der parlamentarischen Fragestunde. Die eigentlichen Sachgeschäfte sind in dem Sinn abgeschlossen und ich bin froh, dass wir dies innerhalb einer guten Zeit schafften. Nun haben wir doch noch fast eine Stunde Zeit für die parlamentarische Fragestunde, weil wir ja bis spätestens 23.00 Uhr den Saal wieder zu verlassen haben.

Ich weise darauf hin, dass die Fragestellerinnen und die Fragesteller nach der Beantwortung durch den zuständigen Gemeinderat jeweils sachbezogene Zusatzfragen stellen können. Eine Diskussion dazu findet aber nicht statt und ich gebe nun das Wort direkt weiter an den Gemeinderat zur Beantwortung vorliegender Fragen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP):

- Fragen von **Stadtrat Patrick Fluri (SVP)** und **Stadträtin Carole Howald (IL)** zum Thema: **Zukunft Eissport Langenthal:**

1. *Zum Stand Stadion*

- *Patrick Fluri: Nach der Abstimmung vom März 2020 hat man nichts mehr gehört, was ging schon, was geht noch im 2020, wie sieht der generelle Zeitplan aus, auch im Hinblick auf das "Ablaufdatum" im Schoren, ist das realistisch?*
- *Carole Howald: Am 15. März 2020 genehmigte das Langenthaler Stimmvolk den Rahmenkredit für die drei Teilprojekte „Zukunft Eissport Langenthal“. Was ist in den vergangenen sieben Monaten unternommen worden? Wie sieht der genaue Fahrplan mit den verschiedenen Stakeholdergruppen im Planungsprozess aus?*
- 2. *Patrick Fluri: Wie sieht das mit den Gewässerschutzmassnahmen aus in Zusammenhang mit dem neuen Stadion?*

- Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

1. Unmittelbar nach Rechtskraft des Abstimmungsergebnisses vom 15. März 2020 wurden die Planungen in Angriff genommen. Zunächst wurden die Unterhaltsarbeiten am Standort Schoren, die Abklärungen Grundwasser im Hard aufgegleist und die verwaltungsinterne Organisation der Planung des Neubaus durch das Stadtbauamt bestimmt. Die diesbezüglichen Aufträge erteilte der Gemeinderat am 5. August 2020. Das Stadtbauamt hat zwischenzeitlich mit Expertinnen und Experten einen Prozessplan erarbeitet und am 12. Oktober in der Projektsteuerung diskutiert. Der Zeitplan orientiert sich an der Abstimmungsbotschaft.

Danach müssen zunächst elementare finanzielle, organisatorische, inhaltliche und technische Grundlagen durch die Stadt und möglichen Trägerschaften geklärt werden. Mit einer externen Prozessbegleitung, die Auftragsvergabe steht bevor, wird noch in diesem Jahr ein Stakeholderprozess begonnen. Ziel ist, im Frühjahr 2021 die Rolle und Zuständigkeiten der verschiedenen Beteiligten sowie das Raumprogramm für die Testplanung geklärt zu haben.

Nach heutigem Stand sind folgende Meilensteine geplant: 2021 werden Trägerschaftsmodelle ausgearbeitet und durch den Gemeinderat eine Planungsvereinbarung mit Pflichtenheft der Testplanung abgeschlossen. 2022 findet die eigentliche Testplanung statt, bis Mitte 2024 werden die



planerischen Grundlagen geschaffen (Anpassung Nutzungsplanung mittels UeO¹ oder ZPP²). Zu diesem Zeitpunkt wird durch die zuständigen städtischen Organe über Baurecht und allfällige Finanzierungsfragen entschieden. 2024 bis 2029 folgen spätestens die Projektierung des Bauprojekts, Baubewilligung, Ausschreibung und Realisierung.

Die Eissportanlage Schoren kann bis 2031 genutzt werden. Das Baurecht der Kunsteisbahn Langenthal AG ist bis zum 1. April 2031 verlängert. Mit den heute getätigten Investitionen in den Standort Schoren kann dieser bis mindestens 2026 auf Swiss League-tauglichem Niveau gehalten werden. Zum heutigen Stand kann das Ablaufdatum Schoren 2031 bei einer Reserve von zwei Jahren eingehalten werden.

2. Die Grundwasserthematik wird derzeit durch das Stadtbauamt und ein erfahrenes Ingenieur- und Geologiebüro abgeklärt. Ein entsprechendes Gutachten wurde erstellt und im Sommer dem zuständigen Amt für Wasser und Abfall unterbreitet. Am 21. Oktober fand ein erster Termin zwischen Stadtbauamt, Amt für Wasser und Abfall (AWA) und dem Ingenieur- und Geologiebüro statt, an dem sich das AWA gesprächsbereit zeigte.

Voraussetzung für die Realisierung eines Eisstadions im Hard sind vor allem die Einhaltung der geltenden Bestimmungen für die Grundwasserschutzzone S3 sowie die Berücksichtigung der bestehenden belasteten Standorte (Gruben). Zugleich entwickelte sich die Technik von Eissportanlagen weiter, so dass sich aus der Abklärung Rahmenbedingungen für die weitere Planung ergeben (insbesondere keine Verwendung von wassergefährdenden Stoffen, keine baulichen Eingriffe in das Grundwasser). Die Gesprächsergebnisse werden Anfang November dem AWA als formelle Voranfrage zugestellt. Eine verbindliche Antwort und damit Klärung der Rahmenbedingungen werden bis Ende 2020 erwartet. Das Ergebnis fliesst als einzuhaltende Grundlage in die weitere Planung ein.

(Es werden keine Zusatzfragen gestellt.)

■ Fragen von **Stadtrat Diego Clavadetscher (FDP)** zum Thema: **Vorberatung BPK:**

Beim Studium der Grundlagenakten der heutigen Stadtratssitzung, namentlich Traktandum Nr. 2 bis Nr. 7 musste Folgendes zur Kenntnis genommen werden:

a) Die BPK hat viele Entscheide ohne Diskussion gefällt, d.h. die Protokolle enthalten keinerlei Hinweise, welche Argumente innerhalb der Kommission ausgetauscht worden sind.

b) Bei den meisten Geschäften mussten – teilweise mehrere – Mitglieder in den Ausstand.

- 1. Ist der Gemeinderat der Auffassung, dass eine Kommission Stadtratsgeschäfte ohne Diskussion (respektive ohne eine Protokollierung der wesentlichen Aspekte dieser Diskussion) verabschieden soll?*
- 2. Gestützt auf welche rechtliche Grundlage und mit welcher Begründung mussten sich die BPK-Kommissionsmitglieder in den für die heutige Stadtratssitzung traktandierten BPK-Geschäften in den Ausstand begeben? Ist der Gemeinderat der Auffassung, dass diese Auffassung korrekt ist?*
- 3. Ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Parteien in der nächsten Legislatur darauf verzichten sollten, qualifizierte Baufachleute in die BPK wählen zu lassen?*

¹ UeO = Überbauungsordnung.

² ZPP = Zone mit Planungspflicht.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

1. Auf Grund der bestehenden Regelungen zur Protokollierung werden geführte Beratungen in den Kommissionen protokolliert. Wenn also in einem Kommissionsprotokoll zu Stadtratsgeschäften keine Beratung protokolliert wird, wurde keine solche geführt. Das trifft auch auf die konkret erwähnten Beispiele zu. Mit Ausnahme der GPK sind alle bestehenden Kommissionen vorbereitende Kommissionen des Gemeinderates, welche (unter anderem) bei Stadtratsgeschäften eine fachlich-politische Diskussion führen, wenn sie eine solche für nötig erachten. Wenn es in den Kommissionen zu Stadtratsgeschäften nicht zu Beratungen kommt, geht der Gemeinderat davon aus, dass die entsprechende Kommission im konkreten Fall keinen Beratungsbedarf zeigte und das fragliche Geschäft für die Kommission stimmig ist.
2. Nach Art. 47 Abs. 1 des Gemeindegesetzes ist bei der Behandlung eines Geschäfts ausstandspflichtig, wer daran unmittelbare persönliche Interessen hat. Art. 44 der Stadtverfassung und Art. 7 des Organisationsreglements geben die kantonale Bestimmung wieder bzw. verweisen darauf. Ein persönliches Interesse an einem Geschäft ist unter anderem dann gegeben, wenn das betreffende Behördenmitglied in einem Vergabeverfahren nicht selber als Anbieter in Erscheinung tritt, aber zu einem Unternehmen, das als Anbieter auftritt oder auftreten will, in einem Arbeitsverhältnis steht. Wer zur Anbietersphäre gehört, hat in den Ausstand zu treten. Der Ausstand ist zudem eng mit der Vorbefassung verbunden. Wer bieten will, muss in den Ausstand treten, und wer nicht in den Ausstand treten will, muss den Ausschluss infolge Vorbefassung hinnehmen (aus "Praxis des öffentlichen Beschaffungsrechts", Randziffer 1080 ff.).

Einige Kommissionsmitglieder sind in Unternehmen tätig, die bei den entsprechenden Geschäften ein Angebot einreichen wollen. Da die Geschäfte der Vorbereitung der Submissionen dienen, sind die Kommissionsmitglieder in den Ausstand getreten.

Die Sekretariate der Kommissionen werden immer zu Anfang einer Legislatur geschult, unter anderem zum Thema der Ausstandspflicht. Weiter erfolgt der Hinweis auf die Ausstandspflicht an sämtliche Kommissionsmitglieder bei Amtsantritt. Der Gemeinderat sah sich bislang nicht veranlasst, die Handhabung der Ausstandspflicht in den Kommissionen zu hinterfragen.

3. Der Gemeinderat überliess und überlässt es den Parteien, die diesen Parteien geeignet erscheinenden Kommissionsmitglieder zu nominieren. Eine besondere fachliche Qualifikation für die einzelnen politischen Kommissionsitze ist reglementarisch nicht verlangt. Der Gemeinderat schliesst sich deshalb den jeweiligen Vorschlägen der Parteien an und nimmt die Wahlen gemäss den Nominierungen vor oder leitet sie zuhanden der Wahl dem Stadtrat weiter.

■ Zusatzfrage von **Diego Clavadetscher (FDP)**: Mit welchem Stimmenverhältnis sind diese Fragen durch den Gemeinderat verabschiedet worden?

- Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**: Die Fragen verabschiedete der Gemeinderat so nicht, aber durch das, dass der Fragesteller den Gemeinderat hier ansprach, versuchte man hier im Sinne des Gemeinderates eine Antwort zu verfassen.

■ Frage von **Stadtrat Sandro Baumgartner (SP)** zum Thema: **Verkehrsberuhigende Massnahmen bei Quartierstrassen:**

Sind zurzeit von Langenthalerinnen und Langenthaler Anfragen/Anträge hängig für verkehrsberuhigende Massnahmen bei Quartierstrassen?

■ Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

Folgende Petitionen aus der Bevölkerung sind dazu zurzeit verwaltungsseitig in Bearbeitung:



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

- Petition Tempo 30 für Haldenstrasse

Bearbeitungsstand: Nach der Sanierung der Haldenstrasse sind nun Geschwindigkeitsmessungen für Klärung von Massnahmen anstehend. Anschliessend erfolgt die Antwort durch den Gemeinderat an Petitionärinnen und Petitionäre.

- Petition Tempo 30 für Schoren

Bearbeitungsstand: Der Gemeinderat stimmt dem Anliegen zu und erteilt dem Stadtbauamt, in Zusammenarbeit mit dem AföS, entsprechende Massnahmen zu prüfen und einzuleiten.

- Petition Tempo 30 für Dennliweg

Bearbeitungsstand: Die Antwort des Gemeinderates an die Petitionärinnen und Petitionäre ist erfolgt. Dem Anliegen wird zugestimmt und das Anliegen weiterverfolgt. Der Auftrag zur Umsetzung ist im Rahmen der AP3 Massnahmen geplant.

- Petition Tempo 30 für Zieglersträsschen

Bearbeitungsstand: Die Antwort des Gemeinderates an die Petitionärinnen und Petitionäre ist erfolgt. Dem Anliegen wird zugestimmt und das Anliegen weiterverfolgt. Der Auftrag zur Umsetzung ist im Rahmen der AP3 Massnahmen geplant.

(Es werden keine Zusatzfragen gestellt.)

Stadtpräsident Reto Müller (SP):

- Frage von **Stadtrat Sandro Baumgartner (SP)** zum Thema: **Leistungsvereinbarungen bei Unterstützungsbeiträgen:**

Existiert eine Regelung, ab welchem jährlichen Unterstützungsbeitrag für Institutionen/ Vereine eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt abgeschlossen wird?

- Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Eine Regelung im Sinne einer absoluten Betragsgrenze, die z. B. reglementarisch verankert wäre, existiert nicht. Ob eine Leistungsvereinbarung getroffen wird, hängt zum einen situativ davon ab, ob für den Unterstützungsbeitrag eine (durchsetzbare) Gegenleistung verlangt/erbracht wird, beziehungsweise werden soll und zum andern von der Höhe der Unterstützung. So wird bei jährlich wiederkehrenden Unterstützungen, die aufgrund der massgeblichen Ausgabenhöhe durch den Stadtrat (oder das Volk) genehmigt werden müssen, grundsätzlich immer eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen.

(Es werden keine Zusatzfragen gestellt.)

- Frage von **Stadträtin Carol Howald (JL)** zum Thema: **BMBV¹:**

Wann und wie wird das BMBV in unser Baureglement integriert?

- Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Mit dem Beschluss des Stadtrats vom 27. August 2018 wurde das Verfahren zur "Technischen Teilrevisiion der baurechtlichen Grundordnung" eingeleitet. Wegen der damals auf Ende 2021 angesetzten

¹ BMBV = Verordnung über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Umsetzungsfrist der BMBV hat der Gemeinderat die technische Teilrevision unmittelbar in Angriff genommen. Innert kurzer Zeit wurde ein Entwurf für eine gemeinsame, bereinigte und BMBV-konforme baurechtliche Grundlage bestehend aus Zonenplan und Baureglement erarbeitet.

2019 hat der Regierungsrat des Kanton Bern die Umsetzungsfrist auf Ende 2023 verlängert. Am 9. Februar 2020 wurde die Fusion der Gemeinde Obersteckholz mit der Stadt Langenthal beschlossen. Sie tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Damit bietet sich die Gelegenheit, im Zuge der laufenden Teilrevision auch die Zusammenführung mit der baurechtlichen Grundordnung von Obersteckholz umzusetzen, welche heute noch nicht BMBV-konform ist, sowie formale Erleichterungen im Baubewilligungsverfahren zu prüfen. Aktuell liegen die Unterlagen vor und werden dem Gemeinderat zur Freigabe zur Mitwirkung beantragt, welche für 20. November 2020 – 20. Januar 2021 vorgesehen ist. Die weiteren Meilensteine der technischen Teilrevision sind Frühjahr 2021 kantonale Vorprüfung, Herbst 2021 2. kantonale Vorprüfung (bei Bedarf), Frühjahr 2022 öffentliche Auflage, Herbst 2022 Beschluss durch Gemeinde- und Stadtrat, Anfang 2023 Volksabstimmung, Mitte 2023 Genehmigung und Rechtskraft. Damit liegt Mitte 2023 eine BMBV-konforme baurechtliche Grundordnung vor.

(Es werden keine Zusatzfragen gestellt.)

■ Frage von **Stadträtin Carol Howald (JL)** zum Thema: **Bauverfahren Kantonale Instanzen:**

Was unternimmt die Stadt Langenthal, damit die laufenden Bauverfahren wie Vorprüfungen, Genehmigungen etc. die kantonalen Instanzen möglichst rasch durchlaufen?

■ Antwort von **Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

Die grundlegenden Ursachen von langen Bearbeitungsfristen beim Kanton liegen nicht in der Hand der Gemeinde. Die Fristen und Zuständigkeiten der kantonalen Instanzen sind in den kantonalen Gesetzen klar geregelt. In der Nutzungsplanung sind dies insbesondere die kantonale Vorprüfung und die Genehmigung. Die Komplexität und Menge der Aufgaben des Kantons sind heute angesichts der planungsrechtlichen Weiterentwicklung gross. Zu nennen sind beispielsweise die Umsetzung der BMBV, die Ausscheidung der Gewässerräume etc. Auf längere Frist wird dies aber zu Vereinfachungen führen. Auf der anderen Seite stehen den gewachsenen Aufgaben begrenzte Ressourcen im zuständigen kantonalen Amt für Gemeinden und Raumplanung (AGR) gegenüber. Um diese Situation zu verbessern, ist die Politik, der Regierungsrat und der Grosse Rat gefordert.

In Anbetracht dieser Situation ist die Zusammenarbeit mit den kantonalen Stellen sehr gut. Auf fachlicher Ebene findet alle sechs Monate ein Austausch zwischen dem AGR und dem Stadtbaumst statt, an dem fachliche Fragen rasch abgeklärt werden können. Komplexere Fragen können bilateral oder als Voranfrage bereinigt werden. Der Austausch mit dem AGR und die interne Qualitätssicherung im Stadtbauamt beeinflusst die Bearbeitungszeit der Bauverfahren positiv.

(Es werden keine Zusatzfragen gestellt.)

Gemeinderat Michael Schär (FDP):

■ Frage von **Stadtrat Serge Wüthrich (GL)** zum Thema: **Energierichtplan:**

Wie ist der Stand beim Energierichtplan? Konkret: Wie hat das AGR unsere Eingabe beurteilt und wie ist nun das weitere Vorgehen?

■ Antwort von **Gemeinderat Michael Schär (FDP):**



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Am 10. Juli 2019 wurde der Richtplan Energie (RPE) vom Gemeinderat zur Vorprüfung freigegeben und anschliessend beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) eingereicht. Der Vorprüfungsbericht vom 23. Dezember 2019 kommt zum Schluss, dass die Zielsetzung des Anteiles der erneuerbaren Raumwärmeenergie mit 25 % zu tief und deutlich unter den angestrebten Zielen des Kantons (70 %) sei (Ziel aus der kantonalen Energiestrategie). Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) stellt fest, dass "die kommunalen Ziele zu weit von den übergeordnet definierten Zielen abweichen und die Massnahmen in der vorliegenden Form nicht ausreichen, um einen genügend hohen Anteil erneuerbarer Energie zu erzielen". Dies hat zur Folge, dass dem Richtplan Energie in der vorliegenden Form keine Genehmigung in Aussicht gestellt werden kann. Der RPE ist somit einer zweiten Vorprüfung zu unterziehen.

Hierbei ist anzumerken, dass die Erarbeitung des Richtplans einen Schritt weiterging, als vom Kanton gefordert. Die bereits eingereichten kommunalen Richtpläne im Kanton Bern basieren auf einem theoretischen Energiepotential. Dieses theoretische Potential für erneuerbare Raumwärmeenergie in Langenthal beziffert die Stadt Langenthal in ihrem Bericht mit 48 %. Im Sinne eines für die Stadt praktikablen Planungsinstrumentes, wurden die Abklärungen vertieft und das künftige Potential zusätzlich unter technischen und wirtschaftlichen Aspekten betrachtet. Daraus resultierte schlussendlich ein potentieller Anteil von 25 % im Bereich der Raumwärmeenergie.

Anmerkung: Es ist aber davon auszugehen, dass sich dieses Potenzial durch technische Fortschritte und einen bewussteren Umgang mit der Energie in Zukunft höher ausfällt, als im Jahr 2016 berechnet wurde.

Für das weitere Vorgehen stehen grundsätzlich zwei Varianten zur Disposition.

1. Der Gemeinderat beharrt auf einem Anteil an erneuerbarer Energie bei der Raumwärme von 25 %. Damit besteht weiterhin die Möglichkeit, dass der RPE¹ nicht genehmigt wird und die Stadt Langenthal ihrer Pflicht gemäss Art. 10 KEnG² nicht nachkommen kann. Die Frage nach den Konsequenzen daraus kann zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend beantwortet werden, da es im Kanton Bern keinen vergleichbaren Fall gibt.
2. Der RPE wird überarbeitet und mit einem Anteil von 40% bis 48 % beim AGR zur zweiten Vorprüfung eingereicht. An einer ersten informellen Besprechung liess das AGR durchblicken, dass dies für sie ein gangbarer Weg wäre.

Die inhaltliche Erarbeitung des Richtplans Energie liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Entsprechend wird er über das weitere Vorgehen beim kommunalen Richtplan Energie entscheiden.

(Es werden keine Zusatzfragen gestellt.)

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP):

- Fragen von **Stadtrat Patrick Freudiger (SVP)** zum Thema: **Zentrumslasten**

Der Kanton Bern entschädigt die Städte ungleich für ihre Zentrumslasten.

Während den drei grossen Städten Bern, Biel und Thun die Zentrumslasten vorweg mit Pauschalbeiträgen (von notabene insgesamt ca. 90 Mio. Franken) entschädigt werden, können die Zentren Langenthal und Burgdorf die Zentrumslasten nur im Finanzausgleich bei der Berechnung des harmonisierten Steuerertrages berücksichtigen; die Städte Bern, Biel und Thun profitieren zusätzlich (vorbehältlich Art. 14 FILAG³) ebenfalls von dieser Entlastung.

¹ RPE = Richtplan Energie.

² KEnG = Kantonales Energiegesetz.

³ FILAG = Finanz- und Lastenausgleichsgesetz.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

1. *Wie hoch ist die Abgeltung der Zentrumslasten in Langenthal für das aktuelle Jahr 2020?*
2. *Können die ungedeckt bleibenden Zentrumslasten ungefähr beziffert werden?*
3. *Wie hoch wäre die Abgeltung der Zentrumslasten, wenn der Kanton Bern alle 5 anspruchsberechtigten Zentrumsgemeinden gleich (das heisst, Wegfall der Pauschalen für Bern, Biel und Thun) behandeln würde?*

■ Antworten von **Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP)**:

1. Im Rahmen des Finanzausgleichs erhält Langenthal für den Disparitätenabbau im Jahr 2020 Fr. 2'222'979.00.

In diesem Betrag sind Zentrumslasten in Höhe von Fr. 7'897'000.00 berücksichtigt.

Die Zentrumslasten werden dabei nicht direkt rückvergütet, sondern sie fliessen in die Berechnung des Harmonisierten Steuerertragsindex (HEI) ein und senken diesen.

Ohne die Anrechnung der Zentrumslasten würde Langenthal keine Vergütung von rund 2,22 Mio. Franken erhalten, sondern müsste beim Finanzausgleich aufgrund eines höheren HEI (108.55 anstatt 85.05) rund 1,27 Mio. Franken an den Kanton zahlen.

Die aktuelle Besserstellung aufgrund der angerechneten Zentrumslasten beträgt somit Fr. 3'493'961.00.

(Die nachfolgenden Antworten zur zweiten und dritten Frage wurden an der Sitzung aus Zeitgründen in sehr verkürzter Form erläutert. Im Sinne der Vollständigkeit werden sie hier in voller Länge wiedergegeben.)

2. *Kurzgefasste Antwort:*

Wir haben Zentrumslasten in der Höhe von rund 7,9 Mio. Franken. Rund 3,5 Mio. Franken erhalten wir via Finanz- und Lastenausgleich zurück. Das heisst unsere Schlussfolgerung ist: Wir verfügen über rund 4,4 Mio. Franken an Zentrumslasten, die wir hier in Langenthal selber zahlen.

Ausführliche Antwort:

Von nicht gedeckten Zentrumslasten kann nicht direkt gesprochen werden, da die Zentrumslasten im Rahmen der Berechnung des HEI dazu dienen, die Summe der im Finanzausgleich angerechneten allgemeinen Gemeindesteuererträge zu senken. Mit der Möglichkeit der Anrechnung der Zentrumslasten (7'897 Mio. Franken), d.h. dem Abzug des Betrags von 7'897 Mio. Franken von der Summe der relevanten Gemeindesteuern, erhält die Stadt im Rahmen des Finanzausgleichs eine Vergütung von 2,22 Mio. Franken. Die angefallenen Aufwendungen im Rahmen der Zentrumslasten werden somit zwar voll berücksichtigt bzw. angerechnet, allerdings nicht 1:1 rückerstattet.

Wenn keine Anrechnung der Zentrumslasten erfolgen würde, läge der angerechnete allgemeine Gemeindesteuerertrag höher und in der Gesamtberechnung müssten die Stadt 1,27 Mio. Franken an den Kanton vergüten.

Mit der Anrechnung der Zentrumslasten resultiert für die Stadt somit eine Besserstellung, die wie unter der Frage 1 beantwortet, aktuell bei rund 3.49 Mio. Franken liegt.

Ungedeckte Zentrumslasten sind somit zwar immer noch vorhanden, aber die Zentrumslasten werden grundsätzlich nicht direkt vergütet, sondern dienen nur der Anrechnung. Man kann daher nur von einer Besserstellung um rund 3.49 Mio. Franken sprechen und nicht von einem 1:1 Ersatz.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

3. *Kurzgefasste Antwort:*

Wie es der Fragesteller bereits in der Einleitung festhielt, haben wir hier den nachfolgenden Unterschied, wonach Bern, Biel und Thun eine Pauschalabgeltung über 90 Mio. Franken erhalten. Burgdorf und Langenthal sind danach einfach indirekt im Finanz- und Lastenausgleich mitbeteiligt. Wenn man dies nun einfach gedanklich zusammenfassen würde, so hätte Langenthal anstatt eines Anspruchs von rund 3,5 Mio. Franken einen Anspruch von 6,3 Mio. Franken, das heisst 2,8 Mio. Franken zusätzlich. Daraus kann die ganz einfache Schlussfolgerung gezogen werden, dass, wenn mir einfach dasselbe Gewicht hätten wie Bern, Biel oder Thun wäre unser strukturelles Defizit bereits gelöst, beziehungsweise unser Budget saniert.

Ausführliche Antwort:

Einleitung zur Beantwortung der Frage:

Gemäss Art. 15 FILAG werden die pauschalen Abgeltungen für die Städte Bern, Biel und Thun durch einen Zuschuss, der rein vom Kanton getragen wird, finanziert.

Gemäss Art. 14 FILAG werden bei der Berechnung des jeweiligen HEI bei den fünf Zentrumsstädten Bern, Biel, Thun, Burgdorf und Langenthal die nach Abzug der Pauschalabgeltung verbleibenden Zentrumslasten der Gemeinden vom Gesamtbetrag der ordentlichen Gemeindesteuern abgezogen. (Hinweis: Es sind nur Bern, Biel und Thun bzgl. der Pauschalabgeltung berechtigt.)

Im Fall der drei Städte Bern, Biel und Thun bedeutet dies, dass von den für das Jahr 2020 ermittelten Zentrumslasten (auf Basis der Werte 2018) in Höhe von Total rund 144.03 Mio. Franken in die Berechnung des Finanzausgleichs nur rund 53.18 Mio. Franken als Zentrumslasten einfließen. Die Pauschalabgeltung von Total rund 90.85 Mio. Franken wird vorgängig abgezogen und direkt vom Kanton finanziert.

Die Höhe der Pauschalabgeltung (Zuschüsse durch den Kanton) an die drei Städte Bern, Biel und Thun wird gemäss Art. 15 Abs. 3 FILAG in der Kompetenz des Regierungsrats definiert. Die Zuschüsse für das Jahr 2020 nahm der Grosse Rat auf der Basis des regierungsrätlichen Berichts vom 23. Mai 2020 zur Kenntnis. Der Regierungsrat legte fest, dass der Kanton von den ermittelten Zentrumslasten der drei Städte Bern, Biel und Thun 63.1 % direkt bezuschusst. Die restlichen 36.9 % fließen als abzugsberechtigte Zentrumslasten in den Finanzausgleich zur Berechnung des HEI ein.

Antwort auf die Frage:

Mit dem Wegfall der Sonderbehandlung für die Städte Bern, Biel und Thun würden die vorweg pauschal vergüteten Zentrumslasten (63.1 % der gesamten Zentrumslasten der drei Städte) vollständig in die Berechnung des HEI einfließen. Es würden somit weitere Total 90.85 Mio. Franken bei der Berechnung des HEI einfließen. Als Konsequenz daraus würde beim Finanzausgleich eine starke Verschiebung erfolgen, die dazu führen würde, dass die aktuellen Vergütungen an andere Gemeinden vermutlich zurückgehen würden und einzelne / einige Gemeinden mehr einzahlen müssten, um die höheren Lasten der drei Städte Bern, Biel und Thun im Lastenausgleich mitzufinanzieren.

Eine direkte Berechnung der Auswirkung auf Langenthal ist nicht möglich, da nicht die vollständigen Berechnungsgrundlagen zur Verfügung stehen.

Varianten:

Im Hinblick auf eine Verbesserung der Situation Langenthals beim Ausgleich der Zentrumslasten wären zwei Varianten denkbar:

1. Langenthal und Burgdorf werden in den Pool der Pauschalabgeltung aufgenommen. Dazu müsste Art. 15 FILAG angepasst werden und es müsste der Kreis der direkt bezuschussten Gemeinden ausgeweitet werden. Es wäre dann zu überlegen, ob die aktuell rund 90 Mio. Franken



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

(= 63.1 %) als Ausgangsbasis für die Herleitung eines neuen Prozentsatzes für die fünf Städte dienen, so dass es für den Kanton nahezu saldoneutral bliebe, oder ob der Regierungsrat anschliessend weiterhin 63.1 % der Zentrumslasten der fünf Städte direkt bezuschusst. Falls weiterhin die 63.1 % massgebend wären, würde der Kanton infolge der Berücksichtigung von Burgdorf und Langenthal zusätzliche rund 8.86 Mio. Franken in die Pauschalabgeltung einschies- sen müssen. Als weitere Folge würde das Total der abzugsberechtigten Summe der fünf Städte im Finanzausgleich für die Berechnung des HEI um denselben Wert sinken.

Mit einer Anpassung des Art. 15 FILAG würde Langenthal von seinen Zentrumslasten (Basis 2018) in Höhe von Fr. 7'897'000.00 direkt 63.1 %, das heisst Fr. 4'983'007.00 vergütet bekommen. Folglich würden nur noch Fr. 2'913'993.00 im Finanzausgleich (Berechnung des HEI) als Zentrumslasten von den allgemeinen Gemeindesteuererträgen abgezogen werden können. Ausgehend davon, dass alle sonstigen Werte bei den anderen Gemeinden im Finanzausgleich gleichblieben, würde Langenthal aus dem Finanzausgleich mit einem höheren HEI infolge des tieferen Zentrumslastenabzugs immerhin noch rund Fr. 18'000.00 vergütet bekommen.

In Summe würde Langenthal somit rund 5,0 Mio. Franken aus dem Finanzausgleich erhalten.

Gegenüber der jetzigen Ist-Situation (Abzug der Zentrumslasten [Fr. 7.897 Mio.] von den allge- meinen Gemeindesteuererträgen) mit dem Ergebnis einer Vergütung von Fr. 2.22 Mio. aus dem Finanzausgleich, würde die Stadt zusätzliche rd. Fr. 2.78 Mio. erhalten.

Gegenüber der Situation, dass die Stadt keine Zentrumslasten geltend machen dürfte, läge die Verbesserung somit bei rund 6,27 Mio. Franken (2,78 Mio. Franken und 3,49 Mio. Franken).

2. Die Sonderregelung für die drei Städte Bern, Biel und Thun wird aufgehoben. Der Kanton Bern behält seine Bezuschussung des Finanzausgleichs auf der jetzigen Betragshöhe von rund 90 Mio. Franken bei. Die Abzugsberechtigung für die Zentrumslasten bleibt bestehen und die fünf zentrumsberechtigten Städte bringen ihre Zentrumslasten in Abzug. Für Langenthal und Burgdorf könnte dies sowohl nachteilige als auch positive Auswirkungen haben. Für die drei momentan pauschalberechtigten Städte fällt es definitiv nachteilig aus. Für alle anderen nicht "zentrumslastigen" Städte würde es vermutlich zu finanziellen Verbesserungen führen, da zusätzliche 90 Mio. Franken in die Berechnungen einfliessen würden. Eine abschliessende Antwort ist jedoch nicht möglich.

Es besteht insgesamt jedoch das Risiko, dass im Fall einer Anpassung des FILAG weitere Städte mit Zentrumscharakter (z.B. Köniz, Lyss, Interlaken, u.a.) ebenfalls Anspruch auf die Anrechnung von Zentrumslasten erheben. Dies gilt es im Gesamtkontext zu berücksichtigen.

(Es werden keine Zusatzfragen gestellt, hingegen bittet der Fragesteller um die Zustellung der ausführlichen Antwort.)

Stadratspräsident Paul Bayard (SP): Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, so danke ich den betroffenen Gemeinderäten und natürlich auch der Verwaltung, die diese Antworten auf die interessanten Fragen der Stadratsmitglieder erarbeiteten und nun hier natürlich auch präsentierten.

Ich bin froh, dass wir nun die Fragestunde in dieser Legislatur überhaupt durchführen konnten und ich dieses Traktandum hiermit abschliesse.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



16. Mitteilungen Gemeinderat

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Unter Traktandum Nr. 16 "Mitteilungen des Gemeinderates" sah ich, dass Reto Müller noch etwas zum Reporting sagen möchte.

Stadtratspräsident Reto Müller (SP): Ich bin gerade ein wenig verwirrt, weil wir das Reporting jeweils verteilen, ich aber nichts auf Ihren Tischen liegen sehe. Der Gemeinderat beschloss ein Reporting, das man dann den Stadtratsmitgliedern zur Verfügung stellen könnte. Da es nun heute nicht verteilt wurde, werden wir dies das nächste Mal vorlegen.

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Besten Dank. Dann frage ich nach, ob es weitere Mitteilungen gibt? Da dies nicht der Fall ist, kommen wir zum nächsten Traktandum.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



17. Eingereichte Motion Sägesser Saima (SP) vom 26. Oktober 2020: Für einen zeitgemässen Webauftritt der Stadt Langenthal

Motionstext:

"Für einen zeitgemässen Webauftritt der Stadt Langenthal

*Wer aktuell die Webseite der Stadt Langenthal besucht, begegnet einem Bild, das so nicht unserer schönen Stadt entspricht. Das Design ist altbacken, die Nutzer*innenoberfläche nicht nutzer*innenfreundlich, barrierefrei ist die Webseite auch nicht und wer sich auf die Suche nach Informationen begibt, findet sie meist zu hinterst auf der letzten Unterseite als PDF.*

*Eine Stadt wie Langenthal hat einen moderneren, nutzer*innenfreundlicheren Webauftritt verdient. Informationen müssen mit wenigen Klicks zugänglich und transparent gemacht werden. Eine Webseite ist nicht nur Informationsplattform, sondern auch Visitenkarte und Spiegelbild. Ein Facelifting ist also bitter nötig.*

*Mit diesem Vorstoss wird der Gemeinderat beauftragt Massnahmen zu ergreifen, die die aktuelle Webseite ersetzen oder modernisieren. Sie soll so gut wie möglich barrierefrei sein, Informationen transparent und simpel zugänglich machen und bei den Besucher*innen einen positiven Gesamteindruck hinterlassen."*

Saima Sägesser

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. a., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates²⁵

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

²⁵ **Art. 52 Abs. 1 lit. a., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)**

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

a. die Stellungnahme zur Qualifikation von Motionen und zur Erheblicherklärung von Motionen und Postulaten: bis zur übernächsten Ratssitzung

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



18. In eigener Sache

Stadtratspräsident Paul Bayard (SP): Ich möchte hier noch darauf hinweisen, dass die nächste Stadtratsitzung auf Montag, 23. November 2020 angesetzt ist. Ort und Zeit werden Ihnen noch rechtzeitig bekanntgegeben. Dies halt auch in Abhängigkeit, wie sich die ganze Corona-Geschichte entwickelt, was wir ja alle noch nicht wissen. Jedenfalls besteht da für das eine oder andere noch eine gewisse Unsicherheit. Nun möchte ich Ihnen nochmals ganz herzlich für Ihr geschätztes Mitwirken heute Abend wie auch für die Einhaltung der geltenden Vorschriften danken. Sie trugen ja alle Ihre Masken während des ganzen Abends und dies ist für mich eigentlich schon noch ein wenig befremdlich, da ich mir nie vorstellen konnte, dass wir hier bei uns in der Schweiz je einmal aufgrund der Vorschrift Masken zu tragen haben, nachdem ja eigentlich ein Vermummungsverbot gilt. Es ist, wie es ist und ich hoffe einfach, dass wir damit unseren Beitrag leisten können, dass sich dann diese Corona-Geschichte nach und nach in eine gute Richtung entwickelt.

Wenn Sie nun den Saal verlassen, dann halten Sie bitte weiterhin den gebührenden Abstand zueinander ein. Verzichten sie draussen auf Zusammenrottungen und gehen Sie dann doch unmittelbar nach Hause. Es ist im Sinne unserer Gesundheit einfach wichtig, dass man diese Vorschriften einhält. Herzlichen Dank. Mit diesen Worten beende ich hiermit die Sitzung um 22.25 Uhr.